

J. publ. G.

556

p

V. publ. G.

556 P.

Neumann

Die
Politik der Vermittlungspartei
im Jahre 1552
bis zum Beginn der Verhandlungen zu Passau.

Inaugural - Dissertation
der
hohen philosophischen Fakultät der Universität Greifswald
zur
Erlangung der Doctorwürde
vorgelegt

und nebst den beigefügten Thesen
Sonabend, den 14. März 1896,
Vormittags 10 Uhr
öffentlich verteidigt

von
Reinhold Neumann
aus Kolberg in Pommern.

Opponenten:
Herr Friedrich Schirmer, cand. theol.
Herr Richard Schulz, cand. phil. et sen. reg. hist. sem.



Greifswald.
Druck von Julius Abel.
1896.

Politik der Verfassungspartei

im Jahre 1872

als zum ersten Mal veröffentlicht in Tübingen

in deutscher Sprache

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

und steht den beigefügten Tübingen

Verlag von J. Neumann, Neudamm



Verlag von J. Neumann, Neudamm

Verlag von J. Neumann, Neudamm

Meinem hochverehrten Lehrer,
dem
Geheimen Regierungsrat
Herrn Prof. Dr. H. Ulmann
in D a n k b a r k e i t
gewidmet.

Der Verfasser.

MOORE, ROBERT STEPHEN

1841

PROBATIONER, PENITENTIARY

HARRIS, JOHN DR. H. ULINSON

IN DISCIPLINARY

PROBATION

1841

DR. H. ULINSON

Ludolph Hugo, einer der bedeutendsten staatsrechtlichen Systematiker des XVII. Saec. kommt in seiner *Disputatio inauguralis: de statu regionum Germaniae* (Helmstedt 1661) bei der Untersuchung über die Bedeutung der „foedera ordinum inter se“ cap. III. § 15 — er definirt nämlich den Begriff „foedera ordinum“ in „confoederatio ordinum inter se“ und „foedera cum exteris“ — zu folgendem Resultat:

„Itaque si respublica bene constituta est, foederibus non opus est. Ubi autem respublica laborat, utique foedera necessaria sunt, ut pactis privatis securitatem nobis conciliemus, quam iure publico non habemus. Nostra autem respublica . . . tam turbulenta, tam imbecillis fuit, ut vel solo hoc subsidio hactenus stetisse videatur“.

Er erklärt hiermit das Bestehen von reichsständischen Foederationen für ein unentbehrliches Correctiv der mangelhaften Verfassung des Reiches. Ein Blick in die Annalen der deutschen Geschichte und auf die Entwicklung des deutschen Reichs- und Rechtslebens lehrt uns, dass solche „foedera ordinum inter se“ durchaus nichts Seltenes sind. Immer, wo die regulirende Gewalt einer wirklich herrschenden Reichsregierung fehlte, oder wo diese aus selbstsüchtigem Interesse eigene Hausmachtpolitik trieb, da war jeder zum Schutz seiner eigenen territorialen Interessen auf sich selbst angewiesen, und da thaten sich auch, was die natürliche Consequenz dieser beiden Prämissen ist, die gleich bedrohten und gleich beteiligten Stände zusammen, um sich durch das Mittel organisirter Selbsthilfe den Rechtsschutz, den man ihnen nicht gewähren konnte oder auch nicht wollte, zu suchen.

Seit jener Zeit, wo im deutschen Reich die einzelnen territorialen Fürstentümer sich zu Staaten im Staate auszubilden begannen, ist diese foederative Tradition dauernd geworden,

die dann mit der beginnenden Neuzeit, mit dem XVI. Saec, der Epoche der Reformation und der kirchlichen Wirren ganz von selbst den bedrohten protestantischen Fürsten gegen den Kaiser und die katholische Partei als einziges Hilfsmittel sich darbot, wenn sie nicht von ihrem Glauben lassen wollten. So entstand, als die protestantischen Reichsfürsten sich gegen die Vergewaltigung Karls V. und der mit ihm verbundenen katholischen Majorität schützen wollten, als man auf den Reichstagen zu Speyer (1529) und Augsburg (1530) durch reichsgesetzliche Bestimmungen — dass Majorität auch in religiösen Dingen entscheiden sollte — der Weiterverbreitung des Protestantismus Einhalt thun wollte: der schmalkaldische Bund.

Der Bundesschutz trat selbständig neben den Reichsschutz, den das Reichsoberhaupt seinen Unterthanen verweigerte, und die Organisation der Bundesstreitkräfte machte Front gegen die Reichskriegsverfassung.

So entstand auch 21 Jahre später aus gleichen Gründen der Vergewaltigung nach Besiegung des schmalkaldischen Bundes eine neue Foederation, — der Fürstenbund — der von dem ursprünglichen defensiven Character zu der kühnen Consequenz der Offensive überging.

Neben diesem aus den bedeutendsten Reichsfürsten bestehenden Sonderbündnis, das mit den Waffen in der Hand seine Ansprüche sich ertrotzen wollte und zur Erlangung dieses Zweckes sogar mit dem alten Feinde des Reiches in die engste Verbindung trat, erwuchs in jenem bedeutungsvollen Jahre 1552, seit dem Anfang desselben eine freie Vereinigung, die ebenfalls aus den vornehmsten, aber neutralen Fürsten sich zusammensetzend, in gleicher Weise wie die Mitglieder des Fürstenbundes unter demselben Druck der rücksichtslosen antinationalen Politik des Kaisers zu leiden hatte und nun durch Vermittlung und friedliche Unterhandlung zwischen den beiden kämpfenden Parteien wieder in Besitz der genommenen Rechte kommen und die dauerhafte Basis eines gesunden Zustandes herstellen wollte. Es ist dies jene Partei der „vermittelnden Stände,“ welcher wir den Passauer Vertrag, und drei Jahre später den Augsburger Religionsfrieden verdanken.

Was den inneren Charakter dieser Fürstenverbindung anbetrifft, so haben wir hier zum ersten Mal in der Reformationsgeschichte Deutschlands die Erscheinung, dass die angesehensten katholischen Reichsfürsten sich mit gleichbedeutenden protestantischen Fürsten verbanden, um durch ihr geschlossenes Auftreten auf dem Tage zu Passau für religiöse Toleranz einzutreten: „das ein beständiger friedstand zwischen der Kai. u. Kön. M., den churfürsten, fürsten u. stenden der Teutschen nation bis zu endlicher vergleichung der zwispaltigen religion angestellt, aufgericht und gemacht werde, dergestalt, das Kai. u. Kön. M. auch churfürsten, fürsten und stende des h. reichs kainen stand . . . wider sein conscientz und willen, von seiner religion u. glauben tringen“^{1.)} Welch' ein Erfolg nach jenen langen Jahren unaufhörlicher Spaltungen und Wirren im Reiche! In dieser Errungenschaft beruht die Bedeutung der neutralen Stände, die „weder sächsisch noch habsburgisch noch gar französisch“, vielmehr nur auf Ruhe und Frieden in religiöser und politischer Hinsicht im Reiche bedacht waren.

Natürlich hat die hohe Wichtigkeit der Partei nach diesen beiden Seiten hin ihre vollste Würdigung gefunden — ich verweise nur auf die bekannten Werke über diese Zeit²⁾ — doch fehlt bisher noch immer eine eingehende quellenmässige Darstellung der Entstehungsgeschichte und der Politik der „vermittelnden Stände“ bis zu ihrem einheitlichen, geschlossenen Auftreten auf dem Passauer Tage, wenn auch in dieser Hinsicht die genannte Arbeit von H. Barge dankenswerte Notizen bringt. Dieser Umstand, dass uns noch immer eine Vorgeschichte der Partei bis zu ihrem politisch höchst bedeutsamen Auftreten mangelt, ferner dass wir in der bereits er-

¹⁾ cf. A. v. Druffel: Beiträge zur Reichsgeschichte 1546—1552. Bd. III. No. 1447 XX. p. 506 u. 507.

²⁾ L. v. Ranke, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation. Bd. V⁴. W. Maurenbrecher, Karl V. und die deutschen Protestanten 1545—1555. H. Barge, die Verhandlungen zu Linz und Passau und der Vertrag von Passau im Jahre 1552. 1893. Engelhaaf, Zeitalter der Reformation Bd. II. Neues Archiv für Sächsische Geschichte, Bd. XV. p. 237—282.

wähnten Sammlung von Briefen und Actenstücken von A. v. Druffel und in den von Bernh. Kugler in den Württembergischen Jahrbüchern von 1868 und 1869 über den Fürstentag zu Worms edirten Acten ein reiches, bisher nur wenig oder gar nicht benutztes Quellenmaterial für die Entstehung und Politik der Vermittlungspartei vorfinden, mag diese Arbeit zur Genüge rechtfertigen.

Wenn wir nach der Entstehung dieser vermittelnden Fürstenpartei fragen, so ist schon hervorgehoben, dass dieselbe neben jenem kriegerischen Fürstenbunde hergeht, dass dieser durch die aggressive Politik seines Oberhauptes, des Kurfürsten Moritz von Sachsen, jene Bildung befördert, ja man kann sagen, ins Leben gerufen hat. Nennen wir diesen Umstand die äussere Veranlassung, so haben doch noch andere Motive mitgewirkt, welche die Grundlage für ihre Entstehung geschaffen hatten. Diese inneren Gründe, waren durch die durchaus antinationale Politik Karls V. gegeben, und auf sie wollen wir zuerst unser Augenmerk richten, um dann nach Erwägung der noch hinzukommenden persönlichen Bestrebungen und Motive der beteiligten Reichsfürsten, die keineswegs zu übersehen sind, zu der äusseren Veranlassung und damit zur Geschichte der Entstehung und Politik der „Stände“ überzugehen.

Trotz des officiellen Friedens, der nach Besiegung der schmalkaldischen Fürsten hergestellt war, hatte sich in den Jahren von 1548—1552 die politische Atmosphäre des deutschen Reiches mit Keimen des Unfriedens angefüllt. Nach der Schlacht bei Mühlberg stand Karl V. auf dem Gipfel seiner Macht. Nicht wie vor 33 Jahren, als die Feldherren Pescara und Frundsberg durch die glorreiche Schlacht bei Pavia mit einem Schlage seine peinliche Lage in eine dominirende Stellung umgewandelt hatten, nein, jetzt hatte Karl selbst, durch eigene Umsicht, durch langjährige Vorbereitung und eigene Oberleitung sich eine Weltmachtstellung geschaffen, die ihn nun mit aller Kraft an die endliche Ausführung des Gedankens seines Lebens gehen liess.

Da er vor den äusseren Feinden Ruhe hatte und die inneren besiegt am Boden lagen, so machte er sich jetzt daran, die gefährdete Einheit der Kirche wieder herzustellen und „die verdamnte lutherische Sekte auszurotten.“ Eigenmächtig führte er das Augsburger Interim ein, mit dem er eben durch die Art, wie es zustande gekommen war, die an der Reichsregierung beteiligten Faktoren beleidigte und aufbrachte. Und was diese „religio imperialis“, wie man das Interim nannte, anbetraf, so brachte sie dem Kaiser keineswegs das, was er davon erwartete. Den Katholiken waren die gemachten Concessionen zu gross, den Protestanten zu gering. So blieb der erwünschte religiöse Friede eine Utopie, zumal da man auch den conciliaren Plänen Karls nicht traute, und jede Partei eine neue Vergewaltigung fürchtete.

Wie in kirchlicher, so war auch in politischer Hinsicht im Innern des Reiches trotz des officiellen Friedens keine Ruhe herzustellen, das verhinderten schon die im Lande liegenden Spanier, die der Kaiser gegen sein in der Wahlkapitulation gegebenes Versprechen nach Deutschland geführt hatte, wo sie sich die ärgsten Grausamkeiten und Schandthaten zu Schulden kommen liessen. Ungestraft durften sie das Reich aussaugen, ja ungestraft durfte auch jener Spanier, Don Luis de Avila jenes Pamphlet auf die deutsche Nation loslassen, worin katholische wie protestantische Stände „mit Unkenntnis und zugleich Verachtung“ behandelt wurden.

Litt unter diesen Dingen die Nation in ihrer Gesamtheit, so musste das autokratische Regiment des Kaisers vor allem aber die Reichsstände treffen durch die Art und Weise, wie Karl die Regierung führte.

Es war wohl eines der billigsten und natürlichsten Postulate gewesen, wenn die Kurfürsten in der Wahlkapitulation für die Aemter des deutschen Reiches auch deutsche Beamte gefordert hatten, zumal da zu jener Zeit jedes einzelne Territorium nur „Landsleute“ als Beamte haben wollte. Doch Karl gestattete nicht nur Ausländern, Spaniern und Franzosen, einen grossen Anteil an seiner Politik, er überliess ihnen sogar die Reichssachen, die Verwaltung der Kanzlei und die Reichs-

siegel. Dazu kam, dass er freigewordene Reichsgebiete, wie z. B. Teile des Bistums Utrecht zu seinen burgundischen Landen schlug und das Herzogtum Mailand an seinen Sohn Philipp verlieh. Den Reichstag behandelte er ganz nach seinem Willen und gebrauchte ihn für seine Interessen. Gegen die Gewohnheit setzte er bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Kurfürsten- und Fürstenkollegium das Bedenken des ersteren hintan, drang auf einen gemeinsamen Ausschuss auf den Reichstagen, in welchem dann die Kurfürsten überstimmt wurden. In gleicher Weise hatten die mächtigen Mitglieder des Fürstenrates und mit ihnen auch die Kurfürsten unter der bisherigen Begünstigung der kleinen Grafen und Geistlichen zu leiden gehabt. Processe, für welche die kurfürstliche Gerichtsbarkeit die letzte Instanz war, hatte der Kaiser vom Kammergericht annehmen lassen und damit in jurisdictioneller Hinsicht die Rechte der Kurfürsten geschmälert. Zu dem Umstand, dass man beim Kaiser und den Räten, denen die Bearbeitung der deutschen Sachen oblag, oft nur mit der grössten Mühe und Anstrengung Audienz erhalten konnte, gesellte sich noch der andere, keineswegs zu unterschätzende Uebelstand, dass man wegen Unkenntnis der fremden Sprache nur höchst selten und dann auch nur mit dem grössten Kostenaufwand sein Recht erlangen konnte. Dazu kam noch die Vergewaltigung der städtischen Verfassungen in den oberdeutschen Städten, wo Karl ohne weiteres den mit demokratischen und zur neuen Lehre neigenden Elementen erfüllten Rat durch einen aristokratischen ersetzte, in dem das Uebergewicht bei den mit ihm verbündeten grossen Handelshäusern lag³⁾.

Den Schatz von Vertrauen, den man einst bei seiner Wahl Karl entgegengebracht, hatte er somit vollständig aufgebraucht. Der gemeine Mann, wie die an der Reichsregierung teilnehmenden Reichsstände, beide waren durch diese Oberleitung in die grösste Mitleidenschaft gezogen worden, die

³⁾ Eine genaue und vollständige Angabe der dem kaiserlichen Regiment zur Last gelegten Gravamina giebt die Beschwerdeschrift des Kurfürsten Moritz auf dem Tage zu Passau. cf. Druffel III. No. 1447, VII.

Selbständigkeit und Selbstregierung der Nation war zum blossen Schein herabgesunken. Und noch fehlte die Krone des Werkes, welche diese Politik zum Abschluss bringen sollte. Ich meine das Successionsprojekt des Kaisers, wodurch der bisher in Deutschland herrschende spanisch-habsburgische und durchaus undeutsche Geist im Regimente zu einem dauernden gemacht werden sollte. Eingeleitet wurde diese Hausmachtpolitik durch den burgundischen Vertrag. Durch ihn wurde das Verhältnis der burgundischen Niederlande zum Reiche durch ein Reichsgesetz in der Weise geordnet, dass die niederländischen Provinzen als ein im wesentlichen vom Reich unabhängiges Gebiet anerkannt wurden, dessen Selbständigkeit allerdings durch einzelne Rechte und Pflichten gegenüber dem Reiche beschränkt war. Und dazu kam nun das Paradoxon, dass dasselbe deutsche Reich, mit dem diese Lande nur in dem losesten Zusammenhange standen, dennoch die Verpflichtung übernehmen musste, den Erbherrn und die Erblande zu beschützen und dem Haupte derselben Sitz und Stimme am Reichstage zu gewähren. Diesem ersten Schritt folgte bald der zweite, als Karl die Dauerhaftigkeit seiner spanisch-habsburgischen Hausmacht durch die Verbindung der spanisch-österreichischen Besitzungen mit dem römischen und deutschen Kaisertum für immer sichern wollte. Damit wäre Deutschland ganz in die Hände der Spanier gekommen, und damit wäre auch jegliche Autonomie der Nation beseitigt, die neue religiöse protestantische Bewegung von Grund aus ausgerottet worden. Nicht nur Ferdinand, der Bruder Karls, der Besitzer der deutsch-österreichischen Lande verwahrte sich entschieden gegen eine solche Zumutung, vor allem waren es die Territorialfürsten, protestantische wie katholische in gleicher Weise, die in der Bedrohung der Autonomie der Nation den Anfang des Niedergangs ihrer eigenen Territorien sahen und diesen kaiserlichen Bestrebungen den grössten, ja unbesieghchen Widerstand entgensetzten. Konnte der Kaiser, der das Oberhaupt des deutschen Reiches, der mehr Spanier als Deutscher war, nicht deutsch fühlen, diese Reichsfürsten konnten es, in ihre Territorien hatte sich das Nationalbewusstsein geflüchtet, das

bei dem Gedanken an eine ewige Knechtschaft aufbrauste. Alles hätten sie vielleicht noch ertragen, jede andere Bedrückung, aber nicht die Knechtung in spanische Fesseln; so stark war, bei aller sonstigen Schwäche im Innern der Gedanke an die eigene Nationalität, dass die Fürsten diese Zumutung einfach zurückwiesen! Was hatte man alles von Karl, dem ersten Spanier erdulden müssen, und was war demnach von dem zweiten Spanier, dem Infanten Don Philipp, zu erwarten, der sich trotz seiner demonstrativ zur Schau getragenen „deutschen“ Neigungen auch nicht das Herz eines einzigen Deutschen hatte gewinnen können, der bei der Realisirung des kaiserlichen Projektes im Besitz einer alles erdrückenden Macht gewesen wäre. Man hatte an dem Vater nur ein zu gutes Vorbild, um dem Sohne von Anfang an in dieser Existenzfrage — handelte es sich für die Fürstentümer doch um nichts Geringeres als um Sein oder Nichtsein — mit der grössten Abneigung zu begegnen. —

So sah sich die deutsche Nation „in ihren verschiedensten Ständen beleidigt, in der Tiefe ihres Daseins angegriffen und in ihrer Zukunft bedroht“. Der unheilvolle Versuch zur Lösung der religiösen Frage, die Furcht und Abscheu zugleich erregende Wirtschaft der Spanier, und das durch und durch undeutsche Regiment des Kaisers, welches sich in den angegebenen Punkten, und besonders in den monarchischen Plänen in seiner, die deutsche Nation in ihrem innersten Kern bedrohenden Gefährlichkeit, enthüllt hatte — dies alles gab, neben der bereits mehrjährigen Einbehaltung des Landgrafen Philipp von Hessen, dem kühnen Wettiner gleichsam die Mittel an die Hand, aus denen er sein Schwert zum Kampfe gegen den Kaiser und seine Fremdherrschaft schmiedete.

Und welche Stellung hatten die neutralen Fürsten, die sich im Jahre 1552 der Schilderhebung Moritz nicht anschlossen, zu dieser kaiserlichen Politik eingenommen? Wir müssen diesen Punkt unbedingt ins Auge fassen, wenn wir die spätere Haltung der neutralen Stände verstehen wollen. —

Ich bemerke gleich hier, dass ich, wenn ich von den neutralen vermittelnden Fürsten und ihrer Politik im Folgenden

handle, darunter in erster Linie die weltlichen Fürsten: Herzog Christoph von Württemberg, Herzog Albrecht von Bayern und Kurfürst Friedrich II. von der Pfalz und die drei rheinischen Erzbischöfe: Mainz, Trier und Köln verstehe, denn diese traten schon vor oder doch zugleich mit dem offenen Ausbruch der Unruhen zu einander in Verbindung; der Herzog Wilhelm von Jülich und der Bischof von Würzburg, die erst von den Verhandlungen zu Worms (1—10 Mai) sich der Partei offen anschlossen, vorher aber wenig in Betracht kommen, werden demnach auch erst vor dem Tage zu Worms behandelt werden. Dagegen fällt es nicht mehr innerhalb des Rahmens dieser Untersuchung, den Kurfürsten Joachim von Brandenburg, Hans von Küstrin und die Herzöge von Pommern hier heranzuziehen, weil sie erst in Passau zu den „Ständen“ in ein festes Verhältniss traten. —

Gleich seinem Vater Ulrich war auch Herzog Christoph von Württemberg⁴⁾ ein eifriger Anhänger des Protestantismus und somit von Natur schon ein Feind Karls und seiner Politik. Hierzu kam noch, dass er Ferdinand, dem römischen König gegenüber einen schweren Stand hatte, weil derselbe noch immer Ansprüche auf den Besitz des Herzogtums machte; und Christoph, welcher diese ganze Angelegenheit als einen „persönlichen Rechtshandel“ zwischen dem König und seinem Vater bezeichnete, hatte gerade in jener Zeit oft schwer genug darunter zu leiden. Denn die erste Aufgabe seiner Politik musste natürlich sein, dahin zu wirken, dass ihm der Besitz seines Landes garantirt würde. Hier that er nun den einzig richtigen Schritt, indem er sich mit dem Antritt seiner Regierung 1550 offen auf die Seite des Kaisers stellte, denn keineswegs war ihm die Verstimmung entgangen, die zwischen den beiden Brüdern in jenen Jahren eben wegen des kaiserlichen Successionsprojectes eingetreten war. Dieser Schritt

⁴⁾ Man vergleiche über die Politik und Stellungnahme des Herzogs Christoph zu dem kaiserlichen Regiment. Berh. Kugler: Christoph, Herzog zu Württemberg. Band I. p. 135—201.

bezeichnete aber durchaus nicht ein vollständiges Uebergehen in das kaiserliche Lager und ein Eingehen auf die kaiserlichen Pläne. Wie Christoph in Wirklichkeit dachte, sollte sich bald zeigen, als Karl ihm durch seinen Hofmarschall Böcklin und den Cardinalbischof Otto von Augsburg Vorschläge zur vollständigen Restaurirung der katholischen Religion in seinem Territorium machen liess. Mit aller Entschiedenheit schlug der Herzog diese Zumutung ab, obgleich er dadurch die grössten Vortheile für sein Land — Garantie des rechtmässigen Besitzes — hätte erlangen können. Er war nicht gewillt, der Politik des Kaisers seine Ueberzeugung und die Religion seiner Unterthanen zu opfern⁵⁾. Und wenn er bald darauf sich anheischig machte, das Interim in seinem Territorium „vollständiger“, als es bisher geschehen war, einzuführen, so war auch dieser Schritt wohl abgewogen und überlegt, da es nur bei einer „äusserlichen Annahme“ bleiben sollte, wie ihm der alte Kanzler seines Vaters, Ambrosius Volland, riet, den er in dieser Sache um Rat fragte⁶⁾. Die „vollständige“ Einführung des Interims konnte er ja zu jeder Zeit abbrechen; mithin lag in diesem Schritt keineswegs ein Widerspruch zu dem ersteren. Und was hatte er durch dieses Nachgeben dem Kaiser gegenüber erlangt? Dasselbe, was man ihm bei einem vollständigen Glaubenswechsel versprochen. Der Kaiser bedurfte eben der Hilfe dieses angesehenen Herzogs, um ihn für sein Project zu gewinnen, und darum bestätigte er ihm in einer Privataudienz, wenn auch noch mit einigen Klauseln, die Rechtmässigkeit seines Besitzes und gestand ihm ausserdem die Räumung von Kirchheim und Schorndorf zu, wo bisher spanische Truppen gelegen, die dem Herzog einen grossen Kostenaufwand verursacht hatten. War Christoph durch diese gemachten Zugeständnisse gleichsam der Politik des Kaisers verpflichtet, so suchte er aber nichts desto weniger auch Verbindung mit der anderen Partei, mit Ferdinand und dessen

⁵⁾ Ch. F. v. Stälin: Württembergische Geschichte. Band IV. p. 495.

⁶⁾ G. Bossert, Das Interim in Württemberg, p. 126 und 127 in Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte No. 46/47.

Sohne Maximilian, um auch von diesen Anerkennung seines Herzogtums zu erlangen. Dabei blieb er jedoch mit Karl in der engsten Verbindung, zumal da nicht ausgeschlossen war, dass dieser Ferdinand mit dem Herzogtum Württemberg hätte entschädigen können für den Verlust, den er bei der Durchführung des kaiserlichen Successionsprojectes gehabt hätte. Als daher Karl den Herzog aufforderte, seine Theologen nach Trient zu senden, war dieser sogleich dazu bereit, dem ausgesprochenen Wunsche nachzukommen, wodurch er die vollste Anerkennung einer gut kaiserlichen Gesinnung von Karl erntete.

Aber gerade dieser Schritt hatte eine eminente Bedeutung für die fernere Politik des Herzogs. Er hatte mit demselben zugleich seiner echt protestantischen Gesinnung Ausdruck gegeben, wenn er seinen Gesandten an das Concil befahl, mit den kursächsischen, brandenburgischen und strassburgischen Deputirten sich zusammen zu thun, wenn er den von kaiserlicher Seite so leidenschaftlich verfolgten Lutheraner Johannes Brenz zu seinem Ratgeber in religiösen Dingen machte und von ihm eine „*confessio Wirtembergica*“ ausarbeiten liess, die sich sehr eng an die „*Confessio Augustana*“ anschloss. Und indem er so einerseits als gehorsamer Reichsstand dem kaiserlichen Wunsche „die rechte wahre katholische apostolische Religion festzuhalten“ durch seine Sendung an das Concil nachkam, andererseits zu derselben Zeit durch seine angestrengtesten Bemühungen bei den anderen protestantischen Fürsten für ein geschlossenes Auftreten auf dem Concil und unbedingtes Eintreten für den bedrohten Glauben wirkte, schuf er sich bei Feind und Freund eine angesehene Stellung, die ihn später vor allem zu der Rolle eines Vermittlers geeignet machen sollte.

Waren die den Herzog von Württemberg auf eine spätere Neutralität hinweisenden Umstände zugleich religiöser und politischer Natur, so überwogen letztere ganz entschieden bei dem zweiten weltlichen Reichsfürsten, Herzog Albrecht von Bayern. Es lag in der Tradition dieses Fürstenhauses, dass es streng am Katholicismus festhielt; dies hatte auch der 1550

gestorbene Herzog Wilhelm, Albrechts Vater, gethan. Er hatte die Erlaubniss zur Errichtung eines Jesuitenkollegs in Ingolstadt gegeben⁷⁾ und in seinem „letzten Willen“⁸⁾ noch speciell seinen Sohn und Nachfolger zum Festhalten an dem alten Glauben aufgefordert, und dass Albrecht wirklich bei demselben zu bleiben geneigt und inbetreff des Jesuitenkollegs derselben Ansicht war wie sein Vater, rühmt von ihm der alte Kanzler desselben, Leonhard von Eck, noch kurz vor seinem Tode: „clarissimi principis Alberti voluntatem eandem esse, quae patris optimi fuerat, de collegio hic nostris constituendo“⁹⁾. Mit Albrechts Regierungsantritt und nach dem Tode des Kanzlers, „der sich immer in den Besitz des massgebenden Einflusses zu setzen gewusst hatte“, war eine Veränderung in der Politik Bayerns vor sich gegangen. Der neue Herzog brach mit dem Streben, die vom Kaiser seinem Vater versprochene Kur zu erlangen; Albrecht zeigte sich vielmehr geneigt, „mit Pfalz sich freundlich zu vergleichen und in guter Einigkeit zu stehen“¹⁰⁾. Der spanischen Politik des Kaisers sich anzuschliessen, war er keineswegs gewillt, im Gegenteil verband er sich mit Ferdinand und Maximilian¹¹⁾. Den von Spanien kommenden und durch sein Gebiet reisenden Don Philipp liess er durch seine Abgeordneten begrüßen.¹²⁾ Ein bedeutsames Moment für die Charakterisirung seines politischen Standpunktes ist entschieden auch, dass er, der katholische Reichsstand, im Jahre 1551, zusammen mit Württemberg, Kurpfalz, König Ferdinand und vielen anderen bedeutenden Fürsten an der gemeinsamen Fürbitte der ober- und niederdeutschen Höfe für die Freilassung des Landgrafen Philipp von Hessen sich beteiligte.

⁷⁾ Druffel I. No. 428.

⁸⁾ ibidem I. No. 396.

⁹⁾ Druffel I. No. 428.

¹⁰⁾ ibidem I. No. 706 und 838.

¹¹⁾ Zu Ferdinand: Druffel I. No. 562, 652, 863 II. 915, 919, zu Max. II. No. 888, 918, 957, 978 etc.

¹²⁾ ibidem I. Nr. 653, „aber nicht mit Hafer und Wein, sondern nur mit einigen Stück Wildpret wurde er beschenkt“, so berichtet Franz Kram (sächsisch-albertinischer Rat) an Moritz.

Er sah die Sache des Landgrafen als die Sache des deutschen Fürstentums im allgemeinen an, und in der Gefährdung der Autonomie des Reiches sah er auch die grösste Bedrohung der Selbständigkeit des eigenen Territoriums.¹³⁾

Gleichen Fühlens und Denkens mit ihm war der Kurfürst Friedrich II von der Pfalz. In der Befreiung des Landgrafen zeigte er, wie schon bemerkt, die gleiche Ansicht wie der Herzog von Bayern. In der Successionsangelegenheit hatte Karl auf ihn seine grösste und zum Zweck der Gewinnung der anderen Kurfürsten für diese Sache wohl seine einzige Hoffnung gesetzt. Er ersuchte ihn in seinem Schreiben,¹⁴⁾ ihm Mittel und Wege anzugeben, wie er am besten zu seinem Ziele gelangen könnte. Ausser dieser schriftlichen Ermahnung, die ihm noch nicht auszureichen schien, liess Karl durch seine Schwester Maria den Kurfürsten in dem angegebenen Sinne bearbeiten. Maria liess ihm durch ihren Rath Veltwyck, welcher die Unterhandlung führte, sagen,¹⁵⁾ dass Karl seine Einsicht zu schätzen wisse und von ihm wünsche, dass er im Interesse der ganzen Christenheit den anderen Kurfürsten den Weg zeigen würde. Doch der Kaiser sollte sich täuschen, wenn er glaubte, dass er von Friedrich ein williges Entgegenkommen inbetreff seiner Hausmachtspläne zu erwarten hätte; der Pfälzer wurde nicht müde, Veltwyck gegenüber seine echte kaiserliche Gesinnung kund zu thun und seine Anhänglichkeit zu beteuern; er riet, man sollte sich mit den anderen Kurfürsten in Verbindung setzen. Alles Worte, die Karl nichts helfen konnten. — Seit dem Jahre 1544, wo Friedrich als abgelebter Sechziger in den Besitz der pfälzischen Kurwürde gekommen war, hatte sich der frühere Hofmann sehr verändert! Zwar war das „vage Projekt auf die dänische Krone“ noch nicht ganz aufgegeben, aber aus dem ergebenen

¹³⁾ Leider war es mir nicht möglich, trotz eifrigster Bemühungen die soeben erschienene Arbeit: „W. Götz: Die bayerische Politik im ersten Jahrzehnt der Regierung Albrechts II von Bayern“. 1896. zu bekommen und zu benutzen.

¹⁴⁾ K. Lanz. Correspondenz des Kaisers Karl V. Band III. p. 67.

¹⁵⁾ Druffel I. Nr. 678.

Freunde der Habsburger war „ein verstohlener Anhänger der guelfischen Landesfürstenpolitik geworden.“¹⁶⁾ Aus Religion und religiösen Dingen hatte er sich immer wenig gemacht, als ein lauer, fast gleichgiltiger Zuschauer stand er den grossen religiösen Fragen seiner Zeit gegenüber. Ja, der Spanier Don Louis de Avila hatte in seinem oben erwähnten Buche von ihm gesagt: „qu'il estoit Lutherien et en la ligne avec eux“ (Protestanten); dies ist natürlich eine einfache Uebertreibung, aber ein Körnchen Wahrheit liegt doch darin.¹⁷⁾ Sein eigener Kanzler Hartmann war nur, wie uns Leodius, Friedrichs Biograph erzählt, mit Mühe dem feinen Ketzergeruch der spanischen Inquisition entgangen.¹⁸⁾ Nach dem, was gesagt ist, wozu nur noch hinzuzufügen ist, dass Friedrich durch den bei Bayern erwähnten Einigungsvertrag mit Albrecht über den Besitz der Kur auch ohne Sorge sein konnte, nach allem leuchtet wohl ein, welche Stellung er bei neuen ausbrechenden Wirren einnehmen würde, zumal wenn wir zurückblicken auf seine frühere Politik „was Pfalz zur abwendung von krieg und empörungen auf Kai. M. vorwissen und zulassen jederzeit durch gutliche handlungen und sonst erzeugt, welches dem reich nit ubel erschossen und vil stende dadurch bei dem iren erhalten sein worden.“¹⁹⁾

Diese Betrachtung der Stellungnahme der einzelnen weltlichen Fürsten hat uns zur Genüge dargethan, dass keiner von ihnen geneigt sein würde, dem Kaiser, wenn sich aus den in seiner spanisch-antinationalen Politik liegenden Gründen ein Krieg gegen ihn erheben sollte, mit ganzer Macht beizustehen, weil ja sie in gleicher Weise unter den gleichen Lasten und Beschwerden zu leiden hatten, wie jene Fürsten, die im Jahre 1552 sich erhoben.

Blicken wir nun auf die geistlichen Kurfürsten, die Säulen des Reiches und des Katholicismus.

¹⁶⁾ L. Häusser, Geschichte der rhein. Pfalz. Bd. I. p. 598—606.

¹⁷⁾ siehe Anm. 15.

¹⁸⁾ Hubert. Thom. Leodius: Annales de vita et rebus gestis Friderici II electoris palatini (Frankfurt am Main 1624) p. 200 b.

¹⁹⁾ Druffel I. Nr. 131.

Es sollte dem Kaiser auch hier bei diesen Reichsständen die arge Enttäuschung nicht erspart bleiben, dass er gerade durch seine einigenden monarchischen Pläne überall Zwietracht säte und aus Freunden sich Feinde oder doch wenigstens Gleichgültige machte. So streng altkirchlich die Kurfürsten auch gesinnt waren, in der spanischen Politik Karls standen sie nichts weniger als auf seiner Seite. Wie musste er gerade sie aufs empfindlichste verletzen, wenn er mit seinen Hausmachtsplänen offen hervortrat, wenn er aufs deutlichste erkennen liess, dass ihm das deutsche Reich nur Mittel zu seinem universalen Reich, nur Mittel zur Erreichung seiner eigensten Zwecke sei; würde doch dadurch auch für künftige Zeiten ihre Wahlfreiheit beeinträchtigt. Sie, die Kurfürsten, mussten als die Säulen des Reiches es am ersten und besten zu würdigen wissen, welche Gefahr für Deutschland daraus entstand, wenn der spanische Einfluss zu einem andauernden gemacht worden wäre. Sie, als die ersten Fürsten des Reiches, die den Kaiser immer nur als den *primus inter pares* zu betrachten sich gewöhnt hatten, die an der Reichsregierung stets einen grossen Anteil zu nehmen bestrebt waren und die Rechte des Kaisers durch die Wahlkapitulation einzuschränken gesucht hatten, mussten es jetzt mit ansehen, wie das dem Reiche einst durch die Entscheidung des Kurfürstenkollegiums gegebene Oberhaupt, ohne auch nur die geringste Rücksicht auf sie zunehmen, seinen, im Grunde undeutschen Plänen nachging, die Schranken, die ihm rechtlich auferlegt waren, eigenmächtig brach, mit Reichslehen schaltete, wie es wollte, dem Reiche ungeheure Gefahren bereitete durch die grosse Anzahl der Kriege, die er nur zur Erlangung seiner Ziele geführt hatte — wahrlich es hiess jeden Funken von nationaler Autonomie und Selbstgefühl in sich ertöten, wenn man sich seinen hochfliegenden Plänen unterwerfen wollte! „Die Kurfürsten lebten bei dem Gedanken, den Infanten wählen zu sollen; eher, sagten sie dem päpstlichen Nuntius, würden sie ihre Bistümer aufgeben“²⁰⁾.

²⁰⁾ G. Droysen, Geschichte der preussischen Politik² II 2, p. 231.

Wir besitzen aus der Hand des französischen Gesandten in Augsburg einen Bericht über den Reichstag daselbst 1550/51, der uns die Haltung der Kurfürsten zu dem Successionsproject deutlich genug erkennen lässt²¹⁾. Anwesend waren von den sechs Kurfürsten überhaupt nur zwei, Mainz und Trier; für Cölns Stellung zu dieser Frage — man nannte ihn von spanischer Seite eine „Creatur des Kaisers“ — spricht seine Abwesenheit zu beredt. Mainz und Trier wurden durch Karl „soubz mains“ bearbeitet, man glaubte sie für das Project günstig zu stimmen, aber weit gefehlt; sie antworteten „bien fort sagement et sy pertinement“, dass sie damit sogleich jede Möglichkeit, sie je von ihrem Standpunkte abzubringen, als ausgeschlossen bezeichneten. Mainz, „qui est encores estimé le plus doux et modeste“, sagte, dass das Reich an bestimmte „loix et conditions“ gebunden sei, zu deren Aufrechterhaltung sie sich durch einen feierlichen Eid verpflichtet hätten, und wenn man diese jetzt brechen oder abändern wollte, so bedürfte man dazu der Zustimmung des ganzen Reichs, „et après l'autorité du supérieur, qui estoit le pape.“ In demselben Sinne äusserte sich Trier, „mais un peu plus roidement“, indem er hinzufügte: es gäbe in Deutschland nur einen Kaiser, wie es auch nur eine Sonne gäbe, und in seiner Abwesenheit einen römischen König, und dass darüber hinaus die Kurfürsten keine Gewalt besäßen, „s'ils ne vouloient perdre leur empire, ce qu'ils n'avoient proposé de faire, et mesmement pour y perpétuer les Espagnols aux quels ils estoient si peu tenus.“ Deutlicher hätten sie ihre Meinung wahrlich nicht aussprechen können! So war Karls Versuch vor der Hand gescheitert, aber die Hoffnung, die Kurfürsten dennoch für seinen Lieblingsplan zu gewinnen, war keineswegs aufgegeben. Nachdem diese den Reichstag bereits verlassen hatten, sandte er ihnen seine vertrauten Räte nach, um mit ihnen darüber noch weiter zu unterhandeln. — Seld ging an Mainz und Köln (seine Instruction cf. Lanz Staatspapiere Karl V. p. 465—477); Lyère ging an Trier. — Indessen die beiden Kurfürsten, Mainz

²¹⁾ Druffel, I, No. 590.

und Trier, begaben sich nach Trient, vielleicht um so der unerwünschten Verhandlung aus dem Wege zu gehen²²⁾. Aber auch hier dünkten sie sich nicht sicher vor den Belästigungen des Kaisers, man fürchtete sogar, dass derselbe, bei seiner unmittelbaren Nähe in Innsbruck das Concil zur Erlangung seines Planes benutzen würde, zumal da er auch die beiden weltlichen Kurfürsten, Brandenburg und Sachsen, beständig einlud, in die Nähe zu kommen, um die Sache zum Schluss zu bringen²³⁾.

Zu diesen unüberwindlichen politischen Differenzen zwischen Karl und den Kurfürsten gesellten sich auch noch religiöse, die sich auf dem Concil von Trient sehr scharf ausprägten. Karl sorgte dafür, dass die Protestanten auf demselben recht zahlreich vertreten waren neben den katholischen Ständen. Wie in Augsburg, so nahm er auch hier die Sache der Reform eigenmächtig in die Hand, da der Papst und die Kurie nichts von einer Reform an Haupt und Gliedern wissen wollten. Auf welchen Widerstand musste er daher mit dieser eigenmächtigen Politik nicht bei Mainz und Trier stossen, von denen der erste nur die Schritte billigte, die der Oberhoheit des Papstes nicht entgegenliefen, — von Rom aus hatte man ihm Hoffnung gemacht auf die Cardinalswürde²⁴⁾ — und der andere, der im allgemeinen die Ansicht des Mainzer theilte, auf Grund der aus Deutschland kommenden Gerüchte von ausgebrochenen Unruhen nur danach strebte, sobald als möglich in sein Land abzureisen. Der Mainzer erging sich bei jeder

²²⁾ Druffel I. Nr. 715 Note 2.

²³⁾ Lettera dell'arcivescovo Sipontino a. Pp. Giulio III (Ranke V. p. 100. Note 1): „La intentione di S. M^a è di provare ogni via di ottenere questo suo disegno con buona volontà delgi elettori et altri principi di Germania se potrà; altrimenti prevalersi dell'autorità del concilio: e come è stato gia parlato del modo, questa ombra sarà causa che glieleetori ecclesiastici personalmente si ritroverranno tutti al concilio; et li secolari vi manderanno li procuratori, ancorche non intendano bene il secreto.

²⁴⁾ Druffel III. Nr. 785 p. 244, Bisogna ancora haver rispetto a gli tre elettori che si trovano in Trento, et massime al Magontino, il quale sappiamo che vi pensa. ibidem I. Nr. 827, Note 2.

Gelegenheit in Erklärungen und Beteuerungen über den orthodoxen Katholicismus; er bestritt die Katholicität des Concils dem kaiserlichen Gesandten Francisco de Toledo gegenüber, indem er anführte, dass nur die deutsche, spanische und italienische Nation auf demselben vertreten seien; dass die Protestanten die Beschlüsse des Concils nicht als für sich bindend ansehen würden, wenn nicht die Reassumption der schon beschlossenen Artikel und die freie Teilnahme der Theologen an der Besprechung gestattet würde. Es wäre sehr wahrseheinlich, bemerkte er, dass die Protestanten sich mit Frankreich verbänden und sich dem Concil widersetzen, woraus für den Kaiser „ein neuer Scandal entstehen könnte“²⁵⁾. Dem Präsidenten des Concils, Pighino, scheute er sich nicht offen ins Gesicht zu sagen, dass der Fortgang des Concils überhaupt keinen Nutzen habe — *dixo que le parecia ser muy sin fruto el progreso deste concilio* — und weil daher ihr Aufenthalt auf dem Concil doch keinen Wert mehr hätte, so seien sie — nicht nur Mainz, den, wie er sagte, auch seine Ueberzeugung nicht länger zu bleiben erlaube, sondern auch Trier und Köln — entschlossen, zugleich noch durch die beunruhigenden Nachrichten aus Deutschland bewogen, abzureisen²⁶⁾. Der vom Kaiser eingesetzte und ihm dafür doppelt ergebene Kurfürst Adolph von Köln war der Meinung, dass alle Beschlüsse nur vorläufig genommen und erst zuletzt zu einer definitiven Entscheidung zusammengefasst werden sollten; er sagt — wie uns der Historiker Sleidan berichtet, der sich auf dem Concil als Deputirter von Strassburg befand²⁷⁾ — „er hett woll mögen sehen,

²⁵⁾ Maurenbrecher: Anhang VIII. 7. p. 159* „antes temia que seria causa de nuevo escandalo en las cosas de V. M., atento que los protestantes convernian con Francia facilmente para oponerse al concilio . . .“

²⁶⁾ *ibid.* Anhang VIII. 9. p. 160* Pighnio an Karl: „se resolvieron en que non podian diferir mas su partida, siendoles tan necesaria por nuevos avisos que tenian de los tumultos de Alemaña, y que así por esto como por tener el progreso del concilio por infrutuoso por las causas que muchas havian dicho estavon resuelto de partirse . . .“

²⁷⁾ Sleidans Briefwechsel, herausgegeben von H. Baumgarten. No. 101, Jan. 7. 1552 p. 197 u. 198.

das man allhie nit also geeilet hette; aber doch were noch zeit genug, wenn man nur zusammen rückte. Er höret, Philippus (Melancton) und der Major kemen. Dis weren gute menner, man müsst lügen, wie man im recht thete; die frembde hetten gewisslich ein anders im sin.“ Ferner — ein sehr bezeichender Ausspruch des Kölners: „wir Teutsche müssen zusammen thun. Es hetten uns vor zeiten alle nationen geförchtet, itz aber weren wir die verachtete, so da lebten; wo wir uns auch nit verglichen, so müssten wir alle in grosse dienstparkeit geraten.“ Bedeutungsvolle Worte, die einerseits mit der kaiserlichen Ansicht übereinstimmten, andererseits aber auch schon einen Schritt weiter gingen und, nach meiner Meinung, die religiöse Toleranz aussprechen! Nimmt man zu diesen religiösen jene bereits erwähnten politischen Differenzen noch hinzu, so lassen beide Umstände wohl deutlich genug erkennen, dass Karl in den geistlichen Kurfürsten, zwar nicht Feinde, aber gewiss auch nicht eifrige Anhänger finden sollte bei dem Ausbruch des schon lange drohenden Krieges. —

Dies war die Lage der Verhältnisse beim Beginn des Jahres 1552, das im Frühjahr jenen denkwürdigen Kriegszug des sächsischen Kurfürsten Moritz brachte, der gleich einem jähen Windstoss das mühsam vom Kaiser aufgebaute Kartenhaus in sich zusammenblies, das Interim endgiltig beseitigte und zur Erreichung des religiösen Praeliminarfriedens nicht wenig beitrug!

Dies war die Stellung jener an dem Kriegszuge des kühnen Wettiners nicht participirenden Reichsstände, als die Wogen des seit langer Zeit im Geheimen bis ins kleinste vorbereiteten Krieges auch ihren Territorien sich näherten und sie zu einer kategorischen Entscheidung aufforderten!

Nach dieser Betrachtung der inneren Gründe, welche bei der Bildung der Vermittlungspartei einen nicht unbedeutenden Faktor bilden, wenden wir uns nunmehr im Folgenden den äusseren Veranlassungen zu, welche diese Richtung eigentlich ins Leben riefen.

Es war am Anfang des Jahres 1552, als der Fürstenbund — Moritz von Sachsen, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, Landgraf Wilhelm von Hessen — und Markgraf Albrecht Alcibiades von Brandenburg-Kulmbach sich gegen Kaiser Karl V. erhoben, der ahnungslos und vollständig überrascht sich bis dahin in Innsbruck aufgehalten hatte, beschäftigt mit seinen dynastischen und kirchlichen Gedanken. Freilich waren ihm die Unruhen, die das Innere von Deutschland bewegten keineswegs entgangen, aber er konnte es sich nicht denken, dass „diese tollen und vollen Deutschen gegen ihn etwas im Schilde führen könnten.“ Den Albertiner glaubte er sich durch Belehnung mit der ernestinischen Kur zur ewigen Dankbarkeit und Anhänglichkeit verpflichtet. Dass er sich in ihm getäuscht hatte, er der gewiegtste und grösste Politiker seiner Zeit, dass dieser, sein Schüler, ihn seinen Meister, überlistet hatte, mag wohl der herbste Schlag gewesen sein, den sein Selbstgefühl jemals erlitten hat, wenigstens müssen wir dies aus seinen eigenen Worten schliessen²⁸⁾. Vor allem hatte seine Schwester Maria, auf deren Rat er sonst ein sehr grosses Gewicht legte, ihm das ganze Complot entüllt²⁹⁾, aber er hörte nicht auf sie, sondern auf seinen Rat Granvella, der, wie er sagte, Moritz gegenüber auch nicht das geringste Misstrauen zu hegen Grund hätte, womit dann auch alle

²⁸⁾ cf. Ribier: *Lettres et memoires d'etat*. Tom. II. p. 392. Heinrich II. an seinen Gesandten Aramont. 27. VI. 1552: *Dauantage son (Karl's) Ambassadeur à Venise a dit à la Seigneurie qu'jamais il ne pardonneroit audit Duc Maurice, et si sa vie ne duroit assez pour le pouuoir chastier, il chargerait son fils de ce faire par son testament et ordonnance de derniere volonté, qui n'est pas pour venir à guerres bon accord avec luy.*

²⁹⁾ Lanz III. No. 742. p. 78—80.

etwaigen Rüstungen unnütz wären, da man ja keinen Feind sähe³⁰⁾. Karl lebte und webte nur in dem Project seiner Universalmonarchie, was gingen ihn da die in Deutschland umlaufenden Gerüchte eines baldigen Kampfes an!

Und doch wären diese Anzeichen einer allgemeinen Aufregung, die Gespräche, die man überall führte, die geheimnisvollen Aeusserungen, die man machte über Moritz von Sachsen, „den Judas von Meissen“, über Hans von Heideck, „den grossen Practikanten“ und den Markgrafen Albrecht Alcibiades, „den Dunkelspiel“, von dem man sich erzählte, dass er zu den Welschen gegangen sei, um geheime Unterhandlungen abzuschliessen, einer grösseren Beachtung wert gewesen. Das erkannten vor allem die Fürsten, weltliche wie geistliche, die gleichsam den Pulsschlag des deutschen Volkes besser zu fühlen wussten, weil sie mit ihm von demselben Blut waren, besser wenigstens als der Spanier! Und die Zeit sollte diesen Fürsten Recht geben.

Auf dem Jagdschloss in Chambord wurden am 15. Jan. 1552 von Paul von Biberach, alias Markgraf Albrecht Alcibiades, die langwierigen Unterhandlungen mit Heinrich II. von Frankreich abgeschlossen, ein Vertrag, nach welchem der Franzose mit Geld und Truppen an der Südwestgrenze Deutschlands durch energische Action die Schilderhebung im Reich unterstützen und eventuell rechts des Rheins mit den Verschworenen kooperiren sollte. Nach der Schlussverhandlung zu Friedewalde zwischen den Bundesfürsten und de Fresse, dem Bischof von Bayonne im Februar, war der offene Ausbruch des Krieges nur noch eine Frage der Zeit. Die ersten Tage des März brachten die Entscheidung: Während sich Moritz bei Bischofsheim vor der Röhn mit dem Landgrafen Wilhelm, bei Rothenburg an der Tauber mit dem Markgrafen Albrecht vereinigte, ging der „allerchristlichste König“, nachdem er kurz vor seinem Abzuge von Paris noch die strengen Ketzer-gesetze erneuert hatte, mit einer Gesamtmacht von 35000

³⁰⁾ Druffel II. No. 933. p. 54 u. 55.

Mann, darunter 16 000 deutsche Landsknechte³¹⁾ unter Schärtlin von Burtenbach, dem Rheingrafen und Reckerode über die Grenze, um sich seines leicht zugefallenen Lohnes zu versichern.

Alle Welt war voll gespannter Erwartung und banger Befürchtung! Wie man heute beim Ausbruch eines Krieges fast mit des Gedankens Schnelle die erfolgte Kriegserklärung über die ganze Erde verbreitet und über Grund und Ursachen desselben die Menschheit aufklärt, so suchte man damals die öffentliche Meinung für sich und seine gute Sache zu gewinnen, indem man mittelst „Ausschreiben“ — oft freilich mit absichtlicher Aufbauschung und Uebertreibung der Gründe — den Feind als den allein schuldigen, sich dagegen nur als den Unschuldigen hinstellte. Die Ausschreiben³²⁾ des Franzosen, der Kriegs- Kur- und Fürsten und des Markgrafen Albrecht Alcibiades, soweit sie inhaltlich auch auseinander gehen mochten, darin stimmten sie vollständig überein, „das jeder, der sich ihrem zuge gegen den Kaiser entgegensetzt, mit feuer und schwert wird angegriffen, und dergleichen beleidigung mit allen kräften wird verfolgt werden; dieser wäre als ein totes gliedmass von einem gesunden körper abzuschneiden“.³³⁾

Damit waren die unbeteiligten Reichsstände vor die Alternative gestellt — entweder Anschluss an Karl oder Verbindung mit den Kriegs- Kur- und Fürsten —. Ein bedeutungsvoller Moment in der Entwicklung unserer Reichsgeschichte!

Nicht erst in jenen Tagen, als sie durch diese bekannt gemachten Ausschreiben zur offenen Stellungnahme aufgefordert wurden, hatten die neutralen Reichsstände ihre Aufmerksamkeit

³¹⁾ Nach den höchst zuverlässigen *Commentaires des dernières guerres en la Gaule belgique* par François de Rabutin (Collect. de Petitot: Ser. I, t. XXI. p. 55, der Quelle, aus der de Thou geschöpft hat.)

³²⁾ cf. Hortleder, *Ausschreiben* Frankfurt a. M. 1618. *Ausschreiben Heinrichs II* p. 1009—1013, *Ausschreiben der Kriegs-Kur- und Fürsten*. p. 1013—1018. *Ausschreiben des Markgrafen Albrecht Alcibades* p. 1018—1022.

³³⁾ *ibidem*: p. 1013

auf den bevorstehenden Krieg gerichtet; schon Monate vorher hatten die „obwaltenden läufte“, die dunklen Gerüchte ihr Bedenken erregt. Besonders ein Umstand war es, welcher sie argwöhnen liess, dass sich etwas vorbereitete, nämlich das Belagerungsheer von Magdeburg, welches, trotzdem die Einnahme dieser Stadt bereits am 9. November 1551 erfolgt war, dennoch von Moritz unter Waffen gehalten wurde. Es hatte in Thüringen Winterquartiere bezogen und wartete nur auf die weiteren Befehle seines Führers; dazu fanden überall Werbungen statt, nicht allein für Moritz und deutsche Fürsten, sondern auch für Frankreich, „drei grosse Regimenter“ von deutschen Landsknechten wurden über den Rhein geführt. Man wusste von der Anwesenheit des französischen Bischofs de Fresse in Deutschland; unbekannt war auch nicht, dass Markgraf Albrecht Alcibiades über den Rhein gegangen; dazu kam noch die viel, und wohl am meisten an den Fürstenhöfen besprochene Sache des Landgrafen Philipp von Hessen, der wider alle Menschlichkeit vom Kaiser in schrecklicher Gefangenschaft gehalten wurde, obgleich sich, wie schon oben erwähnt, fast alle Höfe für ihn verwandt hatten. Nimmt man noch hinzu, dass gerade gegen die Bischöfe die allgemeine Erbitterung zunahm, so lag für die neutralen Reichsstände und aus diesem letzten Anzeichen besonders noch für die Geistlichen wohl zur Genüge Grund vor, in irgend einer Weise an eine Abstellung der Gefahr oder zum mindestens doch an Vorbereitungen zu denken, um einem plötzlichen Ueberzug vorzubeugen.

Wenden wir daher zuerst unsere Aufmerksamkeit den geistlichen Kurfürsten zu:

Die drei Erzbischöfe, Mainz, Trier und Köln befanden sich auf dem Concil zu Trient. Schon am Anfange des Dezembers, am 4., erhielt der Kurfürst von Mainz von dem Bischof von Würzburg Nachricht, dass seit seiner Abreise zum Concil in Deutschland neue Unruhen ausgebrochen seien³⁴⁾. Da das Gebiet des Mainzer Erzbischofs von den in Thüringen

³⁴⁾ Maurenbrecher, Anhang VIII. 4. p. 154* u. 155*.

in Winterquartieren liegenden Belagerungssoldaten von Magdeburg in Mitleidenschaft gezogen worden war, so richteten die drei Kurfürsten³⁵⁾ am 21. XII. an Karl durch einen Boten ein Schreiben, worin sie ihm mitteilten, dass sie wegen der aus Deutschland kommenden beunruhigenden Nachrichten in ihre Gebiete zurückkehren wollten. Karl, dem natürlich alles darauf ankam, dass die Kurfürsten in Trient blieben, richtete am 3. Januar 1552 ein Beruhigungsschreiben³⁶⁾ an sie, in welchem er sie aufforderte, auf dem Konzil auszuharren; zwar hätten die Magdeburgischen Truppen einigen Schaden angerichtet. Vollständig unbegründet aber seien, auf Grund der von ihm angestellten Nachforschungen, die üblen Reden über Moritz, unbegründet auch schon aus dem einfachen Grunde, weil er ein Deutscher sei: „et quum genere sit atque origine Germanus, adduci non possum, ut tam sinistra eum agitare consilia credam“. — Trotzdem Karl sich dazu erbot (vergl. Sleidan l. c. p. 305 unten), die Räte in den Gebieten der Kurfürsten aufzufordern, alle möglichen Vorkehrungen gegen einen plötzlichen Ueberzug zu treffen, ihnen auch zu gestatten, sich zu diesem Zwecke mit den Nachbarn zu beraten und den Kurfürsten im Falle eines Krieges (si quis forte motus erit) seine Hilfe zur Verfügung stellte, liess Sebastian von Mainz einen rheinischen Einigungstag nach Oberwesel ausschreiben³⁷⁾. In der Gesandtschaftsinstruction, datirt vom 8. Jan. (vergl. die zweite in letzter Anm. genannte Quelle) war speciell hervorgehoben, dass die Beratung durch die Mainzer Räte mit besonderer Rücksicht auf das Magdeburger Kriegsvolk an-

³⁵⁾ Sleidan: De statu religionis et reipublicae Caroli V, ... Commentarii. Pars. III. (Ausgb. von am Ende) p. 302: „ . . ille (Moguntinus) quidem, ob acceptum detrimentum, hi vero (Trier und Köln), quod eum casum ad se quoque recidere posse videbant.“

³⁶⁾ l. c. p. 302—306.

³⁷⁾ Ueber diese Beratung zu Oberwesel haben wir nur zwei kurze Angaben:

a) Druffel III. p. 418 (der Brief des Kurfürsten von der Pfalz vom 8. Febr. an Karl),

b) eine Note im Neuen Archiv für Sächsische Geschichte und Altertumskunde. Bd. XV. p. 243 Note 11.

beraumt sei. Ja, die Instruction forderte sogar zum Schutz gegen weitere Ausschreitungen des Kriegsvolkes die „Aufstellung einer Defensivmacht unter bestimmten, ausdrücklich genannten Führern“. Die Beratung, welche die „Kurfürsten daraufhin vorgenommen hatten“, wurde keineswegs abgebrochen, als die Kurfürsten das erwähnte Beruhigungsschreiben zur Kenntnis ihrer an den Beratungen beteiligten Räte gelangen liessen. — Ob der Kurfürst Friedrich II. persönlich an den gepflogenen Verhandlungen teilgenommen hat, ist nach unseren Quellen nicht zu entscheiden, eben so wenig, wie lange sich dieselben ausgedehnt haben mögen. Doch so viel wissen wir, dass die Instruction vom 8. Jan. vollständig ausgeführt worden ist. Denn ausser dem Bericht des Lazarus von Schwendi an Jan de Ligne (Statthalter von Friesland)³⁸⁾, dass in Franken und am Rhein die Bischöfe sich vorgesehen haben — diese Nachricht stammt schon vom 5. Jan., liegt also zeitlich vor der Mainzer Instruction — erfahren wir aus dem Brief des Landgrafen Wilhelm von Hessen an Moritz (vom 15. Jan.)³⁹⁾ die wichtige Nachricht, dass der ganze kurrheinische Kreis und die angrenzenden Gebiete sich in vollster Rüstung befänden.

So war man hier geneigt, durch Gegenrüstungen, Aufstellung einer Defensivmacht den drohenden Gefahren die Stirn zu bieten; doch hiervon konnte für die Reichsstände nur solange die Rede sein, als man die Gefahr, den sich heranzwälzenden Krieg, noch nicht in seiner ganzen Dimension erkannte; als man dies erst konnte, sollte der schwache Versuch eines Widerstandes bald hinfallen.

Doch wie stand es mit den weltlichen Fürsten?

Wirtemberg, Bayern und Pfalz hatten, wie wir gesehen haben, an der fast allgemeinen Gesandtschaft an Karl (17. Nov. 1551) im Interesse der Befreiung des gefangenen Landgrafen

³⁸⁾ Druffel II. No. 884.

³⁹⁾ Druffel II. No. 904. „er will Moritz nit verhalten, das wahrlich Coln Mainz Trier Wurzburg Bamberg Pfalz Wederausche graven und viel andere mehr in hochster rustung sein, bestellen ire stet und heuser, geben wartgeld aus und lassen reuter ausreiten, erfordern die lehen- und landleut.“

teilgenommen, sie fühlten und trugen die Schmach, die diesem zugefügt wurde, gleichsam mit; die Beleidigung des einzelnen Fürsten war eine Beleidigung des ganzen Kollegiums. Karl gab zur Antwort, er warte nur auf Moritz, um sich mit ihm darüber zu vergleichen. Doch der Wettiner ging seine eigenen Wege, die mehr von Karl weg, als zu ihm hinführten. Wie weit die weltlichen Fürsten in diese Politik des Kurfürsten eingeweiht waren, oder ob sie überhaupt darum wussten, lässt sich nicht feststellen. Doch der Gang der Dinge erregte ihre vollste Aufmerksamkeit, Albrecht, thätig bei Ferdinand und Max, die Garantie des Herzogtums für Christoph zu erlangen, berichtet seinem Nachbar am 7. Januar⁴⁰⁾ „in Bälde wird von ihm Fustachius Lichtenstein bei dem Herzog eintreffen zu vertrauter Besprechung von allerlei Dingen.“ Es waltete das tiefste Geheimnis über den Inhalt dieser gepflogenen Verhandlungen. Der vertraute Rat des Bayern geht zwischen Christoph und Albrecht hin und her. Christoph⁴¹⁾ macht ihm nur einige mündliche Mitteilungen, bittet Albrecht um Geheimhaltung; will mit ihm zusammentreffen. „Was nun gutz daraus erfolgen, und wie vorstehendem übel schaden und verderben vor zu sein, zu begegnen sein mocht, acht ich hoch von nötten E. L. und uns allen weltlichen Fürsten wol zu bedenken sein welle“, was, wie er voraussetzt, der Herzog auch thun wird. Dass hiermit der Fürstenbund gemeint ist, liegt auf der Hand, aber aus „weltlichen Fürsten“ irgend eine Beziehung zu Moritz anzunehmen, ist bei unseren Quellen nicht geraten. Indessen aus dem Gesagten erhellt, dass beide Fürsten die „vorstehenden ubel und obwaltenden Leufte“ wohl in den Bereich ihrer Betrachtungen und politischen Correspondenzen zogen.

Ein offenes Wort über die Unruhen und Missstände im Deutschen Reich erfahren wir von Pfalz. Bekanntlich stand Karl mit diesem Kurfürsten wegen der Succession in lebhafter Correspondenz; seine Meinung und seine Ratschläge schlug er hoch an, und daher fragte er ihn auch über die drohenden

⁴⁰⁾ Druffel II. No. 888.

⁴¹⁾ Druffel II. No. 918.

Gefahren um seine Meinung. Von 3 Briefen wissen wir, die er im Zeitraum von zwei Wochen in dieser Hinsicht an ihn richtete; vom 17, 18, und vom 26. Jan.⁴²⁾. Die Antwort des Kurfürsten, die er dem Kaiser erst am 8. Febr. schrieb, ist von dem grössten Interesse, nicht allein für die Lage der Verhältnisse, sondern auch für den Standpunkt Friedrichs angesichts dieser Lage.

Er sagt: Die deutsche Nation bedarf innerer Ruhe, „das sie sich etwas in vermögen erholen und wider wenig federn gewinnen möchte“. Dann schildert er mit beredten Worten die Leiden, unter denen die Nation seufzt: „spaltung, krieg, durchziehen (von Truppen) lögern, die an weib und kind gelittene schmach.“ Er rät dem Kaiser, damit an die Stelle „von forchte wider rechte liebe trete, den Fürsten gegenüber sich in ihrem anliegen und ansuchen, so vil billich, milt und gnädig erzeigen, daraus sie kaiserlichen gnedigen willen, schutzes, auch bei E. M. reten furderliche billiche expedition der gebüre jederzeit befinden mögen“ Dadurch würde er nicht nur wieder Gehorsam und Liebe finden bei jedermann, sondern auch — „einfallende beschwerden wole verhüten.“ Bei Unruhen, die entstehen sollten, müsste der Kaiser sich des vom reiche erlegten furrates“ (Es ist die 1548 bewilligte Reichskriegskasse gemeint, cf. Ranke V. p. 21 u. 22) bedienen. Mit allem würde er sich dann „seine und des h. reichs reputation wolfart und gute correspondenz nit wenig pflanzen augmentiren und erhalten.“ — Wir sehen, offen und ohne irgend welche Umschweife legt der Kurfürst Karl die Gründe der im Reiche sich erhebenden Unruhen dar; er giebt ihm auch den Ratschlag, von seiner, bisher dem Reiche und

⁴²⁾ Druffel III. p. 418 und II. No. 938 und No. 939. Wenn bei Druffel III. No. 418 Absatz III. von oben steht, dass im Wiener Arch. ein Concept zu einem Mahnschreiben vom 26. Jan. liegt — Friedrich II. zögerte nämlich mit seiner Antwort bis zum 8. Febr. — so ist wohl mit Gewissheit anzunehmen, dass dies nicht abgegangen ist; vielmehr schrieb Karl, wie Druffel II. No. 939 noch besonders hervorgehoben, neben den geistlichen Kurfürsten, auch an Pfalz. Einen Mahnbrief an diesen zu senden, schien ihm bei seinen Absichten, zu denen er Friedrich gebrauchen wollte, nicht ratsam.

den Ständen gegenüber befolgten Politik abzulassen; aber nach einem Angebot, seinerseits den obwaltenden Gefahren energisch entgegenzutreten, suchen wir bei all' den schönen Worten vergebens. Dass er die drohenden Gefahren schon übersah — er schrieb am 8 Febr. und am 15. Jan. war der Vertrag zu Chambord abgeschlossen — ist vielleicht nicht ausgeschlossen, man könnte dies wohl mit Recht aus dem letzten Teil seines Briefes schliessen. Der Inhalt tendirt im wesentlichen schon auf eine Mittelstellung zwischen den beiden Parteien, dem Kaiser und denen, „die etwa im h. reich noch unrüge erwecken wollten.“ Gleichwohl hatte er es, wie bemerkt, nicht unterlassen, infolge jener Beratungen zu Oberwesel sich gegen einen plötzlichen Ueberfall zu rüsten. Das Gleiche hatten auch Bayern und Wirtemberg gethan, als sie sahen, dass überall Werbungen unternommen wurden.

Vor allem wichtig war die Stellung des Herzogs Christoph. Nach dem, was wir bereits von seiner Politik wissen, war er durch die Natur seiner Lage auf eine Mittelstellung zwischen Karl und Moritz angewiesen. Dazu kam noch, dass er am 28. Jan. eine Unterredung mit dem Markgrafen Albrecht Alcibiades hatte;⁴³⁾ dieser und vor allem Moritz in einem Schreiben vom 14. Febr. haben ihn über den abgeschlossenen Bund vollständig aufgeklärt. An dem Tage, an welchem der Abschied zu Friedenwalde zustande gekommen, liess ihn Moritz und Landgraf Wilhelm von Hessen wissen: „jetzt ist das Werk mit Gottes Gnade abgeschlossen, der Herzog, den das Werk

⁴³⁾ Einen Fehler hat Kugler (Herzog Christoph . . . Bd. I. p. 182) begangen, wenn er sagt, dass Christoph Albrecht Alcibiades eine Anleihe auf 60000 Gulden gewährt hätte, um die ihn dieser anging, und die ihm zu zahlen Moritz und Wilhelm von Hessen, unter Zusicherung der Rückzahlung in Monatsfrist, den Herzog aufgefordert hatten. Dieser Bemerkung, die Kugler aus J. Voigt. Albrecht Alcibiades Bd. I. p. 259 einfach herübergenommen hat, widerspricht es, wenn Moritz u. Wilhelm in dem Memorial für Eberh. v. Bruch (Druffel II Nr. 986) Christoph auffordern, dem Markgrafen 60000 G. zu leihen, u. wenn dieser sich (Druffel II No. 1005) darüber beklagt (21. Febr. [?]), dass er noch nichts erhalten; vergl. dazu noch Druffel II Nr. 1047.

wegen Religion und Libertät ebenso angeht“ . . .⁴⁴⁾. Damit hatte Christoph vollen Einblick in die Fürstenbundpolitik gethan. Von diesem Gesichtspunkte aus kann ich mich der Meinung Kuglers (Bd. I, p. 182) durchaus nicht anschliessen, der den Herzog von „schwankenden Gefühlen“ beherrscht sein lässt, die ihn bald zum Kaiser, bald zu dem Bunde hinzogen. Seine Politik war eben von zwei principiellen Gesichtspunkten beherrscht, erstens die rechtmässige Anerkennung seines Herzogtums zu erlangen und zweitens den Protestantismus zu beschützen und zur Schlichtung der religiösen Streitigkeiten beizutragen. Diesen beiden Gesichtspunkten ordnete er alles unter, und alle seine Schritte sind wohl überlegte politische Schachzüge, mag er nun an den Kaiser schreiben und ihm von den Rüstungen rings um Württemberg berichten,⁴⁵⁾ oder sich den Kriegs-Kur und Fürsten nähern oder auch dem Markgrafen Albrecht Werbungen in seinem Lande gestatten⁴⁶⁾. Der erste Schritt war ganz natürlich, bedingt durch die Correspondenz mit Karl, um sich den Ruf seiner gut kaiserlichen Gesinnung zu bewahren, zumal da noch immer die Spanier auf dem Asperg lagen; der andere durch die feine politische Berechnung, dass derselbe seinem Lande vom grössten Nutzen sein könnte, da er wohl wusste, dass Ferdinand es mit Moritz hielt. Letzteres gilt indessen nur soweit, als Ferdinand mit Moritz in den freundschaftlichsten Beziehungen stand, beim Kaiser die vermeintliche Ursache des drohenden Krieges, die Einbehaltung des Landgrafen, zu beseitigen suchte und darüber informirt war, dass dieser Krieg allein der spanisch-habsburgischen Linie galt⁴⁷⁾.

Soweit waren gegen Ende des Februar die Verhältnisse gediehen. Es war lediglich die Gefährdung der particularistischen Interessen des eingenen Gebiets der einzelnen neutralen Fürsten, welche die bisher ergriffenen Massnahmen

⁴⁴⁾ Druffel II No. 986.

⁴⁵⁾ Kugler, Bd. I. p. 183.

⁴⁶⁾ Sattler, Geschichte des Herzogtums Württemberg unter der Regierung der Herzoge. IV. p. 30. seq.

⁴⁷⁾ Jul. Witter, Beziehungen und Verkehr Moritz von Sachsen mit dem römischen Könige Ferdinand p. 46—52, vor allem p. 52.

zustande gebracht hatte — den Beratungstag zu Oberwesel, die daran sich anknüpfende Rüstung in den Erzbistümern und die in der Pfalz, in Bayern und Wirtemberg getroffenen Massregeln —. Die gleich interessirten, aber auch gleich bedrohten Stände hatten sich in gegenseitige Verbindung gesetzt. Eine eigentümliche Stellung nahm dabei der Kurfürst von der Pfalz ein. Durch die Lage seines Landes, das sowohl Wirtemberg, als vor allem auch Trier benachbart war und ferner aus dem Grunde, dass er allein von den Kurfürsten bei Rhein in seinem Gebiete sich aufhielt, war es gekommen, dass er zu den geistlichen sowohl, als zu den weltlichen Ständen in Beziehung getreten war; eine Zwitterstellung von der grössten Bedeutung, durch welche er später das Bindeglied zwischen den beiden auf eine vermittelnde Stellung tendirenden Gruppen wurde.

Förderlich für die Weiterentwicklung dieser Mittelstellung der Neutralen war die Lage Karls:

So sehr dieser sich auch dem Gedanken verschlossen hatte, dass Moritz einen Anschlag gegen ihn, seinen Kaiser und Wohlthäter, im Sinne haben könnte, die Zeit lehrte ihn, dass alle, die ihn vor diesem Manne gewarnt hatten, Recht behielten. Gegen Ende des Februar und Anfang des März war er imstande, die weit angelegten Praktiken des Kurfürsten zu überschauen. Seine Lage war die schrecklichste. Zu leiblichen Schwächen gesellte sich vor allem sein altes Leiden, dass er auch nicht über die geringsten Geldmittel verfügte; ja entblösster als je stand er jetzt da, er konnte weder die Lente in seiner Umgebung bezahlen, noch seine Soldaten, noch konnte er, woran er jetzt wohl bei der drohenden Gefahr gedacht haben mochte, auf Vorschlag seiner Schwester nach Speyer aufbrechen⁴⁸⁾. War es ihm sonst noch geglückt, Geld aufzubringen, jetzt versagte auch dies Mittel; ärgerlich schrieb er Ferdinand: „la conspiracion doit estre fort generale et comme si lesdicts marchans auoient entre eulx intelligence secrete pour non nous servir“. Selbst Augsburg, sonst sein letztes refugium, versagte dies Mal die Hilfe⁴⁹⁾. Was thun,

⁴⁸⁾ Lanz III. p. 112.

⁴⁹⁾ ibidem. p. 100.

zumal er auch keine Truppen zur Hand hatte? Aber Karl hatte sich schon zu oft in ähnlichen Lagen befunden, um jetzt nicht den Mut zu verlieren. Sobald er die Gefahr erkannt, trat an die Stelle der Aufgeregtheit bald wieder die alte Ruhe. Zeit gewinnen wurde seine Parole und hierzu konnten nur Unterhandlungen führen.

Es war natürlich, wenn Karl sich mit dem Gedanken eines späteren Widerstandes trug, dass er vor allem die neutralen Reichsstände für sich zu gewinnen suchen musste, um gestützt auf sie gleichsam einen Rückhalt und wenn möglich auch eine energische Hilfe zu erlangen. Daher sandte er verschiedene seiner Räte an die einzelnen bedeutenden Reichsstände ab, um sich ihrer zu versichern⁵⁰). Der Graf von Eberstein ging an Trier, Pfalz und Wirtemberg ab; Lazarus von Schwendi an Bayern, lieutenant Damant an Mainz und Köln. Schwendi sollte von Bayern zu dem Erzbischof von Salzburg gehen und versuchen, „si de luy l'on pourra recouvrer quelque somme d'argent (Druffel II. No. 1097. p. 224).

Ausserdem gingen noch Briefe an andere bedeutende Reichsstände, wie an den Markgrafen Ernst von Baden, und an bedeutende Städte ab, wie Augsburg, Nürnberg, Ulm, Frankfurt, Hall, Gemünd u. a. Diese eingeleiteten Werbungen bei den Geislichen und weltlichen Reichsständen fallen auf den letzten Tag des Februar. Auch an Ferdinand wandte Karl sich ungefähr zu derselben Zeit (3. März) und bat ihn „par tous moyens possibles d'apaiser par negociacions les Allemans“, und in seinem (Ferdinands) Namen Unterhandlungen mit Moritz einzuleiten⁵¹).

Indessen, wenn Karl von diesen Werbungen bei den Reichsständen eine energische Hilfe erwartete, so hatte er sich aufs höchste getäuscht. Trier, welchen Graf von Eberstein auf seiner Heimreise vom Concil — am 16. Februar hatte er „reficiendi sui causa“ mit Erlaubnis und zugleich mit der Auf-

⁵⁰) Lanz III. p. 134 u. 135. Druffel II. No. 1035, 1067, 1097. H. Grotefend: Quellen zur Frankfurter Geschichte. Bd. II. herausgegeben v. Dr. R. Jung. p. 523.

⁵¹) Lanz III. p. 101.

forderung des Kaisers, „uti quam primum per valetudinem posset, eo rediret“, Trient verlassen⁵²⁾ — in Cannstadt getroffen, verschob die Antwort, bis er nach Hause gekommen sei, da er die ganze Sachlage noch nicht überblicken könnte⁵³⁾, beteuerte dann aber seine wahre kaiserliche Gesinnung. Dasselbe thaten Mainz und Köln, gleich Trier wiesen sie darauf hin, dass sie ohne ihre Räte nichts thun könnten, versprachen jedoch auf ihrer Rückkehr vom Concil über Innsbruck nach Hause zu reisen⁵⁴⁾.

Wie die geistlichen, so antworteten auch die weltlichen Stände und die Städte. Pfalz, Württemberg und Bayern wurden beider Werbung nicht müde, ihre Anhänglichkeit an Karl zu betonen. Christoph erklärte sogar: „quil employerait avec eux sa personne, ses subjectz et son pays“ und dass er lieber alles aufs Spiel setzen würde, als gestatten, dass der Franzose seinen Fuss auf deutschen Boden setzte⁵⁵⁾. Bayern antwortete Schwendi „fort affectueusement“ und beteuerte seine unwandelbare Ergebenheit. Doch der Bischof Arras interpretirt diese Worte ganz richtig, wenn er sagt⁵⁶⁾: „qu'il temporisera comme neutral avec les autres, jusques il voye sa M. armée, pour doute qu'il a, que l'on ne luy courre suz et que son pays ne recuelt dommage et sa M. nul service.“

So war dem Kaiser dieser Schritt nicht zu dem Vorteil ausgeschlagen, den er wohl gewünscht hätte, indessen einen positiven Erfolg hatte er ihm doch gebracht. Alle Stände waren auf seinen Wunsch, gute Correspondenz mit den Nachbarn zu führen, eingegangen und hatten sich gegen den Anschluss an die Kriegsfürsten und für eine „aimable negociacion“ ausgesprochen. In besonderer Weise thaten dies noch Württemberg und die beiden Kurfürsten Mainz und Köln. Im Gespräch mit Eberstein hatte Christoph dem Kaiser seine, des Herzogs Albrecht, des Kurfürsten von der Pfalz und des Herzogs von Jülich Vermittlung angeboten⁵⁷⁾ und die beiden Kurfürsten von Mainz und Köln

⁵²⁾ Sleidan, l. c. p. 320.

⁵³⁾ Druffel II. No. 1108.

⁵⁴⁾ ibidem No. 1097 p. 225 und Lanz III. p. 135.

⁵⁵⁾ Lanz III. p. 134. Druffel II. No. 1070.

⁵⁶⁾ Druffel II. No. 1108 u. 1068.

⁵⁷⁾ Druffel II. No. 1148 und Kugler I. p. 185. Note 1.

hatten in ihrer Antwort an Damant⁵⁸⁾ neben der eifrigen gegenseitigen Correspondenz davon gesprochen, „se servir des lighes et confédérations qu'ilz ont entre eulx pour leur mutuelle défense.“ Als ihnen dann Karl erlaubt hatte, das Concil zu verlassen, da er der ihnen gegebenen Verpflichtung, ihre Gebiete vor Feindseligkeiten zu bewahren, nicht nachkommen konnte, nahmen sie ihren Weg über Innsbruck und besprachen dort mit ihm die politische Lage⁵⁹⁾. Sie verwarfen es „de faire mandemens contre les princes qui arment presentement en lempire“, stimmten aber ganz entschieden für friedliche Unterhandlung; die etwa zutreffenden Massregeln sollte man begründen mit dem Hinweis auf die „Bestellung“ des Markgrafen Albrecht Alcibiades. In der Frage über das Concil sprachen sie sich ganz entschieden für Suspendirung aus. So ging die Tendenz all' dieser Reichsfürsten einstimmig nur dahin, auf dem Wege gütlicher Unterhandlungen die obwaltenden Streitigkeiten zwischen Karl und dem Fürstenbunde zu beseitigen, worüber Karl seine höchste Verwunderung ausspricht (cf. letzte Anm.): „comme si tous princes et electeurs estoient raccordez a respondre conformement.“ Und als dann die Kurfürsten in ihren Erzbistümern angekommen waren, wurde diese Vermittlungspolitik nach den beiden Seiten hin — Karl und Moritz — sogleich in Scene gesetzt.

Dies führt uns wieder auf den Kriegsschauplatz.

Hier hatten die Verhältnisse bereits einen durchaus kriegerischen Charakter angenommen. Wie schon früher, so hatte auch jetzt wieder das mainzische Gebiet unter den Belästigungen der zuchtlosen Soldateska zu leiden gehabt. Als die Räte sich an Landgraf Wilhelm von Hessen wandten und um Abstellung dieser Zustände baten, antwortete er ihnen⁶⁰⁾, dass sein Sinn auf Ruhe und Friede ginge, da aber sein Vater nicht losgegeben werde, so sähe er sich gezwungen Truppen zu halten, zumal da auch ihm Gefahr an Leib und Leben drohe. Allen denen aber, die sich ihrem — der Kriegs-

⁵⁸⁾ Druffel II. No. 1097 p. 225.

⁵⁹⁾ Lanz III. p. 136.

⁶⁰⁾ Druffel II. No. 1042 und Lanz III. p. 113.

fürsten — Vorgehen entgegensetzten, würde es übel ergehen. Wilhelm liess sich daher durch diese bei ihm gemachten Vorstellungen auch nicht im geringsten von seinem Vorgehen abbringen. Seine Truppen begannen ihr Unternehmen mit der Niederreissung einer neuen Zollstätte und zwangen das Mainzische Amöneburg zur Auslieferung des schweren Geschützes⁶¹⁾. In ihrer bedrängten Lage wandten sich nun die Mainzer Räte an Maria und baten sie um Hilfe, „soit par voi aimable ou autrement, a ce qu'ils ne fussent pas inquietes“. Diese gab ihnen den Rat, „de se deffendre et demander le secours de ceux de leur cercle“, d. h. den rheinischen Kurfürsten und ihren Nachbarn; auch versprach sie ihrerseits alle mögliche Hilfe⁶²⁾.

Die Lage der geistlichen Gebiete wurde nun auch noch dadurch verschlimmert, dass die Gefahr von Frankreich am westlichen Horizont aufstieg. Heinrich, welcher allerdings erst am 13. März die Grenze seines Landes überschritt, schickte an die bedeutendsten Reichsfürsten Schreiben, worin er sie zur Unterstützung aufforderte und ihnen sein Anschreiben übersandte, eine Thatsache, die wir aus zwei Actenstücken abnehmen können⁶³⁾. Das erstere ist allgemein gehalten. Seine Adresse: Reverendissimis spectabilibus generosis praestantibus et magnificis praelatis Comitibus —. Es enthält die Gründe des Krieges und die Aufforderung, das Unternehmen zu unterstützen. Das zweite Actenstück von demselben Datum (3. März), auch lateinisch abgefasst, ist an den Herzog von Bayern gerichtet und spricht von der Uebersendung von „latinae scriptae“ an die „amplissimi sacri imperii ordines“, wo nur das Ausschreiben gemeint sein kann, das er in einem Exemplar übersendet. Die Forderung um Anschluss wird auch hier ausgesprochen; der Widerstrebende wird mit Krieg überzogen werden.

All' diese aufgezählten Umstände hatten zwei Ereignisse

⁶¹⁾ Ranke V. 167.

⁶²⁾ Lanz III. p. 113.

⁶³⁾ v. Langenn. Moritz, Kurfürst von Sachsen. Bd. II p. 334/335 und Druffel II No. 1050.

zur Folge: erstens, dass man seine angefangenen Rüstungen noch verstärkte und zweitens die Zusammenkunft der Räte der rheinischen Kurfürsten zur Beratung über die drohenden Gefahren. Was den ersten Punkt anbetrifft, so wurden in dieser Hinsicht umfassendere Massregeln getroffen. Bei der strategischen Wichtigkeit der Stadt Mainz, sie sollte der Stützpunkt der beiderrheinischen Operationsbasen werden, wurde dieselbe, da man erfuhr, „Hildebrand (König Heinrich II.) zieht auf Mainz stark besetzt, man führte ganze Schiffe Bauern hin;“ ⁶⁴⁾ und da der Besitz des Rheinstromes von der grössten Bedeutung war, so wurde den rheinischen Städten befohlen, ihre Schiffe vor den Feinden zu bewahren. ⁶⁵⁾ Wenn angesichts der Gefährdung der Gebiete das Kampfesgefühl ein hohes war — hatte doch Graf Eberstein zu Bouson, einem Gesandten Karls an Maria gesagt, man brauche nur die Trommel zu rühren, so würden die Soldaten schaarenweise heranströmen ⁶⁶⁾ — so wurde dasselbe doch sehr herabgestimmt, als man sah, dass von kaiserlicher Seite auch nicht die geringste Anstrengung zum offenen energischen Widerstande gemacht wurde, trotzdem Maria wiederholt Karl zu diesem Schritt aufgefordert hatte (cf. z. B. Lanz III. p. 113).

Die zweite Consequenz jener oben dargelegten Gründe und auch wohl nicht zum mindestens eine Folge der thatenlosen Haltung Karls war eine neue gemeinsame Versammlung der Räte der 4 rheinischen Kurfürsten zu Bingen. ⁶⁷⁾ Die „jetzigen unversehenlichen schwebenden leuft“ waren der Gegenstand der Beratungen, die vom 7.—9. März dauerten.

⁶⁴⁾ Druffel II No. 1073.

⁶⁵⁾ Lanz III. p. 113.

⁶⁶⁾ Druffel II. Nr. 1086.

⁶⁷⁾ Das Material, aus dem wir unsere Kenntniss über diesen Tag haben, ist folgendes: Druffel III p. 418/419. Kugler: Württembergische Jahrbücher (citirt unter W. J.) 1868 p. 376 u. p. 394 u. Lanz III. p. 136 oben. Die Kugler'sche Ansicht (W. J. 1868 p. 376), dass in Bingen die 4 Kurfürsten zusammengekommen seien, ist, wie auch Barge p. 25 sagt, ein Fehler, da die Kurfürsten von Mainz und Köln nach Sleidan III. p. 322, am 11. März erst Trient verliessen.

(Druffel III. p. 418). Der am 9. Maerz verfertigte Abschied der Räte der 4 rheinischen Kurfürsten war ganz im Sinne der augenblicklichen Lage abgefasst: Der Kurfürst Friedrich von der Pfalz und die Statthalter und Raete der anderen Kurfürsten sollten sich dem kaiserlichen Landfrieden gemäss zu „Ross und Fuss“ gefasst machen, falls einer der Kurfürsten beschwert werde. Ein an Karl abgesandtes Schreiben, das nach Lanz III. p. 136 in Innsbruck ankam, als die Kurfürsten von Mainz und Köln noch dort waren, also in der Zeit vom 18—20 Maerz,⁶⁸⁾ enthielt im wesentlichen nur den Bericht über die Verhandlungen bei der Beratung und über die Absicht der Versammlung, an Moritz, Wilhelm von Hessen und Markgraf Albrecht Alcibiades Gesandte, „jeder Kurfürst einen Rat,“ zu schicken, die sich am 20. März in Frankfurt treffen sollten; vorher sei für dieselben noch Geleit zu erbitten, auch die Berufung eines Kreistrages sollte in Aussicht genommen werden. So trat in dem letzten Punkt dieses Abschieds der Gedanke der friedlichen Vermittlung schon bedeutend in den Vordergrund. Nach dem Abschied machte man sich auch sogleich an die Ausführung der Gesandtschaften, für welche jedoch zuerst sicheres Geleit besorgt werden musste. Zu erwähnen ist hier noch, dass Friedrich von der Pfalz bereits am 5. Maerz Gesandte mit einer Instruction an den Landgrafen Wilhelm von Hessen gesandt hatte, um ihn über den Grund der Rüstungen zu befragen und sich als friedlichen Unterhändler anzubieten.⁶⁹⁾ Wilhelm erwiderte ihm, dass die unrechtmässige Einbehaltung

⁶⁸⁾ Nach Druffel II. Nr. 1146 Note 1 schrieb Karl am 20. März die Antwort auf dies Schreiben an den Kurfürsten von der Pfalz, welche am 30. Maerz ankam (cf. W. J. 1868. 394/395.) Er spricht darin „sein gefallen aus inbetreff des fürnehmen u. der gütlichen handlung,“ er habe die ganze Unterhandlung Ferdinand „heimgestellt“, auch mit Moritz abzuschliessen, und habe sich gefreut, dass auch noch andere Fürsten „sich zu gütlicher handlung erpotten“; er ist der Meinung, dass diese letzteren sich mit ihnen vereinigen und sie zusammen dann „sambtlich und sonderlich vleis fürwenden, damit die handlung in der güte hingelegt und ruhe und friede erhalten wurd.“

⁶⁹⁾ Druffel II. Nr. 1061. Wilhelms Antwort darauf, ibidem Nr. 1105 u. 1106.

seines Vaters ihm die Waffen in die Hand drücke; wegen seiner angebotenen Unterhandlung werde er an Moritz berichten, hoffe sonst von Pfalz keine Hinderung. Wegen Frankreich verweist er ihn auf dessen Ausschreiben. Als dann die Raete der in Bingen projectirten Gesandtschaft am 15. Maerz bei Wilhelm von Hessen eintrafen, um Geleit für eine Vermittlungsgesandtschaft zu erbitten, wies er sie ab mit der Erklärung, sie sollten noch einmal wiederkommen, wenn die verbündeten Fürsten sich vereinigt hätten.⁷⁰⁾ Die geplante Gesandtschaft des Kurfürsten von der Pfalz im Interesse Würzburgs an Albrecht Alcibiades wurde am 14. Maerz bei demselben ausgeführt.⁷¹⁾ Kurfürst Moritz antwortete auf das Vermittlung anbietende Schreiben von Kurpfalz und den Räten der 3 geistlichen Kurfürsten am 19. März.⁷²⁾ Er ist mit dem Bestreben, Beilegung zu versuchen, vollständig einverstanden und stellt deshalb Geleit aus für die Gesandte nach Meiningen. Am 23. Maerz schrieb er diesen Gesandten in Meiningen von Münsterstaedt aus, dass er sie erst am 25. Maerz in Schweinfurt treffen wollte.

Während man mit diesen Ausführungen beschäftigt war, suchte der auf seiner Heimreise sich befindende Kurfürst von Trier — er war nicht über Innsbruck gereist — am 8. März den Kurfürsten von der Pfalz auf, um sich mit ihm über die politische Lage zu besprechen⁷³⁾. Doch als er auf seiner Weiterreise bis nach Kaiserslautern gekommen war, musste er wieder nach Heidelberg zurückkehren, weil alle Wege bereits von den Soldaten besetzt waren, (propter Hessos), und nachdem er sich hier noch „paucos dies“ aufgehalten hatte, fuhr er auf einem kurfürstlichen Schiff nach Coblenz. Die beiden anderen Erzbischöfe von Mainz und Köln hatten auf ihrer Heimreise Innsbruck berührt und hier, wie oben bemerkt, in der Zeit vom 18—20 März — Trient hatten sie am 11. März

⁷⁰⁾ ibidem Nr. 1120.

⁷¹⁾ ibidem II. Nr. 1119 und III. p. 419.

⁷²⁾ ibidem II. Nr. 1145 vergl. auch die sehr wichtige Note!

⁷³⁾ Druffel II. Nr. 1084. u. Hub. Thom. Leodius. Annales Friderici II. . . . p. 280a.

verlassen⁷⁴⁾ — mit Karl die Verhältnisse besprochen und friedliche Unterhandlung angeboten. Auf ihrer Weiterreise trafen sie am 24. oder 25. März in Göppingen mit Herzog Christoph zusammen; sie eröffneten diesem, dass es Karls Begehren sei, eifrigst auf Mittel und Wege zu denken, um den sorglichen Läufen abzuhelpen. Als ihnen dann Christoph den Vorschlag machte, es wäre am besten, wenn der Kaiser zu einer friedlichen Unterhandlung etliche Fürsten vorschlage — etwa Pfalz, Bayern, Jülich und ihn — erklärten sich die beiden Kurfürsten damit vollständig einverstanden⁷⁵⁾. Von Göppingen aus begaben sie sich nach Heidelberg, wo sie am 28. März anlangten⁷⁶⁾. Gleichwie mit Wirtemberg berieten sie mit Pfalz über die politische Lage „mirum in modum eius benevolentiam ambierunt, omnia illi promittentes“ sagt Leodius. Die ist bezeichnet für die peinliche Lage, in welcher sich die Kurfürsten befanden, denn zu dem Feinde in Deutschland war auch im Westen der Franzose hinzugekommen, der bereits einen Einfall in Lothringen gemacht hatte und sich nun anschickte, die ihm versprochenen Bistümer in Anspruch zu nehmen. Dazu kamen dann die Ausschreiben der Kriegs- Kur- und Fürsten, von Heinrich II. und Markgraf Albrecht, alles Momente, die die Erzbischöfe in die grösste Furcht setzen mussten.

Einen guten Einblick in die Stimmung am Rhein geben uns die Berichte des Robert Haller an die Regierung der Niederlande⁷⁷⁾. Es darf uns nicht befremden, wenn jeder von diesen rheinischen Fürsten an die Wahrung seiner Interessen zuerst dachte, dies brachte schon der Begriff des eigenen Territoriums mit sich. In ihrer Kurzsichtigkeit verkannten diese Stände es vollkommen, welch' ein Vorteil ihnen aus einem gemeinsamen energischen Auftreten erwachsen wäre. Das natürlichste wäre gewesen,

⁷⁴⁾ Sleidan l. c. p. 322.

⁷⁵⁾ Kugler. l. c. p. 188.

⁷⁶⁾ Leodius. p. 280a.

⁷⁷⁾ Druffel II. No. 1134. 1154. 1157. Rob. Haller war von der Königin Maria an die Mainzer Räte gesandt worden, um sich über den Stand der Dinge zu unterrichten. Seine drei Berichte sind äusserst wertvoll, da er sich als einen guten Beobachter erweist. Er betont es wieder und wieder, dass die Energielosigkeit des Kaisers demselben am Rhein nur Indifferente schaffe.

die gegebene Organisation der Reichskreise, deren eigentliche Bestimmung ja die Wahrung des Landfriedens war, für den Zweck gegenseitiger Hilfe zu benutzen. Jene Versammlung in Bingen hätte mit energischen Massregeln in dieser Hinsicht vorgehen können; allerdings wurde, wie bemerkt, die Berufung eines Kreistages in Aussicht genommen, aber weiter geschah auch nichts, was irgend ein gemeinsames Handeln hätte befördern können. Jeder sammelte wohl soviel Leute, als er gerade bekommen konnte, aber bald regten sich auch hiergegen manche Bedenken, sagten doch z. B. die Mainzer zu Robert Haller (cf. 1154), „sie hätten schon viel zu viel Leute, die sie gar nicht bezahlen könnten.“ Dazu kamen noch die vielfachen Gerüchte, welche man über die Pläne der Kriegsfürsten hörte, z. B. „den Rhein von Strassburg bis nach Cöln zu besetzen“, in Mainz am 1. Mai eine Versammlung zu veranstalten, um einen neuen Kaiser zu wählen“, u. a. m. Alles dies schreckte die Stände und machte sie aufs höchste mutlos. Doch nichts wirkte niederdrückender, als die Unschlüssigkeit Karls, der wir schon an mehreren Stellen gedacht haben. Eben weil das gemeine Volk — wie die Mainzer erklärten (cf. No. 1157) — die Unthätigkeit Karls sah, wagte es nicht, die Stadt in besonderen Verteidigungszustand zu setzen; würde aber der Kaiser rüsten und auf ein gleiches auch bei den Kurfürsten, Fürsten und allen Ständen im rheinischen Kreise hinwirken, dann würde jeder seine Pflicht thun „10 enseignes de piétons et mil chevaulx“ würden genügen, um sich den Feinden entgegenzustellen und sie am Uebergang über den Rhein zu hindern. Doch ohne diese kaiserlichen Massnahmen wäre nichts zu leisten, zumal da die Leute auch mehr für Landarbeit als für das Kriegshandwerk geeignet seien und das Land frei von festen Plätzen wäre.

Unter dem Druck dieser Verhältnisse hatten die Kurfürsten von Trier und Pfalz und die Räte von Mainz und Köln, von Bingen aus ein Schreiben an den König Ferdinand gelangen lassen — 24. März — ⁷⁸⁾ des Inhalts, dass alle rhei-

⁷⁸⁾ W. J. 1868. p. 390—393. und p. 396. Hier in Bingen müssen sich die Räte wieder zu dieser Zeit eingefunden haben, oder man

nischen Stände durch die doppelte Gefahr, von Deutschland und Frankreich, sich zusammengethan hätten, „um durch gütliche unterhandlungen und tregliche mittelwege die dem vaterlandt drohenden läufe abzuwehren“. Sie hatten bereits dem Kaiser ihren Entschluss mitgeteilt, dessen „Resolution“ sie noch erwarteten. Ebenso sei an die Kriegs- Kur- und Fürsten ein Vermittlungsschreiben ausgegangen, worauf dieselben sich zustimmend geäussert hätten. Da es aber in all diesen Dingen auf Karl am meisten ankomme, so ersuchten sie Ferdinand, beim Kaiser für die gute Sache einzutreten.

So lagen die Verhältnisse, als die beiden Kurfürsten von Mainz und Köln am 28. März in Heidelberg mit Kurfürst Friedrich zusammenkamen, um über die politische Lage zu beraten. Das Resultat, zu dem sie kamen wurde niedergelegt in dem Heidelberger, Recess, der bereits am folgenden Tage — 29. März — zustande kam⁷⁹⁾.

Dieser Abschied bedeutete einen weiteren Schritt auf der bisher eingeschlagenen vermittelnden Bahn. Er bestimmte, dass die 4 Kurfürsten zum 7. April ihre Räte nach Bingen schicken sollten, um dort über die Läufe zu beraten „sonderlich uf die antwort, wölliche J. Kf. G. zu dem churfürsten von Sachsen geschickt, wie verhoffentlich mitbringen werden, wes furzunehmen, zu bedenken und zu beratschlagen.“ Pfalz sollte Bayern auffordern, sich bereit zu halten zur Absendung von Räten zu einer gemeinsamen Beratung mit den Kurfürsten. In Bingen wäre auch zu beschliessen, ob noch Bayern, Wirtemberg, Jülich und Wirzburg zu den späteren Beratungen hinzuziehen seien. Ausserdem sei auch darüber Rats zu pflegen, ob und wer an Frankreich zu senden sei, oder ob dies besser ganz unterbliebe; doch sollten sich die einzelnen Kurfürsten so gut als möglich über „des kunigs von Frankreichs furnehmen oder seinen furgenommenen zug“ zu informiren suchen.

könnte auch annehmen, dass sie noch seit dem Abschied (9. III.) zusammen geblieben seien; genaues darüber habe ich in den gedruckten Acten nicht finden können.

⁷⁹⁾ Druffel II. No. 1183.

Das Wichtigste in diesem Abschiede war, dass man darüber beriet, ob zu den Vermittlungsversuchen noch weitere neutrale Fürsten hinzugezogen werden sollten, um dadurch dann der ganzen Partei eine breitere Grundlage und auch eine imposantere Bedeutung zu verleihen. Es war natürlich, dass es sich hierbei nur um die weltlichen Fürsten handeln konnte, mit denen Kurpfalz bereits in Unterhandlung stand .—

Barge sagt in seinem schon erwähnten Buche pag. 26: „vielleicht war es das wichtigste Ergebnis der Heidelberger Besprechungen, eine Gesandtschaft der 4 rheinischen Kurfürsten an die Kriegsfürsten abzuschicken“. Er fusst bei dieser Behauptung auf einer Stelle in Druffel III p. 419: „der Heidelberger Abschied (No. 1183) bestimmte, dass sie über die Antwort des Kurfürsten von Sachsen und Landgrafen von Hessen auf ihre Werbung berathen sollten.“ Ich kann mich dieser von Druffel und nach ihm von Barge ausgesprochenen Ansicht auf Grund des Quellenmaterials, welches dasselbe ist für Barge und Druffel wie für mich, keineswegs anschliessen. Ich behaupte dagegen, dass die Werbung, von welcher im Heidelberger Recess die Rede ist, schon vor den Besprechungen liegt, dass hier vielmehr die im Binger Abschied vom 9. März projectirte Werbung gemeint ist, die am 5. April in Augsburg anlangte. Dass die nach Druffel II No. 1216 in Augsburg am 5. April anlangende Gesandtschaft der 4 rheinischen Kurfürsten nicht die „in Heidelberg beschlossene“, und dass ferner von der „Abfertigung“ einer Gesandtschaft an diesem Orte überhaupt nicht die Rede sein konnte, dagegen sprechen folgende Gründe:

In Heidelberg kamen nur Mainz, Köln und Pfalz zusammen; da aber die in Augsburg ankommende Gesandtschaft auch einen Trierer Rat hat, so müsste man annehmen, dass man Trier über die Absicht, eine Gesandtschaft zu senden zuerst unterrichtet und ihn dabei um seine Beteiligung durch einen Rat ersucht hätte, und da die Gesandtschaft in den Kriegszeiten nicht ohne Geleit gehen konnte, so musste dies vorerst eingeholt werden. All' diese Zurüstungen und die Aufstellung einer Instruction hätten aber mindestens 6—8 Tage

in Anspruch genommen, denn man muss dabei immer im Auge behalten, dass die Kurfürsten von Mainz und Köln sich noch gar nicht in Mainz resp. Köln befanden und, da sie ja auf der Heimreise von Trient waren, auch keine Räte bei sich hatten (vergl. Druffel II No. 1097 p. 225 „s'excusant pour non avoir leur gens et couseillers près d'eulx“). In diesem Falle kommen wir also bereits auf den 4. oder 6. April, selbst bei der günstigsten Rechnung. Auch spricht meiner Meinung nach, die Urkunde (Druffel II No. 1183) dafür, dass die Gesandtschaft schon abgegangen ist: „sonderlich uf di antwurt, wölliche J. Kf. G. zu dem churfürsten von Sachsen geschickt . . .“

Nehmen wir dies, d. h. die bereits erfolgte Sendung an, so fallen all' die schwierigen Umstände fort. Für die in Bingen in Aussicht genommene Gesandtschaft an Moritz und Landgraf Wilhelm — „jeder Kurfürst einen Rat“ — sollte erst um Geleit nachgesucht werden. Dies erteilt Moritz (Druffel II No. 1145) auf das Vermittlung anbietende Schreiben von Kurpfalz und den Räten der drei geistlichen Kurfürsten nach Meiningen hin. Am 23. März schreibt Moritz den Gesandten der 4 rheinischen Kurfürsten in Meiningen, dass er sie am 25. in Schweinfurt erwarten wollte (cf. Note zu No. 1145). Nach dem Tagebuch Sibottendorfs⁸⁰⁾ hielt sich Moritz vom 24—26 in Schweinfurt auf und nahm die Uebergabe dieser Stadt an⁸¹⁾. In letzterer Urkunde, einem Briefe Moritz an seinen Bruder August vom 5. April, erwähnt der Kurfürst, dass in Schweinfurt die Gesandten von Würzburg gewesen sind, aber nicht die Gesandtschaft der 4 rheinischen Kurfürsten, deren er, falls sie bei ihm gewesen wäre, doch gedacht haben würde, zumal da er in seinem Schreiben an Landgraf Wilhelm⁸²⁾, das von demselben Tage ist, wie das andere an die Gesandtschaft in Meiningen, vom 23. März, das Vermittlung anbietende Schreiben der rheinischen Kurfürsten erwähnt. Ein Grund, weshalb er in dem Schreiben an August vom 5. April, die Gesandtschaft, wenn er sie überhaupt getroffen

⁸⁰⁾ Druffel III No. 1085.

⁸¹⁾ ibidem II No. 1214.

⁸²⁾ ibidem II. Nr. 1162.

hat, nicht erwähnt, ist schwer anzugeben. Die einzige Erklärung für diese Dunkelheit ist darin zu suchen, dass die Gesandten sich mit ihrer Abreise verspätet hatten, und als sie dann am 27. oder 28. nach Schweinfurt gekommen waren, fanden sie Moritz nicht mehr vor, er war bereits mit dem Zuge auf Augsburg und mit der Einnahme dieses wichtigen Punktes beschäftigt. So ist es zu erklären, dass sie erst am 5. April in die Stadt Augsburg Einlass erhielten⁸³).

Das auf den Quellen beruhende Resultat ist also demnach folgendes: Als die drei Kurfürsten in Heidelberg über die politische Lage berieten, und Mainz und Köln dem Pfälzer den Vorschlag machten, eine Gesandtschaft an Moritz und Landgraf Wilhelm zu senden im Sinne der vom Kaiser gestatteten friedlichen Unterhandlung, da berichtete Friedrich ihnen von den schon getroffenen Massregeln, dass an die beiden Fürsten bereits Vermittlung anbietende Schreiben und Gesandte abgegangen seien. Hiermit liessen sich Mainz und Köln genügen, zumal da sie ja durch ihre Räte daran Teil hatten. Der Einwand, dass Friedrich die Gesandtschaft, für die er am 19. III. Geleit erhalten hatte, erst viel später, also vielleicht erst am 28. oder 29. III. abgesandt habe, wird dadurch widerlegt, dass Moritz an die in Meiningen anwesenden Gesandten, wo er sie erwartet hatte, am 23. III. schreibt⁸⁴). Vor allem aber giebt

⁸³) ibidem II. Nr. 1216. Wenn Barge in der Anm. 4. p. 26 bemerkt, dass die Gesandtschaft Augsburg am 6. oder 7. April erreichte, so ist dies ein Fehler, den er auf Grund der genauen Angabe in Nr. 1216 hätte vermeiden können; allerdings wird ihm bei seiner bekannten Annahme die Zeit vom 29. oder 30. III. — 5. IV. etwas knapp mit dem Zustandekommen der Gesandtschaft. Auch eine weitere Angabe, dass Moritz dieser Gesandtschaft am 7. Apr. geantwortet habe im Gegensatz zu Druffel II, Nr. 1225, kann ich trotz seiner archivalischen Notiz nicht für richtig halten, da Moritz am 7. April schon seine Unterredung mit Bayern in Fürstenfeldbruck hatte, cf. die Ausgabe bei Sibottendorf zum 7. Apr. „ist m. g. h. zu H. Albrecht zu Bayern in das Kloster bei Bruck ankomen, 4 meilen von Augsburg.“ Moritz hätte den Gesandten sehr früh Antwort geben müssen, wenn er nachher noch 4 Meilen reiten wollte; viel besser passt dies auf den 6. April, (cf. Druffel II, Nr. 1225 u. 1085. 6. April).

⁸⁴) Druffel II. Nr. 1145 Note 1.

der von Landgraf Wilhelm erteilte Bescheid⁸⁵⁾, dass ihm eine Vermittlung von Ferdinand, Max, den Pfalzgrafen und anderen Reichsständen angenehm sein werde, in seiner formal-stylischen Eigenart den besten Beweis für meine Behauptung, dass die hier erwähnte Gesandtschaft indentisch ist mit der in Bingen projectirten. Es wird nämlich nur der Kurfürst von der Pfalz, welcher zu der Zeit des Binger Tages allein von den rheinischen Kurfürsten in seinem Gebiete war, persönlich erwähnt: „S. L. des pfalzgraven churfürsten“, wogegen von Mainz, Köln und Trier, die damals noch nicht wieder zu Hause waren, gesagt wird „auch anderer churfürsten fürsten und stende des heil. reichs handlung“⁸⁶⁾. Die Antwort, welche Moritz den Gesandten der 4 Kurfürsten in Augsburg erteilt (Druffel II. Nr. 1225) spricht die Hoffnung aus, dass sie sich an der Vermittlung um Herstellung des Friedens, worüber er auch mit dem römischen König zusammenkommen wird, beteiligen werden.

Wenden wir uns nun zu dem im Heidelberger Recss projectirten zweiten Tage zu Bingen für den 7. April, zu dem die drei geistlichen Kurfürsten je zwei, Kurfürst Friedrich

⁸⁵⁾ ibidem Nr. 1229.

⁸⁶⁾ Wie bei der Absendung der Gesandtschaft an Landgraf Wilhelm nur die persönliche Anwesenheit des Kurfürsten von der Pfalz in seinem Lande angenommen wird, so besagt ein Gleiches für die Gesandtschaften an die Kriegs-, Kur- und Fürsten im allgemeinen der Wortlaut der Proposition des Mainzer Kanzlers, mit welcher die Sitzung am 2. Mai in Worms eröffnet wurde. (cf. W. J. 1869 p. 307) — „darauf auch noch Pfalz und andre ire räte zu den kriegs- chur- und fürsten abgefertigt, und bevor solche potschaft wieder zurückkommen, hette Kei. mt an Pfalz und der anderen Statthalter und räte wiederum geschrieben, das“ Mit zwingender Evidenz ergibt dies Argument, 1) dass bei der Absendung der Gesandtschaften nur Pfalz, und nicht auch Mainz und Köln in ihren Landen waren, und 2) dass die Gesandtschaft schon vor dem 28. und 29. März abgegangen ist. Das kaiserliche Schreiben traf am 30. III. ein (cf. W. J. 1868 p. 394—396 und hier im Text Anm. 68), und wenn nun in der That die Werbung einen Tag früher, also erst am 29., am Tage des Abschiedes, abgegangen wäre, so wäre eine Ausdrucksweise wie „und bevor solche potschaft zurückkommen“ sinnlos, da man sich doch sagen musste, dass die Botschaft in einem Tage nicht von Heidelberg nach Schweinfurt oder dergl. und wieder zurück gelangen konnte.

sogar drei Räte gesandt hatte⁸⁷⁾. Wir haben vorhin gesehen, welch' ein bedeutungsvolles Programm die drei Kurfürsten am 29. März für diesen Tag aufgestellt hatten; doch gleich der erste Punkt, Beratung über die Antworten auf die Werbungen an Moritz und Landgraf Wilhelm, konnte nicht ausgeführt werden, weil eben die Gesandten noch nicht eingetroffen waren. In der Beratung über den zweiten Artikel des Abschiedes, Zuziehung von anderen Fürsten für die späteren Verhandlungen, kam man zu dem Resultat, dass der Kurfürst Joachim von Brandenburg, Herzog Albrecht von Bayern, Wilhelm von Jülich und Bischof von Wirzburg für die nächste Versammlung eingeladen werden sollten. Wenn der Herzog von Wirtemberg in dem Abschied vom 14. April unter den Fürsten nicht genannt wird, — wenigstens Druffel erwähnt ihn in seinem freilich kurzen Auszug nicht, — so war er natürlich darin eingeschlossen, man hielt es nicht für nötig, ihn noch speciell zu nennen, weil er bereits „persönlich“ von Mainz und Köln dazu eingeladen war⁸⁸⁾. Unter den von Kugler in den Würtembergischen Jahrbüchern veröffentlichten Acten findet sich das Original des „Gesamtschreibens der vier Kurfürsten am Rhein an Herzog Christoph“ (12. April⁸⁹⁾), wo das „persönlich“ dahin erklärt wird, das Mainz und Köln an ihn bereits in dieser Hinsicht geschrieben hatten. Gleiche Einladungsschreiben ergingen auch an Bayern⁹⁰⁾, Brandenburg, Jülich und Wirzburg. Alle diese Fürsten wurden ersucht, „uf sonntag misericordia domini schierst khünftig zu Worms“ d. h. am 1. Mai zu erscheinen, wenn möglich in Person, sonst aber ihre Räte zu senden. In drei anderen Schreiben an Moritz, Wilhelm und die hessischen Statthalter sollte — wir können dies nur aus

⁸⁷⁾ Die Quellen über diesen Tag: Druffel III. p. 419 und W. J. 1869. I. Protokoll über die Verhandlungen zu Worms „die Sitzung des 2. Mai umfassend“ p. 306 u. 307, wo über die vor dem Tage zu Worms geschehenen Schritte in der Mainzer Proposition Bericht erstattet wird.

⁸⁸⁾ Druffel II. Nr. 1192.

⁸⁹⁾ W. J. 1868 p. 399 u. 400.

⁹⁰⁾ Druffel II. No. 1270.

Landgraf Wilhelms Antwortschreiben erkennen (15. April)⁹¹⁾ — über Festhaltung einiger dem Kaiser zustehender Personen zu St. Goar, was ihnen, den rheinischen Kurfürsten „zu Hohn und Spott gereichte“, Klage geführt werden. Wilhelm weist dieselbe einfach ab, „von Hohn und Spott“ könne nicht die Rede sein, da die Festnahme auf dem Gebiet seines Vaters geschehen sei, und fügt den den Kurfürsten durchaus nicht angenehmen Vorwurf hinzu, wenn sie es mit der ihnen bewilligten Unterhandlung „mit treuen und ernst“ meinten, dann hätten sie sich über eine solche Bagatelle nicht beklagt. Die Spitze seiner Antwort wird noch dadurch verschärft, dass der Landgraf dieselbe nicht an die 4 Kurfürsten richtete, die ihm das Schreiben gesandt hatten, sondern allein an Pfalz; der im Ced. incl. hierfür angegebene Grund, er hätte das Schreiben verlegt, ist meiner Ansicht nach wohl Verstellung; Wilhelm wollte den geistlichen Kurfürsten, denn von diesen, und speciell von Mainz wird die Klage überhaupt ausgegangen sein, nur seine offene Meinung sagen. — An die Kurfürsten der in Bingen weilenden Räte wurden Gesandte abgeschickt, die über die Verhandlungen berichten sollten. Ausserdem trat man auch mit Ferdinand wieder in Verbindung, indem man ihm in einen Schreiben vom 12. April mitteilte⁹²⁾, dass sie am 30. März vom Kaiser Antwort auf ihren Brief vom 7. März erhalten hätten, worin Karl seine vollste Zustimmung zu ihrer Unterhandlung ausgesprochen und ihnen auch mitgeteilt hätte, dass er (Ferdinand) zu dem gleichen Ende mit Moritz handeln werde. Ferner hätte er ihnen noch gestattet, auch andere Fürsten zu ihrer Vermittlung heranzuziehen, die sich bei ihm dazu erboten hätten. Den römischen König ersuchen sie, ihnen zu berichten „was er uf kaiserliche vergünstigung und zulassen mit den kriegs- Kur- und Fürsten furgenommen“.

Wie die rheinischen Kurfürsten, so wurden auch die Gesandtschaften an Moritz und Wilhelm von Hessen über die künftige Zusammenkunft in Worms benachrichtigt. Was wir

⁹¹⁾ ibidem No. 1300.

⁹²⁾ W. J. 1868 p. 394—396.

aber wohl in erster Linie in dem Abschiede erwarten sollten, entschiedene Stellungnahme zu den von Frankreich her drohenden Gefahren, danach suchen wir vergebens. Auch können wir es nicht kontroliren, inwieweit die einzelnen Kurfürsten, dem Heidelberger Recess entsprechend, sich über die Position Frankreichs informirt hatten. Fragt man nach einer Begründung für den dilatorischen Abschied in diesem, für die rheinischen Kurfürsten doch so überaus wichtigen Punkte, so sind meiner Ansicht nach hier zwei Momente zu beachten: Man wollte nicht eher hierüber definitiv beraten und entscheiden, als bis man von den Kriegs- Kur- und Fürsten Anerkennung ihrer vermittelnden Haltung hätte, um sich so gegen Osten hin sicher zu stellen, und da diese Antworten noch nicht eingetroffen waren, so unterblieb auch jede energische Beschlussfassung über diesen Punkt. Ich sage energische Beschlussfassung denn man hatte die Beratung über die französische Angelegenheit allerdings vorgenommen, aber dabei stellte sich ihnen — und dies zweite Moment ist meiner Meinung nach von prinzipieller Bedeutung — sogleich eine scheinbar unübersteigliche Schranke entgegen. Es war der alte Feind des Reiches und jetzt auch wieder der erklärte Feind des Kaisers, mit dem man sich in Unterhandlung einlassen wollte. Die hergebrachten Vorstellungen von dem Oberhaupte des Reiches waren noch keineswegs so gänzlich geschwunden, wie hundert Jahre später, als der Kurerzkanzler Johann Phillipp von Mainz es als die Pflicht für sein oberstes Reichsamt in Anspruch nahm, bei dem unabwendbaren habsburgischen Kaisertum einen „Rheinbund“ unter der Aegide Mazarins und Frankreichs zu begründen. In der Zeit, in der wir stehen, betrachtete man es in gewissen Kreisen noch ganz entschieden als eine Demonstration gegen den Kaiser und das Reich, wenn man sich mit Frankreich auch nur in Unterhandlungen, die ein weiteres Vorgehen Heinrichs verhindern sollten, einliess. Glaubten diese Fürsten, und vor allem kommen hier die geistlichen Kurfürsten in Betracht, schon zu friedlichen Vermittelungsversuchen bei den Kriegs- Kur- und Fürsten der kaiserlichen Zustimmung nicht entraten zu können,

um wie viel mehr musste man nicht auf die Einwilligung Karls bedacht sein bei einer, selbst vermittelnden Sendung an Heinrich II. Diese Frage, ob man Frankreich gegenüber auch ohne kaiserliches Mitwissen und ohne seine Bewilligung handeln dürfte, angesichts der die einzelnen Territorien im höchsten Grade bedrohenden Stellung Heinrichs, ob man eigenmächtig von sich aus mit diesem Nationalfeinde ein Abkommen treffen sollte, um seine Existenz zu wahren. Diese Frage war es, die bei der verschiedenen Beantwortung, welche sie von den einzelnen Fürsten erfuhr, ein einheitliches, geschlossenes und energisches Vorgehen gegen Frankreich unmöglich machte, und die dann auf dem Tage zu Oberwesel, noch mehr aber in Worms die ganze Kläglichkeit der Politik der „vermittelnden Stände“ erzeugte.

Wir müssen hier einen Augenblick stillhalten: Auf Grund des letzten Binger Abschiedes waren einige weltliche Fürsten zu der auf den 1. Mai festgesetzten Versammlung eingeladen worden; man wollte durch diesen Schritt der ganzen vermittelnden Partei eine breitere Grundlage einerseits und eine imposantere Bedeutung andererseits verleihen, um dann unter dem Eindruck, den eine solche Verbindung der bedeutendsten neutralen Reichsstände unbedingt hervorrufen musste, nach beiden Seiten hin für Ruhe und Frieden zu operiren. Wir müssen daher, bevor wir auf diese gemeinsame Politik der Stände eingehen, nachdem wir bisher nur die eine dieser Gruppen, die rheinischen Kurfürsten, betrachtet haben, unser Auge auch auf die andere Gruppe — die weltlichen Fürsten — in ihrer vermittelnden Thätigkeit bis zur Vereinigung mit den geistlichen Ständen richten.

War in den bisherigen Bestrebungen und Schritten der rheinischen Kurfürsten im allgemeinen ein allzu starkes Hervortreten des partikularistisch-territorialen Gesichtspunctes nicht zu bemerken gewesen, so war doch dies bei den weltlichen Fürsten von vornherein in hohem Grade der Fall. Und eben weil hier bei den drei Fürsten, Pfalz, Württemberg und Baiern dieser Gesichtspunkt von Anfang an so sehr überwog, konnte trotz den eifrigsten einigenden Bemühungen

Christophs auch kein einheitliches erfolgreiches Vorgehen zustande gebracht werden.

Wir haben früher hervorgehoben, wie gerade dieser Herzog es war, der durch die gefährliche Lage, in der er sich befand, vor allem auf eine Mittelstellung zwischen den beiden Parteien hingewiesen wurde. Rastlos thätig bemühte er sich, seine Nachbarn für diese Stellung zu gewinnen. Ermutigt wurde er auf dem eingeschlagenen Wege durch die Werbung des Grafen Eberstein und später durch die mit ihm in Göppingen zusammen gekommenen Kurfürsten von Mainz und Köln. Zuerst wandte er sich an Bayern⁹³⁾, welcher ihn schon früher um Mittel und Wege gefragt, wie den drohenden Läufen abzuhelpen sei, und bat diesen, er möchte ihn wissen lassen, ob und wann er mit ihm und Kurpfalz an gelegentlichem Orte zusammen kommen wolle. Einige Tage später forderte er Albrecht dazu auf, gleich ihm, „wie aus sich“, dem Kaiser seine Vermittlung anzubieten⁹⁴⁾. Hierbei ist jedoch nicht zu übersehen, dass Christoph bei all' diesen Schritten immer auch an seinen eigenen Vorteil denkt, wenn er den Baiern ermahnt, es zwischen ihm und dem römischen Könige zu einem „leidlichen Verträge“ zu bringen. Auch bei Herzog Albrecht sind es im Grunde persönliche Interessen, die ihn auf diesen vermittelnden Weg bringen. In seinem höchst wichtigen Schreiben an Württemberg⁹⁵⁾ fragt er an, „ob nit einicherlei mitl und weg zu finden“, um dies der deutschen Nation drohende Verderben abzuwenden. Doch er geht noch weiter; er denkt bei einer solchen Vermittlung an die Möglichkeit, dass „wir alle unsere höchsten beschwerden, so wir lange zeit her dulden müssen, mit gutem fug entladen werden und nit allein entladen, sondern dermassen assecurirt, dass wir dergleichen hinfüren nit besorgen dörfen“. Er wünscht, „das die sach zu guter treue were gestellt, und jederman befriedet sein möchte“. So war der Herzog sehr wohl zur Unterhandlung geneigt, aber er dachte auch zugleich an eine Abstellung der sonstigen Gravamina. Seine Aussagen über diesen letzteren

⁹³⁾ Druffel II Nr. 1080.

⁹⁴⁾ ibidem Nr. 1148.

⁹⁵⁾ ibidem Nr. 1126.

Punkt können wir vielleicht als eine Einwirkung seines Verkehrs mit dem Landgrafen Albrecht Alcibiades ansehen, mit dem er in regem Briefwechsel stand und durch seinen Marschall Nothaft sich über die Gründe des Krieges gegen Karl bei demselben erkundigte⁹⁶⁾. Wir werden noch weiter unten sehen, welche Wendung in seiner Politik dieser Verkehr mit dem Markgrafen zur Folge hatte. Vor der Hand wurde er zu dem Anschluss an Christoph und seine Vermittlungspolitik auch noch durch ein Schreiben Karls bewogen, in dem derselbe ihn aufforderte, entweder mit Ferdinand, oder mit Pfalz, Mainz, Trier und Wirtemberg, die sich alle zur Unterhandlung erboten hätten, in Verbindung zu treten und auf Mittel und Wege zu denken, wie der Friede erhalten werden könnte⁹⁷⁾.

Inzwischen hatte Christoph die Verhandlungen mit den verbündeten Fürsten bereits begonnen. Ungefähr am 23. oder 24. März sandte er seinen Rat Adam Tiemar an Albrecht Alcibiades, und fragte an, ob sie, die Kriegsfürsten, Unterhandlung leiden möchten, und welches ihre Beschwerden seien⁹⁸⁾. Als ihm dieser zur Antwort gab, dass darüber Höhere als er zu entscheiden hätten, sandte er von neuem, nachdem er inzwischen die Unterredung mit den geistlichen Fürsten gehabt, seinen Rat Frauenberg mit einer Instruction an den Markgrafen, und bat ihn um Nachricht, bei wem das Ansuchen um Unterhandlung zu stellen sei⁹⁹⁾ und schlug den Herzog von Baiern, Pfalz Jülich und sich vor. Auch Baiern und Pfalz, mit welchem letzterem Christoph in steter Correspondenz geblieben war, und der ihn vor allem über die französischen Bewegungen in Lothringen unterrichtet hatte,¹⁰⁰⁾ thaten nun Schritte, um

⁹⁶⁾ Druffel II. Nr. 1125. überhaupt vergl. inbetreff seines Verhältnisses zu dem Markgrafen. Nr. 967. 1007. 1069. 1126. 1130. 1131.

⁹⁷⁾ Druffel II. Nr. 1146.

⁹⁸⁾ ibidem Nr. 1185.

⁹⁹⁾ Druffel II Nr. 1194.

¹⁰⁰⁾ ibidem Nr. 1119. Christoph sollte zwischen Bayern und Pfalz inbetreff der pfälzischen Kur einen Erbeinigungsvertrag zustande bringen (cf. 1076 u. a.), daher correspondirten Wirtemberg und Pfalz immer mit einander.

eine gemeinsame Vermittlung anzubahnen.¹⁰¹⁾ Beide sandten an Wirtemberg vertraute Räte, mit denen Christoph am 3. April in Tübingen sich dahin vereinigte, dass es am besten wäre, wenn die 3 Fürsten in eigener Person sich zu den Kriegskur- und Fürsten begäben, um mit ihnen über die Abstellung der vorstehenden Not Rats zu pflegen; vorher sollte aber erst durch eine „stattliche Sendung“ angefragt werden, ob persönliche Unterhandlung genehm wäre.¹⁰²⁾ Dieser Tübinger Abschied (cf. vor allem Kugler, Christoph l. c. p. 190. Note 120) tendirte mehr nach der Seite der Kriegsfürsten, als nach der kaiserlichen; ersteren versprach man Proviant und Pass ohne alle Hinderung zu gestatten, während man Karl gegenüber alle Gesuche um Beihülfe mit dem Hinweis auf die eigene Armut und Gefahr abschlagen sollte. Doch so grossartig dieser Vermittlungsplan angelegt war, er scheiterte an der Politik, welche Pfalz einerseits, und Baiern andererseits einschlugen. Kurfürst Friedrich verhandelte, wie wir wissen, mit den rheinischen Kurfürsten, und Herzog Albrecht — ging in das Lager der Kriegsfürsten.

Gleich Druffel scheint mir kein Urteil über die Politik Albrechts in dieser und der Folgezeit unberechtigter, als das, welches in den Nachrichten von der hist. Commission III. Jahrg. p. 154 ausgesprochen wird¹⁰³⁾, dass er (Albrecht) seinen Räten, Botschaftern und fürstlichen Freunden etwas von dem kühnen und rastlosen Geiste einzuhauchen wusste, der ihn selbst beseelte. „Vor allen Dingen zieht er eine feste klare Friedenslinie zwischen den Parteien; das ganze Reich empfindet die wohlthätige Macht seiner erhobenen Friedenswaffen.“ — Alle seine Schritte wurden vielmehr nur von dem einen Gedanken beherrscht, die Interessen seines Territoriums in jeder Hinsicht zu fördern, und der Weg, auf welchem er dies am ersten und besten erreichen konnte, wurde eingeschlagen. So wandte er sich bei seiner Unterhandlung zuerst an den Markgrafen Albrecht Alcibiades, doch dieser gab dem herzoglichen

¹⁰¹⁾ Kugler l. c. p. 189.

¹⁰²⁾ ibidem p. 190 auch Note 120.

¹⁰³⁾ Druffel II Nr. 1076 Note 1.

Marschall den Rat, sich an Moritz zu wenden¹⁰⁴); zugleich teilte er dem Herzog aber auch unter dem Siegel der Verschwiegenheit mit, dass der Krieg gegen den Kaiser gerichtet sei, und jeder Widerstrebende sich und sein Land der grössten Gefahr aussetze. Auf diesen Rat hin schickte Albrecht 17. III. seinen Kammrat Eustach von Lichtenstein an Moritz, um ihn zu ersuchen, seine Vermittlung anzunehmen¹⁰⁵). In dem Schreiben muss er aber nicht allein von der Unterhandlung gesprochen haben, das Concept des von Moritz am 25. März an ihn gerichteten Schreibens, dessen Inhalt allerdings nicht ganz wörtlich in das eigentliche Antwortschreiben aufgenommen wurde, lässt wohl erkennen, dass er auch die Abstellung der Gravamina im Reiche erwähnt hat. Der Kurfürst ladet ihn darauf zu einer Zusammenkunft ein, „um die sachen mit allen umbstenden fürstlich und verstendiglich zu erwegen, denn einmal ist gewiss, wo wir verdrugt oder vernachtheilt werden sollen, das E. L. und ander wenig verschont, sondern einer nach dem andern aufgeessen würde, also das die fürstlichen heuser und alle hohe und nidere stent von irer Teutschen libertet gedungen und in ewige servitut geraten müssten.“¹⁰⁶). Albrecht musste erkennen, dass die Kriegsfürsten im wesentlichen dieselben Anschauungen vertraten und das deutsche Reich von denselben Beschwerden zu befreien suchten, wie er selbst — man vergleiche hierzu nur die charakteristische Parallele Druffel II. Nr. 1126, sein Brief an Herzog Christoph —. Daher beginnt er von nun an, sich mehr den Kriegsfürsten zu nähern, die Augsburger, welche ihn um zwei Fähnlein für ihre arg bedrängte Stadt ersuchten¹⁰⁷), erhalten eine abschlägige Antwort, er selbst kann keine Soldaten „zusammenbekommen.“ Zu gleicher Zeit aber lässt er seinen Botschafter in Tübingen am 3. April, wie oben erwähnt, dafür stimmen, den Verbündeten Proviant und freien Pass zu gestatten, dem Kaiser jede Hilfe einfach abzuschlagen, (cf. Anm. 102). Dann kam

¹⁰⁴) ibidem Nr. 1131.

¹⁰⁵) ibidem Nr. 1130.

¹⁰⁶) Druffel II. Nr. 1169.

¹⁰⁷) ibidem Nr. 1190, 1191.

jene Unterredung in Fürstenfeldbruck am 7. April¹⁰⁸), zu der Albrecht dem Kurfürsten ein Geleit ausstellte. Bei dieser Zusammenkunft zeigten ihm Moritz und der Markgraf Albrecht Alcibiades die Beschwerden an, welche sie zum Kriege gegen Karl bewogen hätten. Sie liessen ihn Einblick thun in ihre Verbindung mit Frankreich, um ihn dadurch noch weiter auf ihre Seite zu ziehen, da sie erklärten, dass sie nur dann zum Vertrage bereit wären, wenn man auch die Forderungen ihres Bundesgenossen erfüllte. Ausser diesen Punkten wurde auch die zukünftige Unterhandlung des Kurfürsten mit dem König Ferdinand in Erwägung gezogen und es gelang Moritz den Herzog dafür zu gewinnen, auch auf dem Tage zu Linz zu erscheinen und speciell für die Herstellung des Friedens im Sinne des Wettiners zu handeln¹⁰⁹).

Während Albrecht diese Politik trieb, hielt sich Christoph einfach an den Tübinger Abschied.

Die projectirte Sendung des wirtembergischen Gesandten, welche durch das pfälzische Schreiben, dass Friedrich sich in Verhandlungen mit den rheinischen Kurfürsten eingelassen habe, in Frage gestellt worden war, wurde auf ein Schreiben von Baiern hin¹¹⁰), dennoch an die Kriegsfürsten ausgeführt, da Albrecht berichtete, dass dieselben sie wohl leiden würden. Moritz und seine Verbündeten stellten am 13. April einen Geleitsbrief für die drei unterhandelnden weltlichen Fürsten aus¹¹¹). Doch inzwischen waren andere Ereignisse eingetreten, welche alle Vermittlungsversuche in Frage zu stellen schienen. Christoph hatte nämlich am 3. April¹¹²) das Ausschreiben der Kriegsfürsten zugesandt erhalten und war dadurch zum offenen Anschluss aufgefordert worden. Wenn auch die Härte dieses Schreibens damit entschuldigt wurde, dass es in erster Linie für die Landschaft bestimmt sei, so sprachen doch die Kriegsfürsten in einem Nebenschreiben die feste Hoffnung aus, dass

¹⁰⁸) Druffel III. Nr. 1322. p. 394—396.

¹⁰⁹) Druffel II. Nr. 1231, 1246, 1258, 1272, 1273.

¹¹⁰) ibidem Nr. 1233, 1234.

¹¹¹) ibidem Nr. 1279.

¹¹²) ibidem Nr. 1205.

Christoph sich auf ihre Seite stellen würde. „Sie wollen des Herzogs Freund und Retter sein.“

Am folgenden Tage erhielt Christoph, um die Peinlichkeit seiner Lage noch zu erhöhen, auch ein Schreiben von Karl, wo er, ähnlich wie in dem der Kriegsfürsten, dazu aufgefordert wurde, zu Ross und Fuss sich mit allen Kräften zu rüsten und gegen die Widersacher und deren Anhänger aufzutreten¹¹³). Kurfürst Friedrich, an den sich Christoph sowohl wegen des kaiserlichen Schreibens, als auch wegen der Uebersendung des Ausschreibens der Kriegsfürsten gewendet hatte¹¹⁴), schrieb, dass er sich mit Bayern vergleichen werde über die Stellungnahme zu dem kaiserlichen Schreiben, schlug aber inbetreff des Ausschreibens der Kurfürsten eine recht baldige persönliche Zusammenkunft vor, um mit „einhelligem bedenken darüber zu beschliessen.“ Da die Unterhandlung der drei geistlichen Kurfürsten nicht so erfolgreich sein würde, wie es des Reiches Notdurft wohl erforderte, so wäre für die weltlichen Fürsten unbedingt notwendig zu unterhandeln, da man bei den Kriegsfürsten den geistlichen Kurfürsten wohl noch manches verheimlichen wird, was man den weltlichen zeitlicher sage; auch sei es besser, auf verschiedenen Wegen dies zu thun, „wo nit uf einen, das doch uf dem andern wege könnte dem entlich verderben unsers geliebten vatterlands Teutscher nation underbauung beschehen und furkommen werden.“

Wie Pfalz an Wirtemberg, so schrieb dieser an Baiern¹¹⁵), der Herzog möge einen Tag gen Heidenheim bestimmen, auf dem er erscheinen und den er auch Kurpfalz mitteilen wolle. Der Herzog liess jedoch Christoph wissen¹¹⁶), dass die geplante Unterhandlung vor der Hand ruhen könnte, da er selbst auf Moritz und Ferdinands Wunsch nach Linz gehe, er lebe der Hoffnung, dass danach Wirtemberg, Pfalz und er in Gemässheit des Tübinger Abschiedes mit mehr Erfolg zur Unter-

¹¹³) ibidem Nr. 1209.

¹¹⁴) Druffel II. Nr. 1257 und 1266.

¹¹⁵) ibidem Nr. 1265.

¹¹⁶) ibidem Nr. 1273.

handlung würden greifen können; für die Besitzfrage von Württemberg werde er sich gleichfalls bei Ferdinand und Max verwenden. Auch Friedrich bot sich auf Christophs Schreiben zur neuen Zusammenkunft, etwa in Geislingen an, um dort über Zuziehung „anderer weltlicher Fürsten“ zu beraten, was zur Beilegung der Beschwerden, „die im reich einwachsen, zu dreglicher abhelfung derselben, auch nit wenig dienstlich fallen möcht“¹¹⁷⁾. Da durch das Schreiben des Herzogs Albrecht, dass er sich nach Linz begeben, um hier aus den Verhandlungen zwischen Ferdinand und Moritz teilzunehmen, der Gedanke einer neuen geplanten Zusammenkunft wieder hinfällig wurde, und man diese Angelegenheiten „bis hinter den Tag von Linz“ verschob; so hatten auch die vermittelnden Bestrebungen der weltlichen Fürsten einen Stillstand erreicht, gleich den Unterhandlungen der rheinischen Kurfürsten mit dem Abschiede von Bingen am 14. April. Man bereitete sich zu dem grossen Fürstentage von Worms am 1. Mai vor, zu dem, wie bemerkt, auch die weltlichen Neutralen eingeladen waren. Wir werden unten sehen, welche wichtigen Ereignisse dazwischen kamen, die vor dem Tage zu Worms noch eine Versammlung der rheinischen Kurfürsten notwendig machten. Bevor wir jedoch zu der Darlegung dieser Ereignisse schreiten, noch ein Wort im allgemeinen über die soeben geschilderten Vermittelungsbestrebungen der weltlichen Reichsstände.

War in der ersten Gruppe der geistlichen vermittelnden Reichsstände im wesentlichen in den bisher geschehenen Schritten der Charakter der Einheit gewahrt, wenn auch kein durchschlagender Erfolg erreicht worden, so war dies bei der Composition der zweiten Gruppe, der weltlichen Fürsten, nicht möglich, denn als gerade durch die eifrigen Bemühungen Christophs die Tübinger Vereinigung zustande gekommen war, da stand Albrecht bereits dicht vor seiner Unterredung mit den Kriegsfürsten selbst, und Kurfürst Friedrich verschob die geplante Sendung, weil er bereits

¹¹⁷⁾ Druffel II. No. 1278.

wieder mit den rheinischen Kurfürsten in Verbindung getreten war.

Das Facit der bisher geschilderten Bemühungen beruht in den beiden Momenten: Dass von der Gruppe der neutralen weltlichen Fürsten ein Mitglied in das Lager der Kriegsfürsten und dann zu den Verhandlungen in Linz abgegangen war, um dort ganz im Interesse des Friedens und der Herstellung der Ordnung im Reiche zu wirken, wenn er für die Festsetzung einer anderen, baldig zu berufenden Walstatt stimmte und die ihm von Moritz und Markgraf Albrecht genannten Beschwerdeartikel dem Könige erst nach dem Linzer Abschied übergeben liess, wodurch Bayern auf dem Linzer Tage selbst eine eingehende Beratung über dieselben ausschloss, — ein Schritt, der meiner Meinung nach, zugleich auch am treffendsten zeigt, wie weit er bereits mit dem Wettiner zu gehen sich entschlossen hatte¹¹⁸). Und das zweite, keineswegs zu unterschätzende Moment, welches in seiner ausserordentlichen Bedeutung allerdings erst auf dem Tage zu Passau sich zeigen sollte, war, dass durch jenes Bestreben der rheinischen Kurfürsten, der Vermittlungspartei eine grössere und festere Grundlage zu geben, zu der auf den 1. Mai festgesetzten Versammlung auch der Mann hinzugezogen wurde, der als echter Vertreter des Protestantismus bei der Beratung über die Instruction an die Kriegsfürsten in der religiösen Frage der ganzen Versammlung seine religiös-toleranten Anschauungen einzuhauchen verstand, die dann auf dem Tage zu Passau in geschlossener Einheit von den protestantischen wie katholischen Ständen vertreten wurden. Wie der Herzog von Wirtemberg über eine Unterhandlung mit den Kriegsfürsten dachte, welche Mittel und Wege er zur Abstellung ihrer im Ausschreiben angeführten Punkte für wichtig hielt, darüber giebt uns ein von ihm nach dem Tübinger Abschied verfasster „Aufsatz“ Aufschluss¹¹⁹), nach welchem die Verhandlungen mit Moritz und Genossen geführt werden sollten:

¹¹⁸) Druffel III. p. 396.

¹¹⁹) W. J. 1868. p. 385—388. Auszüglich Kugler: Christoph I. p. 192.

Wenn die Kriegsfürsten Karl V. noch als ihren Kaiser anerkennen wollten, so seien zur Beseitigung der Beschwerden folgende Mittel vorzuschlagen: Die Religionsangelegenheiten seien nicht auf einem allgemeinen, sondern auf einem Nationalconcilium vorzunehmen, dessen Beschlüssen weder der Kaiser noch die Stände des Reichs zuwider handeln sollten. Die „Augsburgischen confessions-verwandten stende“ sollten in demselben gleiche Stimmen haben wie die katholischen Stände, die „theologici derselben sollen nach notturt gehort werden und die presides sollten in pari numero sitzen“. Die Entscheidung über die Gravamina sei den Kurfürsten „samt etzlichen andern fursten, so baiderseitz ernennt werden mochten zu übertragen, wolchi aller der Teutschen nation beschwerden, gemaine und particulare anhoren“ sollen, um zuerst auf gütlichem Wege Beilegung zu versuchen; und wenn die guttlichkait nit helfen würde, dann sollten sie ihres Eides, damit sie dem Kaiser verpflichtet, erlassen und volgents der gulden bullen, alten reichsfreiheiten und ordnung darinnen erkennen und entlich sprechen, bei dem alle thail entlich und ungeweigert beleiben solten bei verlust ihrer dignität und freihaiten.“ —

Wir sind bei der Betrachtung der vermittelnden Bestrebungen der geistlichen sowohl als der weltlichen Fürsten bis in die Mitte des Monats April gekommen, bis zu der Zeit, wo Moritz und mit ihm der Herzog von Bayern sich aufmachten, den Tag von Linz zu besuchen. Hatte dies Ereigniss bei den weltlichen Fürsten einen Stillstand in ihren Unterhandlungen eintreten lassen, so übte dasselbe nach einer anderen Seite noch weit grössere und folgenreichere Wirkung aus, ich meine auf den Kaiser. Wir sahen, dass er, um Zeit zu gewinnen, für seine Rüstungen, seinem Bruder Ferdinand Unterhandlungen mit Moritz gestattet, und in gleicher Weise die vermittelnden Schritte der Neutralen gut geheissen hatte. Kaum aber hatte er in Erfahrung gebracht, dass Moritz wirklich gesinnt sei, sich in Verhandlungen einzulassen, als seine Hoffnung, dem Kurfürsten von Sachsen entgengetreten zu können, dadurch noch mehr gesteigert wurde. Diese kriegerische Stimmung drückte er unverholen den rheinischen Kurfürsten aus, indem er sie,

falls die Unterhandlungen sich zerschlagen sollten, zu einem festen Zusammenschluss gegen die Feinde aufforderte¹²⁰⁾. Wurden die Kurfürsten schon hierdurch in nicht geringe Aufregung versetzt, als Karl von ihnen nun bewaffneten Widerstand forderte, so kamen noch andere Momente hinzu, die ihre Lage noch peinlicher gestalteten.

Wie im Siegeszuge war der Franzose in Lothringen eingerückt und hatte sich dort seiner Beute bemächtigt; Toul und Verdun waren ihm leicht zugefallen; am 18. April hielt er seinen Einzug in die uralte Stadt Austrasiens, die der „Gevatter Connetable“ bereits am 10. April durch Verrat in seine Hände bekommen hatte. Langsam und vorsichtig stieg dann der „Reichsvikar“, ermutigt über diese unblutigen Siege, die Vogesen hinab, um Strassburg und die anderen bedeutenden Rheinstädte einzunehmen und damit die „Eroberung Austrasiens“ zu vollenden. Wie er über seinen weiteren Marsch dachte, beweist uns zur Genüge, dass er durch den Connetable an die verschiedensten Stände und Städte Schreiben und Gesandte abgehen liess, worin er sie aufforderte, ihm Wegweiser, Wagen, Proviant und jegliche Unterstützung seines Vorgehens im Interesse der deutschen Libertät zuteil werden zu lassen.¹²¹⁾

Diese Fortschritte Heinrichs, das beunruhigende Schreiben Karls, in dem er, wie bemerkt, energische Hilfe forderte, wozu noch die von dem Kriegsfürsten eingelaufene Antwort auf ihr Unterhandlungsgesuch hinzukam, die wenig Hoffnung auf einen guten Erfolg versprach, alle diese Umstände bestimmten bereits am Tage nach dem Binger Abschied, am 15. April, den Kurfürst Sebastian von Mainz, dem Kurfürsten Friedrich den Vorschlag zu machen, noch vor dem in Bingen beschlossenen Termin des 1. Mai, vielleicht schon am 24. April nach Worms eine persönliche Zusammenkunft der vier rheinischen Kurfürsten auszuschreiben. Da ihm indessen seine von Bingen heimkehrenden Räte mitteilten, dass einigen Kurfürsten dieser

¹²⁰⁾ Druffel II. No. 1203. Wie an die rheinischen Kurfürsten, so sind Schreiben gleichen Inhalts auch an die anderen Neutralen gegangen; vergl. z. B. Anm. 113.

¹²¹⁾ Druffel II. No. 1333.

Termin nicht zusagen würde, so empfahl er, die in Bingen erst auf den 22. April in Worms in Aussicht genommene Beratung der Räte schon auf den 20. April zu verlegen, um über Moritz und Wilhelms Antwort und das oben erwähnte kaiserliche Schreiben zu beraten.¹²²⁾ Als Mainz aber erfuhr, dass Heinrich in der Richtung auf diese Stadt hin ziehe, da schrieb er am 16. April den Wormser Tag vollständig ab, und ging auf den Wunsch Kölns ein, eine persönliche Zusammenkunft der rheinischen Kurfürsten nach Oberwesel zu berufen.¹²³⁾ Die Frage, ob man nun die für Worms geplante Versammlung ganz aufgeben sollte, wie Köln und Trier meinten, wurde auf den Tag von Oberwesel verschoben. Die französischen Bewegungen am Oberrhein waren also in erster Linie der Grund zu diesem neuen Tage gewesen, es darf uns daher auch nicht befremden, wenn gerade dieser Punkt neben der Beratung über Karls Schreiben, Moritz und Wilhelms Antwort und die Ausschreiben der Fürsten in den Vordergrund der Debatten trat.¹²⁴⁾

Die ersten, bereits in Bingen gethanen Schritte waren auch in dieser Versammlung, die vom 21.—27. April währte, Schreiben an Karl und Ferdinand,¹²⁵⁾ im Grunde weiter nichts als höfliche Dankesschreiben, in denen man für die soeben zugestandenen gütlichen Unterhandlungen beim Kaiser und römischen König von neuem Anerkennung und Erlaubnis zu erbitten sich bemühte. Dies war neben einigen geschäftlichen Bemerkungen über die dilatorischen Abschiede der Zusammenkünfte der wesentliche Inhalt, von dem sich auch die von Oberwesel an die Majestäten abgehenden Schreiben in nichts unterschieden. Wie schon auf dem Tage zu Bingen, so wurde auch hier eine energische Stellungnahme zu den Ausschreiben der verbündeten Kriegsfürsten auf den nächsten Tag verschoben, damals, weil die Gesandten von Moritz und Wilhelm

¹²²⁾ Druffel III. p. 419 u. 420.

¹²³⁾ siehe die vorige Anm.

¹²⁴⁾ Ueber den Tag zu Oberwesel vergl: Druffel III. p. 416 u. 417 und 421—423.

¹²⁵⁾ Druffel II. 1341, auch Note I. und Druffel III. p. 424 Note 3.

noch nicht angekommen, jetzt — die Gesandten waren aber nun wirklich am 21. April persönlich eingetroffen, und die Kurfürsten selbst waren bereits, was wohl zu beachten ist, am 15. April über die Antworten im Klaren, — weil nach dem Bericht der Pfälzischen Räte über den Tag zu Oberwesel (Druffel III. 421) „darinnen die ursache belli angezogen sein“, und eine Beratung darüber vor der Hand nicht so dringend schien als die französische Angelegenheit. Vielleicht mag hier in diesem Punkte gerade die Ansicht des Kurfürsten Adolph von Köln mitgewirkt haben, der im allgemeinen über die Zustände in Deutschland in guter Zuversicht war, im Hinblick auf die Verhandlungen zu Linz.¹²⁶⁾

Da auch auf die in Gemässheit des Binger Abschiedes an die Hessischen Statthalter und die Räte an der Lahn abgegangenen Schreiben Antworten eingelaufen waren so versäumten die vier rheinischen Kurfürsten auch in dieser Angelegenheit nicht, in einem Antwortschreiben mitzuteilen, dass sie von dem Briefe Kenntnis genommen hätten, ihre Freude darüber auszusprechen, dass man sich ihre Vermittlung gefallen lasse und damit zu prahlen, dass sie sich im Verein mit noch anderen Fürsten die Herstellung von Ruhe und Frieden angelegen sein lassen würden.¹²⁷⁾

So vollständig gleichlautend das Urteil sein muss in der Anerkennung dieser soeben geschilderten kanzlistischen Kleinarbeit und Vielschreiberei der 4 rheinischen Kurfürsten, so vollständig übereinstimmend muss andererseits auch für jeden, der die einschlägigen archivalischen Quellen genau durchgesehen hat, das Urteil sein über die Politik, welche diese Fürsten Frankreich gegenüber hier auf dem Tage zu Oberwesel, wie auch später in Worms getrieben haben:

Wir haben bemerkt, dass das siegreiche Vordringen Heinrichs II. in Lothringen, die an alle dem Rhein benach-

¹²⁶⁾ Lanz Staatspapiere p. 502 „Le dit electeur (Köln) est en bon espoir, que les affaires d'Alemagne sont en meilleur estat que l'on ne pensoit au commencement quils pourroient estre, se fondant en partie sur le partement du duc Moris vers Lintz“

¹²⁷⁾ Druffel III. p. 420. Note 4.

barten Stände gerichteten Aufforderungen um Gewährung von Wegweisern, Proviant und freiem Durchzug durch die Gebiete, die Gründe gewesen waren, welche in erster Beziehung die neue Tagfahrt zu Oberwesel ins Leben gerufen hatten. Wollte man aber in dieser drohenden Gefahr den Grund zu einem energischen Handeln für die Kurfürsten erblicken, so wäre dies bei ihrem Charakter einfach unmöglich!

Sebastian von Heusenstamm, Kurfürst von Mainz und Kurerzkanzler des deutschen Reiches, — im Besitze des Amtes, welches 60 Jahre vor ihm ein Berthold von Henneberg bekleidet, und welches 100 Jahre später jener Johann Philipp von Schönborn inne haben sollte, zwei bedeutende Persönlichkeiten, weil sie die Ideen, die ihre Zeit bewegten, zu realisiren suchten — war eine von beiden grundweg heterogene Natur. Viel zu sehr auf kleinlichen Vorteil für seine Persönlichkeit bedacht, geleitet von dem sehnlichsten Wunsche, in Besitz des ihm von der Curie in Aussicht gestellten Cardinalshuts zu kommen, viel zu kurzsichtig und unentschlossen, um sich zu einem energischen Schritt aufzuraffen und eine gemeinsame Action der Kurfürsten, sei es für oder sei es gegen Frankreich, zu betreiben. Um sich Karl gegenüber auch nicht den geringsten Verdacht einer anti-kaiserlichen Gesinnung zu geben, entliess er zwei von den Fähnlein, welche die Domherren während seiner Anwesenheit in Trient aufgestellt hatten, wodurch er sich einer Macht wie Frankreich gegenüber auch des notwendigsten Schutzes für sein Gebiet beraubte¹²⁸⁾.

Ein ähnlicher Charakter war der Kurfürst von Trier, Johann von Isenburg, der fünfte seines Namens. Durch die Lage seines Erzbistums war ein Hinneigen zu Frankreich, wenn vom Reich keine Hilfe zu erlangen, gegeben. Auch in diesem Kriege war seine Haltung eine mehr als zweifelhafte, und streng wurde er daher von den Kaiserlichen in Luxemburg

¹²⁸⁾ H. Grotfend Quellen zur Frankfurter Geschichte Bd. II p. 383. Druffel II Nr. 1383 und 1480. Lanz III Nr. 788.

beobachtet ¹²⁹⁾. Gleich nach Erhebung des Fürstenbundes und nach dem gleichzeitigen Anrücken Heinrichs II. wandte er sich, da er die Gefahr, welche seinem Lande drohte, durchaus nicht verkannte, am 25. III. an Karl und bat ihn um Neutralität. Dieser antwortete ¹³⁰⁾, dass er von ihm als Kurfürsten verlangte, dass er seine Schuldigkeit thäte, um den anderen ein Vorbild zu geben. Doch Trier war nicht geneigt, dem Heereszuge sich in den Weg zu setzen, im Gegenteil zeigte er die ausgesprochenste Hinneigung zu Frankreich. Während die Einwohner der Stadt Trier stets ihre gut kaiserliche Gesinnung zu zeigen sich bemühten, — im Kriegsrat hatte schon Bugnicourt der Königin Maria den Rat gegeben, diese treue Stadt, die für den Krieg von der grössten strategischen Bedeutung war zu occupiren ¹³¹⁾ — war es für Johann die grösste Sorge, dem Franzosen Lebensmittel zuzuführen und freien Durchzug durch sein Erzbistum zu gestatten ¹³²⁾. Bestärkt wurde er in dieser franzosenfreundlichen Haltung noch nach dem Ausspruche des Kölner Kurfürsten durch zwei seiner Räte, welche Pensionäre Heinrichs sein sollten, und welche die leibliche Schwäche des Erzbischofs benutzten — „*estant le maistre par son indisposition prive de vne grande partie de son sens et de l'usage de la langue dont l'on peult a peine comprendre le quatriesme mot*“ — um für Frankreich günstige Massregeln durchzuführen ¹³²⁾.

¹²⁹⁾ Vergl. hierzu: *Papiers d'État du cardinal de Granvelle publiés par A. Chr. Weiss*, p. 636. Karl V. an Marie, Landau, 8. Oct. 1552: „... Aussy ay - je entendu ce que escripvez touchant la ville de Trèves, et les pièces y jointes, sur les quelles vous fondés votre jugement et opinion et l'archevesque me soit peu affectionné et à mes pays, et qu'il doibge avoir eu intelligence avec les adversaires; persistant à ceque, comme qu'il soit, je me doibge assurer de la ville de Trèves. Et pour vous dire la vérité, je n'ai jamais tenu l'archevesque pour fort affectionné, comme vous même le scavez, combien qu'il fait cequ'il sent pour se desharger et donner excuse . . .“

¹³⁰⁾ Lanz III p, 155—158,

¹³¹⁾ Alex. Henne, *Histoire du règne de Charles - Quint en Belgique*, Bd. IX. p. 195 u. 196.

¹³²⁾ Druffel II. Nr. 1324.

¹³³⁾ Lanz Staatspapiere p. 505.

Als ein gleich unfähiger und unentschlossener Charakter stellt sich diesen beiden Kurfürsten der Pfalzgraf Friedrich II. an die Seite. Um Ruhe zu finden nach einem viel bewegten Leben am Hofe Karls hatte er die Kur angenommen; doch jetzt noch am Spaetabend seines Lebens wurde er durch die Erhebung des Fürstenbundes und die französische Digression auf den Rhein zu gezwungen, Stellung zu nehmen zu Fragen, denen er bisher immer nur als Indifferent gegenübergestanden. Er hing zu sehr an dem, was er einst im Leben geliebt hatte, sodass er ein grösseres Interesse hatte für feines höfisches Leben, als für das Wohl seiner Unterthanen; recht bezeichnend ist in dieser Hinsicht ein Brief von ihm, den er beim Heranrücken der Franzosen an den Bruder des Rheingrafen, Johann Philipp, der als Oberst im Heere Heinrichs diente, gelangen liess, worin er in der sehnlichsten Weise um Schonung „seines im Walde gelegenen Lust- und Jagdhauses, Friedrichs Böhell genannt“ bittet; die Feinde mögen hier wie auch in Germerssheim keinen Schaden anrichten.¹³⁴⁾ Wir haben gesehen, wie er sich beim Nahen der Kriegsgefahr von zwei Seiten sowohl mit den geistlichen als mit den weltlichen Fürsten zu Unterhandlungen verband, wie er aber von jenen sich wegwandte, weil sie nichts zustande brächten und sich wieder Wirtemberg näherte, um zu erfahren, dass die geplante Vermittlung auch hier keinen Fortgang haben sollte, da Bayern nach Linz gegangen sei. So lange die Gefahr von Frankreich her nicht zu drohend war, schien er sich mehr der kaiserlichen Seite zuzuneigen, wie er auch seinen Räten für den Tag zu Oberwesel dies bezügliche Instructionen gab, ohne indessen doch für eine energische Rüstung im Sinne Karls zu sein.¹³⁵⁾ Ja man glaubte sogar, dass er an Heinrich 8 Chevaucheurs vorausgesandt habe, um ihm durch sie den Weg weisen zu lassen,¹³⁶⁾ ob mit Recht, habe ich aus den mir vorliegenden Quellen nicht constatiren können.

¹³⁴⁾ J. Ph. Roos: Einige Nachrichten von dem Wild- und Rheingrafen Philipp Frantzen von Dhaun, Frankfurt a. M. 1784. p. 36.—38.

¹³⁵⁾ Druffel II. Nr. 1333.

¹³⁶⁾ Lanz Staatspapiere p. 506.

Diesen drei Kurfürsten steht die Persönlichkeit des Erzbischofs von Köln gegenüber! Adolph von Schaumburg verdankte sein Bistum der Güte Karls, wofür er ihm stets zu Dank verpflichtet gewesen ist. Während die anderen rheinischen Kurfürsten nach beiden Seiten hinkten, trat er ganz entschieden für Karl ein. In seinen Werbungen und Rüstungen für Karl wurde er noch durch die Sendung des Gerhard Veltwyck¹³⁷⁾ von der Königin Maria bestärkt. Im Verein mit den Behörden von Köln rüstete er, um einen Durchbruch am Unter- und Mittelrhein zu verhüten, wo, wie das Gerücht ging, der Franzose durchbrechen wollte, (p. 500) und eben weil er gerüstet dastand und hinter sich die niederländische Macht hatte, so konnte er auch wohl in den Linzer Verhandlungen eine günstige Lage der deutschen Dinge erblicken.

Bei diesen charakteristischen Zügen der einzelnen Kurfürsten dürfte es nicht mehr zweifelhaft sein, welche Stellung sie bei den Beratungen zu Oberwesel in den französischen Angelegenheiten einnehmen würden. Während die anderen in Person erschienen, hatte Friedrich nur seine Räte gesandt mit dem besonderen Auftrage „mehr zu hören, als die eigene Meinung vorzutragen“. Als man in die Debatte über die vom Connetable an die Fürsten abgegangenen Schreiben inbetreff des Proviantes und freien Durchzugs eintrat, erklärte sich Trier einfach dahin „dass er beides müsst beschehen lassen, het ein offen land, kundt es nit wehren,“ zumal da er sich auch erinnerte, „die kron Frankreich nit allein mit dem reich, sondern auch dem stift verpunden“¹³⁸⁾. Da, um die von Westen her drohende Gefahr abzuwenden, der Vorschlag einer „schickung“ an Frankreich gemacht, und darüber auch „ein concept gestellt wurde“, so erklärten sich Mainz und Trier ohne Bedenken dafür, die „schickung furderlichst furzunehmen“, weil die Not es erforderte, Köln dagegen lehnte dies ganz entschieden ab und fügte hinzu, dass dies auch das Dom-

¹³⁷⁾ Lanz: Staatspapiere p. 498—500 und 501—508.

¹³⁸⁾ Druffel III. Nr. 1334 p. 421—423.

kapitel und die Landschaft angehe; (Druffel II. No. 1357) und die Pfälzer Räte „hatten die schickung uf hinder sich pringen gehandelt“. Als Mainz und Trier diesen Räten den Rat gaben, dass ihr Herr sich an der Schickung beteiligen sollte, da stimmte Köln dafür, dass diese Angelegenheit bis nach Worms verschoben würde; „doch Meintz gesagt, das nit ain jeder Martin von Rossem bei ime sitzen hatte“. Trier rechtfertigte seinen Schritt gleich Mainz damit, dass ihn das Wohl seiner Unterthanen erfordere, wogegen Köln einwarf, dass er sich „eher als ein armer pfaff wollt verderben lassen,“ als zugeben, dass etwas gegenüber Frankreich ohne Karls Einwilligung unternommen würde. Da die Debatte über diesen Punkt nicht beigelegt werden konnte, so entschied man sich für das alt bewährte Mittel — Verschiebung auf die nächste Tagfahrt zu Worms. Inbetreff der von Karl geforderten Gegenwehr äusserten sich Mainz und Trier dahin, dass dies einfach unmöglich sei auszuführen; und wenn es auch der Kaiser unbedingt gefordert hätte, so müsste es unterbleiben; doch auch hierüber wurde in Worms eine Weiterberatung vorgesehen. Und fragt man sich nun nach dem Erfolge jener sechstägigen Beratungen? — Ausser den erwähnten Höflichkeitsschreiben war nur das Concept für eine Schickung an Frankreich entworfen worden, und da man sich darüber nicht verständigen konnte, so wurde die weitere Beratung darüber auf die nächste Versammlung verschoben. So war wieder eine Reihe von Tagen jener kostbaren Zeit hingegangen, ohne überhaupt auch nur einen wichtigen Schritt gethan zu haben, man hatte sich herumgezankt über die Kompetenz der Versammlung, ob sie berechtigt wäre, an Heinrich eine „schickung zu thun.“ Dass man sich zu keinem energischen Handeln aufrufen konnte, hatte in der verschiedenen Auffassung von diesem Punkte seinen einzigen Grund. Mainz, Trier und Pfalz¹³⁹⁾ glaubten

¹³⁹⁾ Der Kurfürst Friedrich, welcher in seiner Instruction vom 20. April zum Tage von Oberwesel (vergl. Druffel III No. 1334. I.) die Räte beauftragt hatte, einer Sendung an Frankreich nicht nachzugeben, schreibt den Gesandten (Druffel II No. 1343) am 24. April, dass Mainz und Trier in der Schickung nachgegeben werden muss, da die Gefahr so nahe rückt,

sich durch die Not dazu berechtigt, den drohenden Gefahren, die die Existenz ihrer Territorien in Frage stellten, durch das Mittel der Selbsthilfe abzuwenden, während Köln, weniger in Mitleidenschaft gezogen als die anderen, sich ganz entschieden dagegen aussprach. Die hier zu Tage getretenen Differenzen im Rat der geistlichen Kurfürsten hatten zur Folge, dass Köln bereits am 26. April, einen Tag vor dem offiziellen Abschied sich entfernte. Mainz, Trier und Pfälzische Räte verliessen Oberwesel am 28. April; unterwegs wurde den letzteren bereits die Nachricht, dass der Franzose „aufs Elsass zog“, worüber sie sogleich an Mainz berichteten. In Heidelberg angekommen wurde am 29. April zwischen den Räten eine lange Debatte über das in Wesel am 24. April aufgestellte Concept zu einer Sendung der 4 Kurfürsten an Heinrich geführt, wobei man endlich nach langem Streiten und Zanken über stylistische Finessen zu dem Resultat kam: „mocht vielleicht nit schaden, solchs pleiben zu lassen,“ d. h. die Sendung an Heinrich¹⁴⁰⁾. Der Grund hierzu ist auch wohl darin zu suchen, dass die Stände des Reichs sich 1544 auf dem Reichstag zu Speyer als Feinde Frankreichs erklärt hatten und noch nicht wieder vertragen waren¹⁴¹⁾.

Während dieser Beratungen war der Tag von Worms herangekommen, wo alle die auf den vorigen Versammlungen nicht entschiedenen Fragen von neuem vorgenommen werden sollten, und was die Hauptsache war, nicht von den 4 rheinischen Kurfürsten allein, sondern auch von den anderen, gemäss dem Binger Abschied eingeladenen Fürsten. Von diesen hatte der Kurfürst Joachim von Brandenburg seine Gesandten geschickt; Herzog Albrecht hatte auf die Einladung geantwortet¹⁴²⁾, dass er nicht persönlich erscheinen könnte, weil er in Linz an der „embsigen gutlichen underhandlung“ zwischen Ferdinand und Moritz teilnehme, und auch seine Räte keineswegs entbehren könne, um sie gen Worms zu senden. Der neu hinzugezogene

¹⁴⁰⁾ Druffel III. p. 425 Note 7.

¹⁴¹⁾ Druffel II. Nr. 1361.

¹⁴²⁾ W. J. 1868 p. 401—402.

Bischof von Würzburg hatte sich durch seine Gesandten entschuldigen lassen, dass er wegen Krankheit nicht kommen könnte¹⁴³). Herzog Wilhelm von Jülich, welcher gleichfalls eingeladen war, brach am 2. Mai nach Worms auf, wo er am 5. Mai ankam¹⁴⁴) und somit noch an den letzten Tagen der Verhandlungen teilnahm. Da diese beiden letztgenannten Reichsstände erst seit dem Fürstentage zu Worms an den Verhandlungen der grossen Vermittlungspartei teilnahmen, so müssen wir, wie schon oben bemerkt, einen Augenblick bei ihnen verweilen und in Kürze ihre Stellung zu der Fürstenerhebung ins Auge fassen.

Angesichts der im Februar überall betriebenen Kriegsrüstungen und Ansammlungen von Truppen um sein Stift, hatte der Bischof Melchior von Würzburg sich gleichfalls mit einigem Kriegsvolk versehen, wodurch er sowohl bei Markgraf Albrecht als bei Landgraf Wilhelm von Hessen in den Verdacht gekommen war, dass er gegen sie rüste. Der Bischof wandte sich in seiner Lage nun an die benachbarten Fürsten, Wirtemberg und Pfalz, als auch an Moritz, welcher ihm riet, an Landgraf Wilhelm eine Schickung zu thun, um ihn über seine, gemäss der Landfriedensordnung aufgestellten Truppen, aufzuklären und ihn um Schonung für sich und sein Gebiet zu ersuchen¹⁴⁵). Diese eingeleiteten Verhandlungen führten am 24. März in Schweinfurt zu der „Capitulation mit Würzburg“¹⁴⁶). Der Bischof musste sich zur Lieferung von Proviant, freiem Durchzug durch sein Gebiet und zur Zahlung einer Geldsumme von 60 000 Gulden verpflichten, wofür ihm Integrität seines Bistums zugesichert wurde. An dieser Capitulation hatte nur der Landgraf Wilhelm teilgenommen¹⁴⁷), aber nicht der Markgraf Albrecht Alcibiades. Als dieser dann dem Bischof durch „sein unachbarliches Benehmen“ von neuem Schwierigkeiten machte, ging er,

¹⁴³) W. J. 1869 I. Protokoll. I. Umbfrag p. 310.

¹⁴⁴) G. v. Below. Landtagsakten von Jülich-Berg. 1400—1610. 1895. Bd. I. p. 650 Note 1.

¹⁴⁵) Druffel II. No. 1046.

¹⁴⁶) Druffel III. No. 1163 p. 365—370.

¹⁴⁷) Druffel III. No. 1163. p. 370. Note 1.

auf des Kurfürsten von Sachsen Vorschlag, den Herzog von Bayern um seine Intervention an¹⁴⁸). Albrecht brachte darauf in Fürstenfeldbruck die Angelegenheit vor, konnte aber wegen der Kürze der Zeit „nichts endliches ausrichten“, und schlug daher nochmalige Gesandtschaft an Moritz vor¹⁴⁹). Der Herzog selbst liess durch Kammerat Enstach von Lichtenstein dem Kurfürsten die Sache vortragen und ersuchte ihn um friedliche Vergleichung¹⁵⁰). Albrecht Alcibiades dagegen kümmerte sich um alles das nicht, sondern warf dem Bischof absichtlichen Bruch der Capitulation, Unterstützung der Feinde des Bundes durch zugesandte Hülfsmannschaft vor, und machte sich bereit, den Bischof „sauber auszuscharren und ihm mit rechtem Ernst ins Maul zu greifen“. Wegen dieser drohenden Gefahr konnte er, trotzdem er persönliche Einladung nach Worms erhalten hatte, sein Bistum nicht verlassen, sandte aber einen Gesandten dorthin, um bei den Verhandlungen auch für sich und sein Land durch eine Vermittlung dieser grossen Anzahl von neutralen Reichsständen erträgliche Zustände zu bewirken.

Während der Bischof von Würzburg durch die Lage seines Bistums bei dem ausgebrochenen Kriege in die ärgste Mitleidenschaft gezogen war, lag das Herzogtum Jülich viel zu entfernt, um von dem eigentlichen Hauptstoss des Krieges überhaupt berührt zu werden, und daraus erklärt sich auch, dass er an den bisherigen Vermittlungsbestrebungen nicht teilgenommen hatte. Als beim Anfang des Jahres 1552 die Wirren und Unruhen im Reiche immer grösser wurden, stellte auch er einige Rüstungen an, um bei einem plötzlichen Ueberzug nicht ganz wehrlos dazustehen. Versuche von kaiserlicher resp. burgundische Seite, von Wilhelm energische Hilfe zu erlangen, blieben nicht aus¹⁵¹). Der Herzog versprach auf die Werbungen der Königin Marie (No. 889) nach Möglichkeit gegen das Nehmen von Kriegsdiensten bei Moritz einzuschreiten und Be-

¹⁴⁸) Druffel II. No. 1189.

¹⁴⁹) ibidem No. 1232.

¹⁵⁰) ibidem No. 1255.

¹⁵¹) Druffel II. No. 867. 889. 943.

stallungen für Karl zu vermitteln. Man stellte ihm die Befreiung des gefangenen Herzogs von Sachsen und die Rückgabe von Geldern in Aussicht. (No. 943 p. 68). Als Karl durch Werbungen die neutralen Reichsstände auf seine Seite zu ziehen suchte, bearbeitete die Königin Maria den Herzog¹⁵²⁾, worauf er „Verhinderung des Zulaufs seiner Unterthanen zu den Werbungen“ zusagte. Aber das Versprechen eines Besuches bei der Königin Maria wagte er nicht zu erfüllen, weil er fürchtete, Moritz möchte ihn deswegen als kaiserlich oder österreichisch gesinnt betrachten¹⁵³⁾. Als die Ausschreiben Heinrichs II. und der Kriegs- Kur- und Fürsten ihm bekannt wurden, hatte er strengstens Befehl erlassen, dass die Landstände darauf achteten, „das von wegen der itzigen kriegsleuf gein unverstandt in s. f. g. landen bei derselben underthanen erwasse“ und alle Unruhe verhütet würde¹⁵⁴⁾. So war er stets darauf bedacht, seine Lande in Frieden zu halten, „die ursachen der beschwerung zu verhueten, auch sich in gein kriegshandlung zu begeben und doch s. f. g. eren und pflicht halber, sich als einen gehorsamen fursten des reichs zu erzeugen.“ Angesichts dieser Haltung konnte der Kurfürst von Köln dem Gesandten der Königin Marie die feste Ueberzeugung aussprechen, dass er im Verein mit dem Herzog von Cleve am Mittelrhein einen Durchbruch der Feinde verhindern wollte. Auf dem Binger Tage hatte man, „pour mieulx antorizer la negociation, que l'ont entreprins“, wohl speciell auf Vorschlag des Kurfürsten von der Pfalz, der ja schon bei den Beratungen mit Baiern und Wirtemberg für eine Zuziehung des Herzogs gewesen war, auch ihn eingeladen nach Worms zu kommen, um zu beraten, wie man sich zu verhalten, „damit fride angericht und widderwerdicheit furkamen“. Trotz dem Bedenken, diesen Tag persönlich zu besuchen, machte er sich dann doch am 2. Mai auf, nachdem er gehört, dass Karl mit der Zusammenkunft einverstanden sei¹⁵⁵⁾.

¹⁵²⁾ ibidem No. 1028. 1097 und Lanz III. p. 114.

¹⁵³⁾ Ranke p. 179. Note 3.

¹⁵⁴⁾ v. Below. l. c. p. 646—649.

¹⁵⁵⁾ v. Below l. c. p. 650.

An demselben Tage, an dem in Linz die Verhandlungen zwischen Ferdinand und Moritz beendet wurden, versammelte sich in Worms jene grosse Zahl der bedeutendsten neutralen Reichsstände. Anwesend waren in Person: die Kurfürsten von Mainz, Trier und Pfalz, während Köln durch einen auf den 2. Mai berufenen Landtag abgehalten wurde¹⁵⁶⁾, Wirtemberg und Jülich. Durch Gesandte waren vertreten: Würzburg und nach dem Wormser Abschied zu urteilen, auch Brandenburg, da im Abschied auch Gesandte aufgeführt werden, die indessen an den Beratungen nicht teilgenommen haben.¹⁵⁷⁾ Zu dem Zustandekommen dieses Fürstentages hatte im wesentlichen wie bei Oberwesel das Vorgehen Frankreichs beigetragen. Nach der Einnahme von Metz war Heinrich auf Strassburg gezogen, doch ein gleiches Stückchen wie bei Metz sollte ihm hier nicht glücken, daher zog er etwas südlicher. Hier traf ihn eine Gesandtschaft der Eidgenossen, die ihn aufforderten, von der Verwüstung ihres Gebietes abzustehen. Dann wandte er sich nach Norden, besetzte die kleineren Städte, wie z. B. Hagenau und verwüstete die Gebiete vollständig.¹⁵⁸⁾ In den Tagen, an denen die Verhandlungen in Worms begannen, stand er in Zabern, ungefähr 10—12 Meilen von diesem Orte.

Es war ein sehr reichhaltiges Programm¹⁵⁹⁾, welches für den Fürstentag aufgestellt war: „darauf zu bedenken und zu beratschlagen, wie der beschwerlichen obliegen abzuwenden

¹⁵⁶⁾ Druffel II. No. 1342. 1357. W. J. 1868. p. 430—433.

¹⁵⁷⁾ vergl. W. J. 1869. Schlussprotokoll der Wormser Verhandlungen vom 10. Mai p. 361—363.

¹⁵⁸⁾ Roos l. c. p. 28 unten.

¹⁵⁹⁾ Das Material zu den Verhandlungen in Worms liegt in den drei Protokollen über diesen Tag: I. Protokoll: die Sitzung vom 2. Mai umfassend, W. J. 1869. p. 305—314. II. Protokoll: die Sitzung vom 5. Mai umfassend, W. J. 1869. p. 314—339. III. Protokoll: die Sitzungen vom 7. bis 9. Mai umfassend, W. J. 1869. p. 339—361. Dazu kommt noch das bereits erwähnte Schlussprotokoll, W. J. 1869. p. 361—363. Ich gebe in meiner Untersuchung aus der grossen Menge von Einzelheiten und den zahlreichen Wiederholungen während dieser Beratungen nur die leitenden Gedanken. Wenn das II. Protokoll auch die besondere Ueberschrift trägt, „Sitzung vom 5. Mai umfassend“, so enthält es doch auch einen Bericht über die Verhandlungen am 3. und 4. Mai.

und die Teutsche nation zu friden pracht werden, sonderlich aber zu ratschlagen, dieweil kuntschaft einpracht, dass Frankreich schon zu Zabern ankommen, ob und was bei dem könig zu werben sein solt, und was auch der kei. mt. und kriegs chur- und fürsten halb gehandelt und derselbig handlungen weiter fur zu nehmen.“ Für die erste Sitzung war die Hauptfrage die, „zu bedenken, welches stuck am ersten fur zu nehmen.“ Trotz des anfänglichen Widerspruchs des kölnischen Rats, welcher am Anfang die Schreiben an Karl und Ferdinand vorgenommen wissen wollte, einigte man sich dahin, dass über die französische Angelegenheit zuerst beraten wurde, und danach die Antworten an die Kriegsfürsten, Karl und Ferdinand. Man entschied sich in dem ersten Punkte für eine Schickung an Heinrich, auch nicht ohne den anfänglichen Widerspruch von Köln und zur Aufstellung einer „unverweislichen Instruction“, die bei der kaiserlichen Majestät keinen Anstoss erregen sollte. Ein Abgesandter Strassburgs, welcher die Fürsten um Verwendung für seine Stadt bei Heinrich ersuchte, wurde bis auf den nächsten Tag vertröstet, indem man ihm versprach, die Fürsten würden versuchen, „dass der König die Stadt Strassburg beim reich pleiben lasse, sie auch wider ihr altes herkhommen und freiheit nit beschwert.“ Dies war die Thätigkeit der Versammlung in der ersten Sitzung am 2. Mai.

Am nächsten Tage ging man sogleich auf die Beratung über die französische Angelegenheit ein. Nachdem die an die einzelnen Fürsten vom Connetable gerichteten Schreiben verlesen worden waren, machte Pfalz den Vorschlag, dass eine „vorschickung“ an Frankreich ausgeführt werde, von der man dem Kaiser und König berichten müsste. Die Meinungen über die Zusammensetzung derselben gingen aus einander, die einen sagten, es müssten an derselben die Kurfürsten persönlich teilnehmen, während andere sich für einen Kurfürsten nebst den Räten aussprachen. In der Instruction, in welcher man genau die Gründe des Krieges angeben und zu deren Aufstellung man die Oberweseler Instruction zu Grunde legen sollte, wollte man auch der Stadt Strassburg Erwähnung thun. In der Debatte über die per-

sönliche Sendung an Heinrich wurde in Erwägung gezogen, ob dies nicht bei dem Kaiser Verdacht erregen könnte, so wichtig und bedeutungsvoll sie sich andererseits auch ausnehmen würde. Im Kampf der Meinungen siegte endlich der Vorschlag, mit Beibehaltung der persönlichen Sendung auf die „vorschickung“ gänzlich zu verzichten, dafür aber ein Schreiben an Heinrich zu richten, in dem die Gründe des Krieges auseinandergesetzt würden, und in dem auch der bedrängten Stadt Strassburg zu gedenken sei. Am Nachmittag machte der Mainzische Kanzler die Meldung, dass ein Schreiben an Frankreich in der Eile aufgesetzt sei, über das nun zu beraten wäre.

Es charakterisirt so recht die Langsamkeit in den Beratungen dieser Versammlung, wenn man bei der folgenden Beratung die verschiedensten Vorschläge über Sprache, Styl u. a. m. machte: Der Grösse des Adressaten entsprechend müsse man nicht die deutsche, sondern die lateinische Sprache wählen. Auch müsste der Inhalt des Briefes, vor allem die Eingangsformel genau überdacht werden, ob man zum Beispiel sagen sollte „durchleuchtigster, grossmechtigster, christlicher Fürst“ oder ob dabei das Wort „grossmechtig“ auszulassen sei; zur Conception des Schreibens seien vor allem die Schreiben Heinrichs zu bedenken und jedes Wörtchen, das man niederschriebe, genau zu erwägen, „quoniam scriptura semper loquitur.“ Nach heissen Wortgefechten einigte man sich dahin, die Beratungen über die formalen und stylistischen Finessen einem Ausschuss zu übergeben. Nachdem mehrere Schreiben, theils in deutscher, theils in lateinischer Sprache concipirt worden waren, was wir aus dem Indorsat des Entwurfes des wirklich abgegangenen Schreibens ¹⁶⁰⁾ entnehmen können, wurde dasselbe endlich am 6. Mai, nach dem Indorsat zu schliessen, abgesandt. Der Entwurf ist nun nach all diesem Herumfeilen ein fein stylisirtes, mit hohem rhetorischen Pathos abgefasstes Schreiben; man merkt fasst bei jedem Wort, wie sich die Autoren bemüht

¹⁶⁰⁾ Gesamtschreiben der in Worms versammelten Fürsten an König Heinrich von Frankreich. W. J. 1868 p. 404—407. (Entwurf).

haben, demselben jeglichen Schein des Anstosses zu nehmen: Im Vertrauen auf die „virtus et prudentia ac regia erga sacrum imperium benigna voluntas serenissimi ac christianissimi regis“, erwarten die Fürsten von ihm, dass er das deutsche Reich und seine Städte, vor allem Strassburg, „quae est imperialis“, unbehelligt lasse und zeigen ihm an, dass sie „oratores ac deputatores“ an ihn senden werden, um mit ihm über Herstellung des Friedens zu beraten.

Auch über die andere Frage, ob Kurfürsten oder Räte an Heinrich abgehen sollten, entstand eine endlose Debatte: Jeder suchte seine Meinung zu verteidigen und als die richtigere darzulegen. Und als es dann endlich an die Namennennung ging, suchte wiederum ein jeder der Vorgeschlagenen mit allen möglichen Gründen diese Aufgabe von sich abzuwälzen: Trier bringt seine von den Luxemburgern bedrohte Lage vor, die ihm einen Gang ins Lager der Feinde zur Unterhandlung unmöglich machte, Pfalz seine Leibesschwachheit, Mainz seine Unkenntnis der französischen Sprache und Württemberg gleich Trier seine politische Lage.

Wie in dieser Hinsicht, so stritt man sich auch über Form und Inhalt der aufzustellenden Instruction an König Heinrich herum, ohne auch hier, wie in der Frage der persönlichen Sendung zu einem definitiven Resultat zu kommen; die ultima ratio war daher: Uebergabe der Angelegenheit an einen Ausschuss, durch den die Sache, die bei der Nähe des Königs die schnellste Ausführung erheischt hätte, auch wieder in die Länge gezogen wurde. So war man am Abend des 5. Mai nur zu dem einen Resultat gekommen, dass jenes Schreiben an Heinrich fertig gestellt war, um am 6. Mai abgesandt zu werden.

Damit schliesst die erste Phase der Beratungen, vom 2—5 Mai, welche aus dem langen und heissen Kampf der Meinungen als einzige positive Frucht nur das bereits erwähnte Schreiben gezeitigt hatte.

Wenn die zweite Phase gleich der ersten ebenfalls überreich ist an langen nichtssagenden Debatten und Wortgefechten, so ist sie doch die fruchtbarere, weil in ihr —

sie währte vom 7.—9. Mai; am 6. Mai waren die Verhandlungen ausgesetzt worden — drei Ereignisse eintraten, welche den schleppenden Geschäftsgang dieser Versammlung veränderten. Es waren dies: das Eintreffen eines Schreibens von Heinrich am 7. Mai; Ankunft des Gesandten Ferdinands, des Dr. Zasius, am 8. Mai und das Antwortschreiben Heinrichs auf das, am 6. expedirte Schreiben der versammelten Fürsten, am 8. Mai.

Am Vormittag des 7. Mai¹⁶¹⁾ war ein verschlossenes Missiv von König Heinrich an den Mainzer Kanzler gekommen; da dieser es nicht angenommen hatte, weil die Beantwortung desselben der ganzen Versammlung zustehe, so wandte sich der Bote, Christophorus Richerius,¹⁶²⁾ an die Fürsten in ihrer Gesamtheit. Nachdem man hier lange geschwankt, ob man das Schreiben annehmen dürfte, entschloss man sich endlich auf Triers Vorschlag dazu, „es nit abzuschlagen, es möcht sonst allerlei unrath geben“; auch sei's notwendig, es zu lesen, vielleicht enthalte es etwas, was man bei der Aufstellung der Instruction noch gebrauchen könnte. So wurde das Schreiben angenommen.¹⁶³⁾ Heinrich nahm in demselben Bezug auf seine frühere schriftliche und mündliche Werbung bei den einzelnen Fürsten, erneuerte die in jenen aufgestellten Forderungen um Unterstützung, — „vel benevolentia vel consilio vel auxilio“ — um Befestigung des „foedus olim cum regibus Francorum initum“ und verlangte „ad utramque petitionem responsum ore vel scripto“.

Die Frage, wann und was man dem Gesandten antworten sollte, erregte, weil diese Angelegenheit ja eine schnelle Ausführung erforderte, wieder eine eingehende Debatte, bis man sich

¹⁶¹⁾ Das III. Protokoll teilt sich inhaltlich folgendermassen: Beratungen am 7. Vorm. p. 340—346. Nachm. p. 347—348 am 8. Vorm. p. 348—351 Nachm. p. 351—353 am 9. Vorm. p. 353—355. Nachm. p. 356—361.

¹⁶²⁾ Bei Lanz III. p. 192 (No. 788) ist der Name des Gesandten C. Ristart; beide, Richer und Ristart, sind indessen identisch.

¹⁶³⁾ vergl. Druffel II. No. 1388.

auf Vorschlag des Württembergers dafür entschied, dem Boten sogleich zu antworten, dass man eine Schickung an Heinrich unternähme, wobei man speciell respondiren würde; dies sei aber nicht vor der Antwort Heinrichs auf ihr Schreiben vom 6. Mai zu thun. Der Bote ging ab, nachdem man ihm in aller Namen freies Geleit zugesichert hatte. Nach dieser Werbung entwickelte die Versammlung eine etwas emsigere Thätigkeit. Eine lateinische Instruction für die Gesandten an Heinrich war aufgestellt und wurde durchberaten, wobei sich, wie bei jenem Schreiben, ein langes Wortgefecht über stylistische, formale und inhaltliche Eigentümlichkeiten erhob — so entstand die schwierige Frage, ob man Strassburgs in dieser oder noch in einer besonderen „Nebeninstruction“ erwähnen sollte. u. a. m. — Endlich übergab man die ganze Angelegenheit gleich den anderen ebenfalls einem Ausschuss. Die Schreiben an Karl und Ferdinand wurden zwar vorgelesen und allgemein gebilligt, aber auf Kölns Vorschlag sollte man mit der Expedirung so lange warten, bis die Gesandtschaft an Heinrich abgegangen sei.

Am Morgen des 8. Mai erschien Dr. Zasius, der Gesandte Ferdinands: Seine „schickung“, welche nur an die Kurfürsten gerichtet war, enthielt einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen zu Linz und eine Einladung, „das sie wollten schiristen asentionis domini d. 26. maii zu Passau aigner person erscheinen und die sachen zum besten verhandeln helfen, das were ein nutzlich löblich werk“, welches die majestäten wohl anerkennen und „auch ihres der churf. landen und leut zu gutem khommen werde“; auch freies Geleit für die den Tag Besuchenden brachte er mit. Bereits am Tage vorher hatte man eine concipirte Instruction an die Kriegsfürsten verlesen und war auf eine Beratung eingegangen, aber wie in den anderen Punkten, so kam man auch hier zu keinem definitiven Resultat.

Als nun am 8. Mai die Beratung darüber von neuem vorgenommen werden sollte, äusserte sich Trier sogar dahin, dass die projectirte Sendung ganz unnötig sei bei den von Ferdinand erhaltenen Schreiben und der Einladung nach Passau.

So ist es in der That fraglich, ob von der im Concept vorhandenen Instruction an Moritz und Genossen wirklich Gebrauch gemacht worden ist, wenn sie sich auch im Dresdner Arch. befindet. cf. Barge p. 97, N. 1. Für die Verneinung dieser Frage spricht wohl der Umstand, dass um Mittag des 8. Mai, als Dr. Zasius mit seiner Sendung an die Kurfürsten eintraf, der Herzog Christoph von Wirtemberg Worms verlassen hatte, und mit ihm auch die zu einer Fortspinnung der Unterhandlungen mit den Kriegsfürsten immer von neuem anspornende Kraft gewichen war. Und doch ist diese, wenn auch nur Concept gebliebene Instruction für eine Gesadtschaft der in Worms versammelten Fürsten an die Kriegs-, Kur- und Fürsten¹⁶⁴⁾ ein Actenstück von der eminentesten Bedeutung, denn die darin ausgesprochenen Ansichten über Beilegung der religiösen Frage und der damit verbundenen Wirren im Reiche (p. 417—419) — entweder ein „konftig frei cristenlich general concilium in Teutscher Nation mit unparteiischem Teutschen presidenten“ oder ein „national concilium und versammlung in Teutscher nation“ —, über Erledigung der beiden Fürsten (p. 419—421) — und Beseitigung der Gravamina (p. 422—425) Uebertragung der Entscheidung über die Beschwerden an die Versammlung der neutralen Stände, „denn auch sie nit weniger geneigt, gefliessen und begierig, der Teutschen libertet und freiheit zu erhalten“ als die Kriegs Kur- und Fürsten — sind die Grundlage für das spätere geschlossene Auftreten der „vermittelnden Stände“ auf dem Tage zu Passau. Ich kann nicht näher darauf eingehen, die Wichtigkeit der Instruction im einzelnen darzulegen, nur noch einen Punkt möchte ich hier berühren, den ich schon oben erwähnt habe: Ich meine den Einfluss des Herzogs von Wirtemberg auf den inneren Gehalt dieses Actenstückes: Schon ein oberflächlicher Vergleich dieser Instruction mit einem früheren, aus dem Anfang des April stammenden Aufsatze, (cf. Anm. 119) mit seinem Berichte über ein Gespräch mit Albrecht Alcibiades in Geislingen,¹⁶⁵⁾ mit der wenn auch Concept gebliebenen Instruction für den

¹⁶⁴⁾ W. J. 1868, p. 413—425.

¹⁶⁵⁾ W. J. 1868. p. 388—390.

Wormser Tag¹⁶⁶⁾ und den bereits nach dem Wormser Tag liegenden Instructionen für Jordan von Breitenbach an Kurfürst Moritz und für Hans Dietrich von Plieningen . . . zum Tage in Passau¹⁶⁷⁾ zeigt, dass hier wie dort die grösste Ähnlichkeit, in den meisten Punkten, fast könnte man sagen, Identität vorherrscht. —

Trotzdem beim Anfange der Beratungen die Sendung an Frankreich und die Aufstellung einer Instruction für die Gesandten als die Hauptaufgabe der Beratungen aufgestellt worden, war man noch keineswegs nach mehrtägiger Debatte über diese beiden Punkte zu einem Resultat gekommen; zwar war nach Uebergabe dieser Angelegenheit an einen Ausschuss eine neue Lesung am 7. Mai, wie das Indorsat auf dem Instructionsentwurf besagt,¹⁶⁸⁾ erfolgt, aber als an demselben Tage dann das Schreiben von Heinrich ankam, und am 9. Mai die französische Antwort¹⁶⁹⁾ auf den Brief vom 6. Mai, wurde dieselbe von neuem vorgenommen. Heinrich erklärte sich mit den vermittelnden Bestrebungen der Fürsten einverstanden und sprach sich über die an ihn zu sendenden Gesandten dahin aus, dass ihm ihre Ankunft willkommen sein würde. Zugleich aber forderte er, da er in 4—5 Tagen in Speyer sein würde, die Fürsten auf, dort zu einer Unterredung mit ihm sich einzufinden, wozu er ihnen zugleich das Geleit mitschickte. Durch dieses Schreiben wurde nun die Frage, ob persönliche Sendung an Heinrich zu thun sei, brennend, die Forderung Heinrichs verlangte einen energischen Entschluss. Und endlich raffte man sich dazu auf: Man ging von dem Gedanken aus, den König nicht nach Speyer kommen zu lassen, und daher sollte die seit so langer Zeit geplante Schickung sogleich ins Werk gesetzt werden. Inbetreff der Personen einigte man sich dahin, dass von jedem der anwesenden Fürsten, ausser Köln und Würzburg, die in dem Geleitschreiben nicht genannt waren, ein Rat abgehen sollte. Herzog

¹⁶⁶⁾ Druffel II Nr. 1361.

¹⁶⁷⁾ ibidem Nr. 1409 und 1437.

¹⁶⁸⁾ W. J. 1868. p. 407—413.

¹⁶⁹⁾ W. J. 1868. p. 433—435.

Christoph wurde von seinen in Worms zurückgelassenen Räten benachrichtigt,¹⁷⁰⁾ so schnell als möglich seinen Gesandten nach dem gemeinsamen Treffpunkt Eydenheim (das heutige Philippsburg) abzusenden, spätestens bis Mittwoch, 11. Mai. Aber noch ein Weiteres hatte das Schreiben Heinrichs zur Folge:

Da bei der drohenden Nähe Frankreichs ein längerer Aufenthalt in Worms gefährlich war, so wurde der Vorschlag gemacht, diese Verhandlungen abubrechen und entweder in Bingen oder jenseits des Rheins in Frankfurt wieder aufzunehmen¹⁷¹⁾. Am Tage zuvor hatte man dem königlichen Gesandten, Dr. Zasius mündlich und schriftlich auf seine Werbung die Antwort gegeben, dass man die Räte zu der Versammlung in Passau senden würde, da wegen der allzu grossen Nähe Frankreichs an ein persönliches Erscheinen nicht zu denken wäre. Zur genauern Durchsicht der die Linzer Handlungen umfassenden Schriften, die ihnen von Ferdinand mitgesandt waren, wurde beschlossen, dass sich die Räte der Fürsten noch einige Tage in Worms aufhalten sollten, um einen „Extrakt“ daraus herzustellen.

Indessen waren die Gesandten von Mainz, Trier, Pfalz, Jülich und Wirtemberg, wie es festgesetzt war, am 11. Mai in Eydenheim eingetroffen und machten sich daran, ihren Auftrag auszuführen. Sie trafen am 13. Mai in dem französischen Lager vor Weissenburg, dem Aufenthaltsorte Heinrichs ein, und trugen ihm, nachdem sie freundlich aufgenommen waren, wie uns Thomas Leodius¹⁷²⁾, der als pfälzischer Deputirter an der Gesandtschaft teilnahm, berichtet, ihre Instruction vor¹⁷³⁾. Sprecher war der Kanzler des Kurfürsten von Mainz:

¹⁷⁰⁾ W. J. 1868. p. 435—437.

¹⁷¹⁾ vergl. das Schlussprotokoll der Wormser Verhandlungen vom 10. Mai. W. J. 1869. p. 361—363.

¹⁷²⁾ Hub. Thom. Leodius, l. c. 280b—281b.

¹⁷³⁾ vergl. über die Gesandtschaft, ihre Rede und Antwort des Königs das bereits angeführte Buch von Roos p. 27—32, Brief des Rheingrafen Phil. Franz an den König Eduard VI. von England, 4. Juni 1552. Der Schreiber dieses Briefes nahm selbst an der Gesandtschaft teil. bes. p. 29. ferner: Vielleville Memoires, Bd. I. p. 436 in der Collection complète des Memoires par Petitot (Bd. XXVI. Viel-

Ihre Fürsten, welche zu dem von Frankreich angefangenen Kriege und zu dem Vorrücken Heinrichs an den Rhein auch nicht den geringsten Grund gegeben hätten, vielmehr stets auf Ruhe und Frieden im Reiche bedacht gewesen wären, ersuchen den König, von seinem Zuge abzulassen, zumal da auch Karl sich erbötig gezeigt, die *causa belli* durch Loslassung des Landgrafen von Hessen zu beseitigen und für die Wiederherstellung der deutschen Libertät sich gleichfalls ausgesprochen. Wie sie nur auf Frieden dächten, so sollte der König jetzt bei der Aussicht, dass der entstandene Krieg auf friedlichem Wege beigelegt werden könne, es sich vor allem angelegen sein lassen, dem Reich keinen Schaden zuzufügen, sondern mit möglichster Schonung des Christenbluts auf den Abzug denken, was ja auch von ihm gemäss seines Ausschreibens zu erwarten sei, da er sich „*christianissimum ac clementissimum regem*“ nenne.

leville ist wenig zuverlässig, er erwähnt z. B. auch einen ambassadeur de Coloigne, von dem sonst nichts erwähnt ist, für den auch der Geleitbrief Heinrichs nicht mit ausgestellt war. Der beste Bericht über die Antwort des Königs und die Gegenantwort der Gesandten in W. J. 1868 p. 437—441. Sleidan III. p. 359. dazu auch noch zu vergleichen: F. W. Barthold, Deutschland und die Hugenotten, Bd. I. p. 89. — H. Barge in seinem schon oft citirten Buche irrt, wenn er p. 59 behauptet, dass die Gesandtschaft der in Worms versammelten Fürsten schon am 10. Mai in Weissenburg eingetroffen sei. Dem widerspricht 1) dass die Instruction für die Gesandten erst am 10. Mai zum letzten Mal gelesen ist: cf. W. J. 1868 p. 407—413, wo sich ungefähr in der Mitte dieses Instructionsentwurfes die Marginalnotiz findet: „*lectum WORMATIAE 10 maii anno LII.*“ 2) W. J. 1868. p. 435—437. Hier wird auf p. 437 gesagt, dass sich die Gesandten an Heinrich spätestens am 11. Mai in Eydenheim einfinden sollen. 3) W. J. 1868. p. 441: „*hoc responsum 13 maii in castris ad ospidum Weyssenburgum positum in ipso regio tentorio praesente rege . . .*“, und Barge wird doch nicht annehmen wollen, dass die Gesandten vom 10—13. Mai sich im Lager aufgehalten, zumal da auch Thom. Leodius, der an der Gesandtschaft teilgenommen, sagt p. 281a u. b., dass Heinrich ihnen sogleich nach dem Vortrage des Mainzer Kanzlers durch den Kardinal von Rheims antworten liess. 4) Roos p. 29. Der Rheingraf, welcher gleich Leodius an der Gesandtschaft teilnahm, berichtet: „*. . . . legationem 13 May ad regem degentem*“ 5) Die Darstellungen von: Barthold p. 89 und Kugler p. 209.

Würde er ihrem Rate folgen, auch die Stadt Strassburg nicht weiter bedrohen und den Markgrafen Albrecht Alcibiades auffordern, seine Feindseligkeiten gegen den Würzburger einzustellen, so würde er sich dadurch nicht nur bei den Deutschen, sondern in der ganzen Christenheit unverwelklichen Ruhm erwerben. Indessen sei es den Fürsten ihrer Ehre und ihres guten Namens wegen unmöglich, seiner Bitte, sich mit ihm in ein Bündnis einzulassen, nachzukommen, da das deutsche Reich mit Frankreich im Kriege liege; dagegen würden sie, wenn Heinrich, gleich seinen Verbündeten in Deutschland, ihnen seine Zustimmung dazu gäbe, zwischen den kämpfenden Parteien vermitteln und mit allem Fleiss dem König gute Nachbarschaft und Freundschaft halten.

In der Gegenwart des Königs und mehrerer angesehener Räte gab der Kardinal von Rheims in elegantem Latein ihnen zur Antwort: Nicht um Eroberungen zu machen, sondern zum Schutz der deutschen Libertät und zur Befreiung der beiden gefangen gehaltenen Fürsten habe Heinrich seinen Zug unternommen. Er hätte den deutschen Fürsten, die seinen Schutz angerufen, wegen der Freundschaft, in der er sich mit ihnen befinde, ihre Bitte nicht abschlagen können. Weil er nun bereits von Moritz über die Verhandlungen in Linz Nachricht habe, dass man das auf gütlichem Wege erreichen könnte, weswegen man den Krieg begonnen, so wolle er, obgleich er noch viel von Karl mit Fug und Recht zu fordern hätte, keinen neuen Krieg anfangen gegen die Nation, von welcher er selbst abstammen sich rühme. Er wolle Strassburg, das durch die „*insolentia militum ipsorum*“ Schaden erlitten hätte, nicht mehr bedrängen, da es eine Reichsstadt sei, und die Fürsten sich für sie verwendeten; gleichfalls werde er den Markgrafen gegen Würzburg friedlich zu stimmen suchen. Sie sollten die Vorteile, welche die deutsche Nation jetzt erreicht habe, auf dem Passauer Tage festhalten. Er selbst sei gezwungen, wegen des Einfalls der Feinde in das Luxemburgische Gebiet und wegen der darin für Frankreich liegenden Gefahr mit allen Truppen zurückzukehren, „*sed tamen non ita longe se discedere velle, quin rursus (si necessitas postulat) adesse et auxilium ferre ac protector Germaniae esse possit.*“

Die Gesandten dankten für die gnädige Antwort: Sie würden alles genau berichten, und ihre Fürsten sich mit aller Mühe des Friedens befleissigen und zwar so, dass der König sähe, ihnen wäre nichts angenehmer, als Friede zwischen dem König und dem Reich herzustellen; und mit der nochmaligen Bitte, seinen Abmarsch so friedlich als möglich einzurichten, entfernten sie sich.

Heinrich brach am folgenden Tage sein Lager vor Weissenburg ab und kehrte, durch die drohende Kunde von der Grenze der Champagne her bewogen, in Eilmärschen unter schrecklichen Verwüstungen nach Lothringen zurück.

Dieser Rückzug der Franzosen aus den rheinischen Landen war für die Folgezeit von der grössten Bedeutung; vor der Hand aber befreite er die rheinischen Kurfürsten und die mit ihnen in Worms versammelten Fürsten von einer Gefahr, die ihnen mindestens ebenso gross erschien, als die, welche von den Kriegsfürsten, Moritz und Genossen, drohte. Ich habe hervorgehoben, wie gerade das am westlichen Horizont aufsteigende Wetter alle anderen Gesichtspunkte zurückdrängte, von der Heidelberger Zusammenkunft an, dann in Bingen, in Oberwesel und vor allem in Worms; wie diese Fürsten dem Friedensstörer gegenüber sich nicht zu einer energischen Stellungnahme entschliessen konnten, weil sie einerseits dadurch den Verbündeten der Kriegsfürsten, mit denen sie wegen des Friedens unterhandelten, angegriffen hätten — ein höchst wichtiger Gesichtspunkt, der die Gesamthaltung der Neutralen von Anfang an mitbedingt —, und weil sie andererseits gar nicht über eine Macht verfügten, die dem Franzosen auch nur im geringsten hätte imponiren können. Zu gleicher Zeit habe ich betont, dass es der Vermittlungspartei teilweise widerstrebte, ihren hergebrachten Anschauungen widersprach, mit dem Feinde des Reiches zu verhandeln und gar zu pactiren. Aber wir haben gesehen, wie diese konservativen Ideen verblassten, als die Lage der Verhältnisse die vermittelnden Fürsten zwang, wenn sie ihre territoriale Existenz retten wollten, den Weg ins feindliche Lager zu gehen.

Und welchen Erfolg hatte diese Sendung in das Lager

vor Weissenburg? Bewirkte etwa sie allein den Rückzug Heinrichs vom Rhein; oder wenn nicht allein, so doch zum grössten Teil? Fast scheint es so, und manche Historiker haben sich durch diesen Schein täuschen lassen und der Sendung einen Einfluss zugeschrieben, den sie niemals gehabt hat; ich nenne nur Bernhard Kugler¹⁷⁴⁾ und Wilhelm Maurenbrecher¹⁷⁵⁾.

Da die Beantwortung dieser Frage von der grössten Bedeutung ist, ja sie gleichsam das Werturteil über die ganze Politik der vermittelnden Fürsten abgiebt, so müssen wir näher auf die Meinungen von Kugler und Maurenbrecher eingehen.

Kugler behauptet auf Grund der von ihm herausgegebenen Acten über den Fürstentag zu Worms, W. J. 1868. p. 374:

„Die Bitten und Vorstellungen, mit denen sich diese Neutralen, um für den Frieden zu wirken, an die Häupter der kriegführenden Parteien wandten, waren vom Anfang an für den Gang der Ereignisse nicht bedeutungslos, wurden alsdann, durch mancherlei Umstände begünstigt, sowohl für Karl, wie für Kurfürst Moritz und König Heinrich von Tag zu Tag wichtiger, und hatten schliesslich solchen Erfolg, dass wir ihnen zum guten Teil den Rückzug der Franzosen aus den Rheinlanden und das endliche Zustandekommen des Passauer Vertrags zuschreiben dürfen“.

So sehr ich mich dieser Ansicht Kuglers über die Bedeutung der vermittelnden Stände beim Abschluss des Passauer Vertrages anschliesse, so entschieden muss ich gegen seine erstere Meinung opponiren. Ich habe zu zeigen versucht, welchen Erfolg die „Bitten und Vorstellungen dieser Neutralen“ bei den im Kriege liegenden Parteien gehabt haben. Der Ruhe und des Friedens aufs höchste bedürftig, wandten

¹⁷⁴⁾ B. Kugler in der Publication der Wormser Acten. W. J. 1868. p. 374.

¹⁷⁵⁾ W. Maurenbrecher in seinem schon genannten Buch: Karl V. und die deutschen Protestanten. 1545—1555, p. 301, dazu Anm. 18.

sich die beiden Gruppen der Vermittlungspartei, weltliche wie geistliche, an Karl und an die Kriegsfürsten. Sie wurden nicht müde, ihre friedlichen Gesinnungen darzulegen, und immer von neuem zu versprechen, sich dafür zu bemühen, durch Unterhandlungen die Gründe des Krieges zu beseitigen. Aber trotzdem sie von Moritz und seinen Verbündeten die Zustimmung zu ihrer irenischen Unterhandlung erhielten, trotzdem Karl und mit ihm auch Ferdinand sie wieder und wieder aufforderten, auf Mittel und Wege zu denken, um die obwaltenden Läufe zu beseitigen, die Fürsten thaten keine Schritte, welche auch nur im geringsten in der vom Kaiser und König angegebenen Bahn sich bewegt hätten. Anstatt sich, wie es bei der grossen Bedeutung, die sie als die ersten Stände des Reiches naturgemäss repräsentirten, sehr wohl möglich gewesen wäre, zu einer festgeschlossenen Korporation zu vereinigen, um dann die streitenden Parteien vor ihr Tribunal zu ziehen und die beiderseitigen Beschwerden unparteiisch abzuwägen, gefielen sie sich nur zu gut in der Rolle der unthätigen Vermittler und vertrauten allzu fest auf die zugesicherte Unterhandlung. So ist denn auch nichts Nennenswerthes seit der ersten Versammlung in Oberwesel im Januar bis zum Schluss des Tages von Worms, den Kriegsfürsten gegenüber zustande gekommen. Durch ihr Auftreten hatten sie bei Moritz und seinen Verbündeten keineswegs imponirt, und wenn der Wettiner sie doch zu der Verhandlung in Passau vorschlug, so wusste er nur zu gut, dass er diese ganze Masse auf seiner Seite haben würde, da sie, wie er aus ihrem Schreiben, aus der Gesandtschaftsinstruction und aus der Unterredung mit dem Herzog Albrecht von Bayern gesehen hatte, mit ihm auf demselben Boden standen, und ihnen nur der Mut fehlte, die in ihrer geschlossenen Einheit liegende Macht zu gebrauchen.

„Sie alle haben den hasen im pusen“, schrieb Albrecht Alcibiades an Kurfürst Moritz, ein Wort, das noch im besonderen bei ihrem Verhalten Heinrich gegenüber zutrifft. Es hätte ihnen aus dem Gebahren des Franzosen zur Genüge klar werden können, „was sie von dem allerchristlichsten König, dem Rächer deutscher Freiheit“ zu erwarten hatten, der ungestraft Stücke

von dem Leibe des deutschen Reiches abreissen durfte, der im Besitze derselben danach trachtete, sich auch des Schlüssels zu diesem Reiche zu bemächtigen, und der seine Wege, auf denen er zog, durch Raub und schreckliche Verwüstungen bezeichnete. Wenn die vermittelnden neutralen Fürsten diesem Könige gegenüber sich irgend eine Geltung hätten verschaffen wollen, so hätten sie sich zu einem energischen Auftreten entschliessen müssen. Doch wir haben gesehen, welch' eine klägliche Rolle die Fürsten gerade in diesem Punkte gespielt haben: Bingen, Oberwesel und vor allem Worms, das waren gleichsam die Haltepunkte auf dem schmachvollen Wege, der endlich in das Lager des Feindes führte, um dort die „*clementia*“ atque *benevolentia clementissimi ac christianissimi regis*“ anzurufen, und in demütigstiger Weise von ihm Schonung ihrer Territorien zu erbitten¹⁷⁶⁾. Heinrich wusste nur zu gut, was ihm von diesen Schwächlingen drohen konnte. Charakteristisch für die Achtung, die er vor den Fürsten hegte, ist die Antwort, die er auf das Schreiben der Wormser Fürsten gab: Er werde in 4—5 Tagen in Speyer sein und lade die Kurfürsten ein, dort zu ihm zu kommen „damit wir uns freuen mögen, euch zu sehen und darauf weiter mit euch zu unterreden“. Bis dahin wolle er die „*execution* seines vorhabens einstellen“, m. a. W. sein Feldlager zu Wesegen¹⁷⁷⁾ nicht verlassen; doch wie er ihnen dies Wort gehalten, zeigt, dass ihre Gesandtschaft ihn am 13. in Weissenburg traf, nur einen halben Tag vom Rhein entfernt. Ich kann aus diesem Benehmen Heinrichs nicht mit Kugler entnehmen, dass „die Neutralen für ihn von Tag zu Tag wichtiger wurden“, und schliesslich eine solche Bedeutung erlangten, dass der Rückzug der Franzosen „zum guten Teil“ ihnen zuzuschreiben ist.

Wenn Heinrich am 14. Mai wirklich sein Lager abbrach und vom Rhein abzog, so bewirkten dies vor allem drei Um-

¹⁷⁶⁾ H. Baumgarten: Sleidans Briefwechsel p. 251. Brief vom 18. und 24. Mai 1552: Die Botschaft kam zu Heinrich „*deprecandi opinor causa*“.

¹⁷⁷⁾ Die Kugler'schen Erklärungsversuche dieses Ortes siehe W. J. 1868. p. 434. Anm.

stände: Es war in erster Linie die Gefahr, welche ihm von dem niederländischen Feldherrn Martin van Rossem drohte, der von Artois aus plötzlich einen kühnen coup gegen den Norden Frankreichs ausgeführt und, unter argen Verwüstungen vordringend, bereits einen Teil von Lothringen eingenommen hatte. Heinrich setzte sich bei einem weiteren Vordringen am Rhein der Gefahr aus, dass der niederländische Feldherr durch das Elsass und die vorderösterreichischen Lande, den Breisgau, dem Kaiser in Tyrol zu Hilfe eilen würde¹⁷⁸⁾. War nach dieser Erwägung schon der Abmarsch vom Rhein ein strategisches Postulat¹⁷⁹⁾, so wurde derselbe zur Notwendigkeit durch die Natur der Verhältnisse, die Heinrich selbst durch seinen Zug herbeigeführt. Wir haben schon oben zu erwähnen Gelegenheit gehabt, dass nicht nur das Elsass, sondern auch die Pfalz und Zweibrücken mutwillig ausgeplündert waren. Gestattete der erste Punkt aus wichtigen strategischen Gründen keinen weiteren Vorstoss nach Norden, so machte dieser zweite Umstand einen längeren Aufenthalt am Rhein unmöglich. Und zu diesen beiden Gründen, die den König bereits aufs höchste verstimmt, weil sie seinem Siegeslauf ein „bis hier her“ entgegensetzten, kam nun auch, um seine gereizte Stimmung noch zu vermehren, ein Schreiben von Moritz am 13. V., worin dieser seinen Bundesgenosse aufforderte, dass „J. K.W. den angefangenen kriegk enden lasse“, da man jetzt durch friedliche Mittel zu seinem Ziele gelangen könnte¹⁸⁰⁾.

¹⁷⁸⁾ Leben und Thaten des weiland wohledlen und gestrengen Herrn Sebastian Schärtlin von Burtenbach ed. Schönhuth 1858. p. 91.

¹⁷⁹⁾ Auch Sleidan schreibt, dieser Punkt ist entscheidend für ihn gewesen: cf. Baumgarten: Sleidans Briefwechsel. p. 252: Gallus in Lotharingiam redit, ut exercitum Beligicum retundat.

¹⁸⁰⁾ v. Langenn: Kurfürst Moritz. Bd. II. p. 346—348. Das Ende des Briefes, welches hier fehlt, siehe Druffel II. No. 1374 Note 2. Was es mit einem bei Druffel II. No. 1418 A erwähnten Schreiben „von den kriegs- Kur- und fursten“ auf sich hat, in dem Heinrich ermahnt wird, „Martin von Rossem nit von sich zu lassen“, konnte ich nicht feststellen, da mir jeder weitere Anhaltspunkt dafür fehlte. Aus demselben Grunde konnte ich nichts über eine geheime mündliche Werbung des Gabriel Arnold, des Moritz'schen Gesandten an Heinrich,

Es wird einleuchten, dass nach den aufgeführten drei Umständen Heinrichs Entschluss abzuziehen unwandelbar feststand, und dass nicht erst die Gesandtschaft der Fürsten ihn in diesem Plane noch bestärken musste. Welchen Wert er selbst auf die demütige Werbung der Deputirten legte, zeigt uns einerseits sein Bericht über den Rheinfeldzug an seinen Gesandten Aramont¹⁸¹⁾, wo er als Grund zum Rückzug die kaiserlich-niederländischen Operationen angiebt, der Gesandten aber nicht mit einem Wörtchen gedenkt, und andererseits seine Antwort, die er den Gesandten geben lässt: Der Einfall „in agrum Luxemburgensem“ und die damit gegebene Gefahr einer Verwüstung Frankreichs bestimmten ihn zur Rückkehr mit allen Truppen, keineswegs aber die Gesandtschaft der Fürsten¹⁸²⁾.

Durch diese und die bereits erwähnten Gründe wird auch W. Maurenbrechers Ansicht über den Rückzug des Königs berichtigt. In seinem mehrfach citirten Buche: Karl V und die deutschen Protestanten 1545—1555 p. 301 sagt er:

„Und als nun in dem französischen Lager gleichzeitig mit der sächsischen Botschaft auch Gesandte der rheinischen Kurfürsten eintrafen, die sich durch die kaiserlichen Mahnungen angeregt, zu einem gemeinsamen Schritte ermannt hatten, da hielt der französische König es für angemessen, sich nicht einen ernstlichen Krieg der deutschen Nation zuzuziehen, er begnügte sich“

Hier ist zu bemerken, dass Maurenbrecher mit dem Ausdruck „deutsche Nation“ nur die neutralen Reichsstände und den Kaiser meinen kann, denn anzunehmen, dass Moritz

feststellen, worauf Vielleville Bd. I. p. 436. anzuspielen scheint. Der hier erwähnte gentilhomme allemand nommé Glaris ist identisch mit Gabriel Arnold; cf. Druffel II. No. 1418 A. Wie schon oben bemerkt (cf. Anm. 173) ist Vielleville oder vielmehr Vincent Carloixe, der Schreiber der Memoiren, sehr unzuverlässig; so lässt er hier den Brief Moritz ankommen „le ledemain du partement des ambassadeurs“, (Wormser Gesandtschaft), während er schon vor der Ankunft der Gesandten eingetroffen war: cf. W. J. 1868. p. 440.

¹⁸¹⁾ Ribier. Tom. II. p. 392.

¹⁸²⁾ W. J. 1868. p. 440.

sich gegen seinen Bundesgenossen wenden würde, ist unberechtigt, da dieser einerseits sich trotz der Verhandlungen zu Linz die Arme zu weiteren Handlungen gegen Karl freigehalten hatte, andererseits aber auch, weil er keineswegs gesinnt war, die Hilfe des Franzosen aufzugeben, denn sein Brief vom 2. Mai aus Landshut an Heinrich (cf. Anm. 180) war nur ein Zugeständnis an die öffentliche Meinung in Deutschland. Und mit Maurenbrecher eine Erhebung der neutralen Reichstände anzunehmen, ist aus den angeführten Gründen einfach unmöglich. Auch von Karl war nach dieser Seite hin vor der Hand keine Gefahr zu besorgen, da ihm in erster Linie die Züchtigung des Wettiners am Herzen lag.

Von der grössten Bedeutung aber ist Maurenbrechers andere Behauptung, dass die rheinischen Kurfürsten „durch die kaiserlichen Mahnungen angeregt, sich zu einem gemeinsamen Schritte ermannt hätten“, wobei er sich auf die Abschrift eines Schreibens der rheinischen Kurfürsten aus Worms vom 9. Mai in Simancas stützt.

Schon A. v. Druffel hat in seiner „Entgegnung auf Maurenbrechers Antikritik“¹⁸³⁾ den Widerspruch hervorgehoben, der in dieser Hypothese, dass die rheinischen Kurfürsten Frankreich gegenüber energisch aufgetreten seien, gegen die bisherige Auffassung (cf. Ranke V⁴ p. 179) liegt. Da Maurenbrecher leider nur die kurze Bemerkung über die Abschrift jenes Schreibens macht, das Dokument selbst nicht veröffentlicht hat, und es wohl nicht jedem glücken möchte, zu den reichen archivalischen Schätzen in dem öden spanischen Dörfchen Simancas zu gelangen, so müssen wir mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln untersuchen, welchen Wert wir seiner Bemerkung mit Recht zuschreiben können. Zuerst ergibt sich uns aus der Angabe Maurenbrechers ein Widerspruch mit der unsrigen inbezug auf die Gesandtschaft, die bei dem König eintrifft. Nach M. sind es nur Gesandte der rheinischen Kurfürsten, während wir dargelegt haben, dass von den Erz-

¹⁸³⁾ Historische Zeitschrift, herausgegeben v. H. v. Sybel, XVIII. Bd. 1867. p. 129—156. speciell p. 152 und 153.

bischöfen der Kölner fehlte und von den in Worms versammelten Fürsten noch Württemberg und Jülich durch Deputirte vertreten waren. Auf Grund der, selbst von M. citirten Quelle — Leodius —, aus welcher er die Unrichtigkeit seiner Angabe, der, wenn sie wahr wäre, die grösste Bedeutung zukäme, hätte sogleich ersehen können, und aus W. J. 1868, p. 435—437, ersehen wir aber, dass wir es hier in der That mit einem Irrtum M.'s zu thun haben, welcher den Vorwurf v. Druffels (cf. letzte Anm. p. 153), „dass alle Citate aus Druckwerken, die M. für diese Frage machte, sich als falsch erweisen“, als nur zu berechtigt erscheinen lässt.

Einen Fehler begeht M. auch bei seinem Urtheil, welches er über die Politik der rheinischen Kurfürsten fällt und bei seiner Angabe über die Quelle, aus welcher er seine vermeintliche Ansicht schöpft. Er spricht nämlich von der Abschrift eines „Schreibens der rheinischen Kurfürsten vom 9. Mai aus Worms“, die er in Simancas vor sich gehabt, und aus der er die Meinung gewonnen habe, dass die rheinischen Kurfürsten sich zu einem „gemeinsamen Schritt ermannt“ hätten.

Meiner Ansicht nach ist dies von M. erwähnte und für seine Ansicht ausschlaggebende Schreiben identisch mit dem bei Bernh. Kugler unter den Akten des Wormser Fürstentages aufgeführten „Gesamtschreiben der in Worms versammelten Fürsten an Kaiser Karl“! (W. J. 1868. p. 428—430.)

Die Annahme, dass wir den König Heinrich als Adressaten des von M. angeführten Schreibens anzusehen haben, lässt sich durch nichts erhärten, weil am 9. Mai, also kurz vor dem Schluss des Tages zu Worms, durchaus kein Raum ist für ein Schreiben an Heinrich, wofür man auch nicht den geringsten Grund ausfindig machen könnte, da man doch bereits am 6. Mai ihm die Ankunft von Gesandten angezeigt hatte (W. J. 1868. p. 404—407), und da man sich, nachdem am Morgen des 9. Mai, von dem französischen König, wie oben gezeigt, ein Schreiben eingetroffen war, endgiltig für die Sendung von Gesandten an Heinrich entschieden hatte. Was sollte nun ein neues Schreiben an Heinrich?

Es kann daher das Schreiben nur an Karl gerichtet und

identisch sein, mit dem bei Kugler angeführten! Die Ansicht, dass die rheinischen Kurfürsten von Worms aus noch ein zweites Schreiben vom 9. Mai an Karl gerichtet hätten, was, nach M., von einem energischen Handeln berichten sollte, wird einfach dadurch ausgeschlossen, dass sich an dem genannten Tage zu Worms auch dafür nicht der geringste Anhaltspunkt bietet, ja, dass dies aus streng sachlichen Gründen unmöglich ist, weil eben die gefährliche Nähe Heinrichs und damit die Zurüstungen für die Gesandtschaft an ihn alle Gemüter viel zu sehr in Anspruch nahmen, als dass man auch nur daran hätte denken sollen, an den Kaiser ein neues Schreiben abzusenden.

Wenn damit die Möglichkeit eines zweiten Schreibens vom 9. Mai ausgeschlossen ist, so erhebt sich allerdings auch gegen den Beweis der Identität beider Schriftstücke eine scheinbar unüberwindliche Schwierigkeit in der Differenz, die zwischen den Daten beider Briefe besteht. Der Brief M.'s trägt den 9. Mai und der bei Kugler den 7. Mai: und auch das Postscriptum, welches diesem angehängt wurde, trägt dieselbe Angabe. Freilich zeigt der Entwurf des Schreibens bei Kugler die Marginalbemerkung: *lect. Wormt. 7. maii anno 52*, und auch das Postscriptum, das *mutatis mutandis* beiden Schreiben, sowohl dem an Karl, als an Ferdinand, beigelegt wurde, trägt, wie bemerkt, die Marginalnotiz: *datum ut in litteris 7. maii anno 52*! Doch dieses PS., scheinbar ein schlagendes Argument gegen meine Hypothese, giebt gerade den Schlüssel zur Lösung:

Aus sachlichen Gründen ist es nämlich nicht geraten, dies Postscriptum bereits auf den 7. Mai zu setzen; es enthält die Mitteilung, dass Dr. Zasius, der Gesandte Ferdinands, mit Nachrichten über die Linzer Verhandlungen angekommen, und dass er bereits wieder „mit mündlicher Antwort abgefertigt sei.“ Nun wissen wir aber aus den Protokollen über die Wormser Verhandlungen, dass Dr. Zasius erst am 8. Mai angekommen und am 9. Mai mit mündlicher Antwort abgefertigt ist. Daher kann in der Datirung des PS. nur ein Versehen vorliegen, das sich nur daraus erklären lässt, dass es nach-

träglich zu dem vielfach korrigirten Entwurf des Schreibens an Karl vom 7. Mai hinzugefügt und dann mit dem gleichen Datum versehen worden ist. Dass das Schreiben an Karl nun nicht früher, sondern erst am 9. Mai abgegangen ist, beweist in erster Linie der Inhalt des PS, ferner das entschiedene Verlangen des Kölnischen Abgeordneten, dass als Vorbedingung für die Absendung der Schreiben an Karl und Ferdinand die endgiltige Entscheidung über die Sendung an Heinrich schon gefallen sei — wir wissen, dass dies am 9. Mai, nach dem Eintreffen von Heinrichs Brief erfolgte —, und endlich die Bemerkung im Schlussprotokoll vom 10. Mai, dass die Schreiben — an Karl und Ferdinand — schon abgegangen seien, wofür uns nur der 9. Mai übrig bleibt.

Wird durch diese Darlegung und durch die Ausschliessung der Ansicht, als ob noch ein zweites Schreiben gleichen Datums existire, die Identität beider Schreiben fast unzweifelhaft festgestellt, so bietet sich doch immer noch eine grosse Schwierigkeit: M. sagt nämlich in der Anm. 18, dass er die „Abschrift“ von dem Schreiben in Simancas vor sich gehabt habe. Man sollte vermuten, dass er das an Karl gerichtete Original vorgefunden hätte, weil sich uns kein hinlänglicher Grund darbietet für die Annahme, dass der Kaiser sich von einem, an ihn gerichteten Schreiben eine Copie genommen hätte!

Wie ist dies durch die, leider nur zu geringfügigen Worte M.'s entstandene Dunkel aufzuhellen? Die Lösung liegt meiner Meinung nach in dem Schreiben an Karl selbst. (W. J. 1868 p. 428—430). Auf S. 429. findet sich in demselben, neben dem Satze, dass die Fürsten sich entschlossen, „ihret halben werbung zu thun“, der Hinweis auf die in Copieen beigelegten Schreiben, worunter erstens das Schreiben an Heinrich vom 6. Mai (W. J. 1868 p. 404—407) und zweitens die Instruction für die Gesandtschaft an Heinrich (W. J. 1868. p. 407—413) gemeint ist. Hiermit ist also ausgesprochen, dass die Gesandtschaftsinstruction dem kaiserlichen Schreiben abschriftlich beigelegt hat. Auf dieses Schriftstück, d. h. die Instruction wird sich M.'s Bemerkung von der „Abschrift“, streng genommen beziehen, die er aber dann auch auf das

ganze Schreiben an Karl ausgedehnt hat, welch' letzteres ja gleichwohl abschriftlich vorhanden gewesen sein mag, wofür sich mir indessen kein dringender Grund darbietet. —

Was nun endlich die auf Grund des Schreibens vom 9. Mai ausgesprochene Ansicht M.'s anbetrifft, so greife ich hier noch einmal auf die „Entgegnung“ v. Druffels „auf Maurenbrechers Antikritik“ zurück. v. Druffel sagt a. a. O. p. 153 — „Ich hatte erwidert, dass jenes Schreiben der Kurfürsten das direkte Gegenteil von dem, was M. behaupte, besagen müsse.“ Obwohl v. Druffel nicht die Frage nach der Identität der beiden Schreiben untersucht, ja nicht einmal streift, ist seine Bemerkung vollständig zutreffend, denn — wenn anders unsere Untersuchung über die Identität der beiden Schriftstücke den richtigen Sachverhalt dargelegt hat, was mir zweifellos erscheint — weder die Instruction für die Gesandtschaft an König Heinrich, noch das Schreiben an Karl atmen den Geist, den M. darin hat finden wollen. Von einem „Ermannen zu einem gemeinsamen Schritt“, m. a. W., von einem geschlossenen und energischen Auftreten findet nur der etwas darin, der es absichtlich hineinträgt, oder der, welcher die auf die Politik der neutralen Reichsstände und speziell der rheinischen Kurfürsten bezüglichen Akten nicht bis ins Detail kennt. Und dieser letztere Umstand war bei M. der Fall! Denn dass er sie nicht gekannt, dafür bedarf es eben nur der Erinnerung an das oben aufgezeigte Versehen, dass nach seiner Bemerkung bei Heinrich nur Gesandte der rheinischen Kurfürsten eingetroffen seien! Hätte er sämtliche Aktenstücke, die uns heute über diese Frage gedruckt vorliegen, gekannt, so hätte sein Urteil, um mit v. Druffel zu reden, „das direkte Gegenteil“ von seiner jetzigen Behauptung besagen müssen. Es war, wie oben gezeigt, nur die äusserst peinliche und bedrohte Lage, in welcher sich die rheinischen Kurfürsten und mit ihnen die in Worms versammelten Fürsten befanden, welche ihnen die Absendung der Gesandten an Heinrich abzwang. Da ist von einem „Ermannen“ keine Rede! —

Die genauere Beantwortung der Frage, wie M. zu seiner falschen Auffassung gekommen ist, wird sich näher dahin

formuliren lassen, dass er die Gesandtschaftsinstruction und das Schreiben an Karl einfach nach dem Buchstaben, z. B.: wir (die versammelten Fürsten) haben beschlossen, „unsernthalben werbung zu thun“ u. a. m., beurteilt haben mag, ein Verfahren, bei welchem man sehr wohl, eben wegen der Lösung der Schriftstücke aus ihrem ganzen Zusammenhange, auf seine oder eine ähnliche Ansicht kommen kann.

Wie diese Ansicht Maurenbrechers als nicht zutreffend und unrichtig zurückzuweisen ist, weil sie dem wahren Sachverhalt einfach entgegenläuft, so wird auch die von Druffel angenommene Möglichkeit, „dass ja vielleicht die Kurfürsten dem Kaiser falsche Mittheilungen über ihre Haltung zu Frankreich hätten zukommen lassen und ein zweideutiges Spiel treiben können“, meiner Meinung nach, durch folgende Erwägung ausgeschlossen: Wir wissen, dass es für die rheinischen Kurfürsten und speciell für Mainz, Trier und Pfalz, weniger allerdings für Köln, der sich in Rüstung befand und einen Rückhalt an den Niederlanden hatte, die grösste Sorge war, von der ihnen durch Frankreich drohenden Gefahr befreit zu sein; wir wissen zugleich aber auch, dass, wenn Mainz, Trier und Pfalz sich, durch die Lage der Verhältnisse gezwungen und im Interesse für ihre Territorien vielleicht zu einem Abkommen mit Heinrich entschlossen hätten, Adolph eben wegen seiner gut kaiserlichen Gesinnung keinesfalls hier mitgehalten, und noch weniger seinen Namen zu einem Schreiben an den Kaiser hergegeben hätte, welches diesem gleichsam Sand in die Augen streuen sollte. Und was hätte es noch dieser Heuchelei bedurft angesichts der Einladung, die ihnen nach Passau zu theil geworden war! —

Wir haben damit zu zeigen versucht, dass weder die Kugler'sche noch die Maurenbrecher'sche Ansicht in der Frage nach der Bedeutung der Gesandtschaft der in Worms versammelten Fürsten für König Heinrich zu halten ist, dass dieser vielmehr durch die oben genannten durchaus entscheidenden drei Gründe zu seinem Abzuge bewogen worden ist. Aus Aerger hierüber hatte er für die eintreffende Gesandtschaft nicht „grand compte“, und aus gleichem Grunde

wurde sie „sans cérémonie“ entlassen¹⁸⁴). Indessen, wenn sie auch auf den Entschluss des Königs, für den jene neutralen Fürsten bei ihrer Unentschiedenheit und Kopflosigkeit nichts bedeuteten, in keiner Weise einzuwirken vermochten, so wusste er sich doch schlau den Anschein zu geben, als ob ihre „höfliche Bitte“ (Ranke V. p. 179) ihn zum Abzug bewog. Daher liess er ihnen, wie Leodius erzählt¹⁸⁵), eine gastliche, achtungsvolle Aufnahme in seinem Lager vor Weissenburg zuteil werden, wenn er auch seinen Aerger nicht ganz zurückhalten konnte, und ihnen nur „dissimulato dolore“ antworten liess¹⁸⁶).

Und in der That war die Erwägung, welche ihn in diesem Punkte leitete sehr natürlich: Die politischen Conjunkturen machten es ihm unmöglich, länger am Rhein sich aufzuhalten, er musste zurück und sich mit dem erbeuteten Raube begnügen. Er musste sich sagen, dass man ihm diese Beute keineswegs so leichten Kaufs lassen, dass er über kurz oder lang doch bald wieder am Rhein oder in seiner Nähe stehen würde, wenn er behalten wollte, was er wie im Triumph erlangt hatte. Daher war es ihm durchaus darum zu thun, sich die Gesinnungen der nächstgesessenen deutschen Fürsten, weltliche wie geistliche, geneigt zu erhalten und — geneigt zu machen. Dies Moment, welches bei einer vollständigen Beurteilung dieser ganzen, äusserst wichtigen Gesandtschaftsfrage keineswegs ignorirt werden darf, hat der Lieutenant général des Königs in Italien, der spätere Marschall von Frankreich, monsieur de Termes in seinem Bericht: „Du progrès de la guerre, et de ce qui a fait retirer le Roy de l'Allemagne“ an den Connetable¹⁸⁷) hervorgehoben. Er bemerkt, dass Heinrich

¹⁸⁴) Vielleville I. 436.

¹⁸⁵) Leodius p. 280b u. 281a.

¹⁸⁶) Thuanus, Historiarum sui temporis libri. lib X. cap. VIII. Tom. I. p. 351. (Londini 1733). Die beiden Berichte Vielleville und Leodius schliessen sich keineswegs aus, da letzterer den Empfang beim Eintreffen, ersterer den Abschied der Gesandtschaft im Auge hat.

¹⁸⁷) Ribier, Tom. II. p. 419—421. A cette cause, le Roy sur cet advertisement en s'enclinant à la requeste que luy auoient faites les Estats de la Germanie de retirer son armée. . . .“

durch den Einfall in sein Land und durch den Brief Moritz'ens zum Abzuge bewogen sei und bei den Vorstellungen der Gesandten sich gestellt habe, als ob er zu seinem Abzuge durch ihre Bitten bewogen worden sei. Indem er sich diesen Anschein gab, sicherte er sich gleichsam bei den in Betracht kommenden Fürsten einen Stein im Brett, und begünstigte damit die Auffassung, als ob er *re vera* ihnen zu Liebe abgezogen sei. Als er selbst sechs Monate später den Herzog von Jülich, dessen Deputirte an der Gesandtschaft teilgenommen hatten, aufforderte, Karl im Kriege gegen Frankreich keine Hilfe zu leisten, durfte er diesem schreiben: „*nec minus ponderis habituras apud te has nostras postulationes putamus, quam legatorum preces habuerint, quos paulo ante castris apud Visemburgum positis cum summa benevolentia, testificatione excepiimus*“¹⁸⁸). Den wahren Sachverhalt geben diese Worte aber nicht wieder! —

Es war eine Notwendigkeit, an diesem Punkte, die Gesandtschaftsfrage betreffend, etwas länger zu verweilen, weil die Entscheidung über ihn das Kriterium ist für die ganze Politik der vermittelnden Stände. Kehren wir nun zu der Darstellung der Politik der Vermittlungspartei zurück. Es erübrigt noch die Bestrebungen derselben vom Wormser Abschied bis zum Beginn des Tages von Passau zu beleuchten.

Nicht alle Fürsten hatten auf dem Tage zu Worms bis zum Abschied an den Beratungen teilgenommen. Der schleppende Geschäftsgang, der es zu nichts Entschiedenem kommen liess, und vor allem die nur an die Kurfürsten gerichtete Einladung zum Tage von Passau auf den 26. Mai, mögen die Gründe gewesen sein, weshalb der Herzog Christoph von Württemberg, wie oben bemerkt, bereits um Mittag des 8. Mai mit Zurücklassung seiner Gesandten die Versammlung verliess.

Leider mangeln uns die Quellen, um zu einem genauen Bilde der letzten Stunden der Versammlung zu gelangen; und daher sind wir auch nicht imstande, vereinzelte Nachrichten

¹⁸⁸) Lacomblet, niederrheinisches Urkundenbuch IV, p. 699 ff. Heinrich II. an Herzog Wilhelm von Jülich. Rheims 6. Nov. 1552.

auf ihre Glaubwürdigkeit hin zu prüfen, was z. B. bei der sehr wichtigen Nachricht der Königin Marie an Karl der Fall ist¹⁸⁹⁾, wo wir erfahren, dass mit Wirtemberg auch der Markgraf von Baden und der Herzog von Cleve Worms vor dem Schluss der Beratungen verlassen haben. Nach dem Wormser Abschied ist Baden überhaupt nicht in Worms gewesen, und Jülich verliess Worms am 10. Mai und traf am 14. in Düsseldorf ein¹⁹⁰⁾.

Was die letzten Tage der Beratungen in Worms anbetrifft, so wissen wir bereits, das am 9. Mai daselbst jenes Schreiben eingetroffen war, worin Heinrich die Fürsten ausser Wirzburg und Köln aufforderte, im Interesse einer persönlichen Unterredung zu ihm nach Speyer zu kommen; wir wissen auch, wie unter dem deprimirenden Eindruck dieses Briefes die Instruction für die Sendung der Räte an Heinrich endlich zustande gebracht, und die Zusammenkunft der Räte in Eydenheim spätestens auf den 11. Mai festgesetzt wurde¹⁹¹⁾. Man wollte eben durch dieses schnelle Handeln Heinrich abhalten nach Speyer zu gehen, oder die Gesandten sollten ihn doch wenigstens vor seinem Einrücken in diese Stadt noch zu treffen sich bemühen. Nachdem diese Sendung also endlich in Gang gebracht war, wurden wieder eilige Beratungen gepflogen über die persönliche Zusammenkunft mit Heinrich „was mit dem König zu reden sei“. (cf. letzte Anm.) Und wirklich kam man auch hier noch zu einem Entschluss, der letzte Punkt im Schlussprotokoll vom 10. Mai besagt¹⁹²⁾: „Es haben sich die Chur und fürsten dahin underredet, das etliche Kurfürsten an Heinrich persönlich gehen mit Gulchs (Jülichs) gesandten zu fürderlicher ihrer gelegenheit“.

Doch ein Anderes ist es einen Beschluss fassen, ein Anderes ihn ausführen; und letzteres hatte bei der vollständigen Unentschiedenheit der Fürsten immer schwer gehalten, daher ist es auch nicht zu verwundern, wenn man sich jetzt nicht sogleich daran machte. Trier, welcher bereits in der Nachmittags-

¹⁸⁹⁾ Lanz Correspondenz III. No. 788. p. 192.

¹⁹⁰⁾ G. v. Below, Bd. I. p. 650. Note 1.

¹⁹¹⁾ W. J. 1868. p. 435—437.

¹⁹²⁾ W. J. 1869. p. 363.

sitzung am 9. Mai sich persönlich zum Gang nach Speyer erboten hatte¹⁹³⁾, wirkte nun auch eifrigst dafür: Sein Kanzler Felix Hornung erklärte sich offen für die Franzosen und suchte Mainz und Köln dafür zu gewinnen¹⁹⁴⁾. Auch Pfalz zeigte sich bereit dazu, hatte er doch schon am 4. Mai in 4 Briefen an: Rheingraf Philipp; Graf Eberhard von Erbach; Landvogt Hagenau und Herzog Wolfgang von Veldenz, deren Concepte bei den Pfälzischen Akten liegen¹⁹⁵⁾, die Genannten ersucht, an der an Heinrich abgehenden Gesandtschaft teilzunehmen; auch der Bote, welcher an den König abging mit dem Schreiben vom 6. Mai, war ein Pfälzer gewesen¹⁹⁶⁾. Nur Mainz fürchtete für seine Sicherheit; er sandte den Vitzthum zu Schaffenburg Brendel von Homburg an Trier, der sich noch in Worms befand, und drückte ihm seine Meinung dahin aus, 12. Mai, dass er dem königlichen Geleit nicht traue, „man möge sie anhalten, da der König ja erklärter Feind des Kaisers sei und er nichts wider die Pflicht gegen den Kaiser zu thun gedenke“. ¹⁹⁷⁾ Johann sandte, da zu gleicher Zeit sein Erzstift von den Burgundern aufs feindlichste umschwärmt wurde, die gut kaiserlichen Einwohner von Trier mit diesen Soldaten fraternisirten, und es ihm vor allem auf eine persönliche Vorstellung bei Heinrich ankam, den Entwurf eines von diesem zu verlangenden neuen Geleits an Sebastian. Dieser erklärte sich aber nur dann zu der persönlichen Vorstellung bereit, wenn das neue Geleit Sicherheit in allen Punkten gäbe. ¹⁹⁸⁾ Ob das Gesuch abgegangen, ist nicht aus den Acten zu ersehen, so viel aber steht fest, dass die drei Kurfürsten nicht in eigener Person zum König von Frankreich gezogen sind; ¹⁹⁹⁾ dies wurde ja auch unnötig, als die Gesandten mit ihrer Antwort von Weissenburg zurückkehrten und meldeten, dass Heinrich abgezogen sei.

¹⁹³⁾ W. J. 1869. p. 355—361. I. Umbfrag.

¹⁹⁴⁾ Lanz, Corresp. III. p. 193 u. Druffel II. No. 1395. Note 1.

¹⁹⁵⁾ Druffel II. No. 1384. Note 4.

¹⁹⁶⁾ W. J. 1868. p. 435.

¹⁹⁷⁾ Druffel II. Nr. 1394.

¹⁹⁸⁾ ibidem Nr. 1395. Lanz p. 192.

¹⁹⁹⁾ Druffel II. Nr. 1412.

Damit war die grösste Gefahr für die rheinischen Kurfürsten beseitigt, nun galt es Zurüstungen für die neue Tagfahrt in Passau zu treffen. Leider können wir auch hierüber wegen des Mangels an Quellen nichts Bestimmtes aussagen, wir wissen nur, dass bereits auf dem Tage zu Worms die Kurfürsten dem Dr. Zasius mitgeteilt hatten, dass sie in Person nicht kommen, wohl aber ihre Räte senden würden, zu welchem Zwecke sich die einzelnen Erzbischöfe eine genaue Kenntnis der Linzer Schriften verschafft hatten, um dann die Instructionen für die Räte aufzustellen. Besonderer Betonung bedarf es, dass die Kurfürsten, und dies ist von der grössten Bedeutung, auch nachdem sie Worms verlassen, unter einander in steter Correspondenz blieben, und getreu ihrer alten Gewohnheit den Kaiser in Kenntnis setzten von dem Schreiben des Franzosen, worin die Aufforderung zu einem Bündnis mit ihm ausgesprochen war, und von der Antwort, die Heinrich den Gesandten am 13. Mai gegeben hatte. Ohne sich vorher mit den anderen Gliedern der Wormser Versammlung über diesen Punkt genauer verständigt zu haben, sandten Mainz und Pfalz am 17. Mai einen Bericht an Karl, woraus er ihre „Bemühungen für den Frieden des Reiches und Aufrechterhaltung der deutschen Nation“ ersehen sollte,²⁰⁰⁾ ein Schritt, mit welchem dann auch nachträglich die übrigen Glieder des Wormser Fürstentages sich einverstanden erklärten.

Auf diese übrigen Glieder jener Fürstenversammlung, speciell auf die weltlichen Fürsten, haben wir zum Schluss noch unser Auge zu richten.

„Pour mieulx autorizer la negociation que l'ont entrepris“, hatten, wie wir wissen, die rheinischen Kurfürsten in Gemässheit des Heidelberger Recesses und des II. Binger Abschiedes die Herzöge von Jülich, Wirtemberg, Bayern — dieser war allerdings gleich dem eingeladenen Kurfürsten von Brandenburg nicht anwesend, auch nicht durch Räte vertreten — und den Bischof von Würzburg nach Worms eingeladen. Die daran sich anknüpfende Erwartung, dass die grosse Partei der ver-

²⁰⁰⁾ W. J. 1868 p. 381.

mittelnden neutralen Stände sich zu einer festen, in sich geschlossenen Corporation vereinigen würde, war eine Utopie geblieben, war nicht realisirt worden wegen jener oft genug hervorgehobenen Unentschlossenheit der Fürsten im einzelnen und der Versammlung im allgemeinen. Es war daher nach Ablauf der Wormser Verhandlungen eine ganz natürliche Folge, dass die beiden Flüsse, wenn ich dies Bild gebrauchen darf, weltliche wie geistliche Neutralen, die sich zur Zeit der Wormser Tage convergirend näherten, um sich gleichsam in einem grossen Strombette zu vereinigen, jetzt wieder nach Beendigung der Verhandlung divergirend auseinander gingen. Wie die rheinischen Kurfürsten nach dem 10. Mai wieder mit einander in Correspondenz traten, so auch die weltlichen Fürsten.

Wir haben oben bemerkt, dass es zu einer einheitlichen Unterhandlung der oberdeutschen Reichsstände nicht hatte kommen können, weil der Herzog von Bayern nach Linz gegangen war, und Kurfürst Friedrich sich den Verhandlungen der rheinischen Erzbischöfe angeschlossen hatte. Jetzt wurden diese unterbrochenen Verbindungen wieder angeknüpft. Schon am 5. Mai sandte Bayern an Wirtemberg den Linzer Abschied, woraus Christoph entnahm, dass auch die weltlichen Fürsten nach Passau eingeladen waren²⁰¹⁾. Auf die Aufforderung persönlich hier zu erscheinen, zumal da Ferdinand sich erboten hätte, in der Besitzfrage des Herzogtums „gutlicher handlung statzugeben“, erwiderte Christoph unter Uebersendung von Schriften über die in Worms gepflogenen Handlungen, dass er wegen „Leibeschwachheit“ nicht persönlich erscheinen, wohl aber seine Räte senden würde²⁰²⁾. Drei Tage darauf übersandte er Baiern den Wormser Abschied mit der an die Kriegsfürsten aufgestellten Instruction²⁰³⁾; an den Kurfürsten Moritz fertigte er seinen Rat Jordan von Breitenbach ab, um wegen des Passauer Geleits sich zu erkundigen, ihm die Angelegenheit des Protestantismus recht warm ans Herz zu legen, und ihn

²⁰¹⁾ Druffel II. No. 1385.

²⁰²⁾ ibidem No. 1399.

²⁰³⁾ ibidem No. 1407, 1420.

zu bitten, „nur in einen Vergleich zu willigen, wenn die Gleichheit der Stimmen beider Theile gehalten werde“²⁰⁴).

Von dem Kurfürsten Friedrich wurde dann gleich wie bei den Geistlichen, der Gedanke einer festen Vereinigung der weltlichen Reichsstände ins Auge gefasst, „so vil immer menschlich und müglich sich zu vergleichen und nit abzusondern.“ Wie der Kurfürst zu diesem Ende mit dem Herzog von Jülich in Correspondenz stand, so forderte er Wirtemberg dazu auf, mit Baiern sich gleichfalls enger zu verbinden²⁰⁵). Die beiden letzteren Herzöge sprachen sich entschieden in diesem Sinne aus²⁰⁶), und Pfalz liess Moritz, welcher ihn durch Gabriel Arnold zu einem festen Bündnis aller weltlichen Stände aufforderte²⁰⁷), sagen, dass er zwar nicht persönlich nach Passau kommen würde, aber „das er es wol leiden mocht, das sich alle weltlich fursten zusammen täten, die stet und ritterschaft zu inen zugen, vermaint, es solt in dieser eussersten not inen kein verweis daraus folgen“²⁰⁸). In diesem Interesse ritt er auch zum Herzog Christoph und sprach die Hoffnung aus, „es solle Bayrn durch den churfürsten zu Sachsen und ander auch zur hand gebracht werden, und das man der sach mit ernst nachsetzen soll“²⁰⁹). Auf welch' fruchtbaren Boden

²⁰⁴) ibidem No. 1409.

²⁰⁵) ibidem No. 1408.

²⁰⁶) ibidem No. 1432, 1431.

²⁰⁷) ibidem No. 1418, A bis E.

²⁰⁸) ibidem No. 1435.

²⁰⁹) Der Gedanke dieser von Kurfürst Friedrich vorgeschlagenen Vereinigung zwischen sämtlichen weltlichen Fürsten, Städten und der Ritterschaft, die durch „die eusserste not“ entschuldigt wäre, ist, soweit ich das Material habe durchsehen können, niemals in seinem ganzen Umfang zur Ausführung gelangt. Weder in Druffel, noch in Ortloff: Geschichte der Grumbachschen Händel, 4 Bände., weder in Stumpf: Diplomatische Geschichte des Heidelberger Fürstenvereins (Zeitschr. für Bayern 17. Bd. 2) noch in anderen einschlägigen Werken habe ich etwas über einen Zusammenschluss zwischen den Fürsten, Städten und der Ritterschaft gefunden. Fruchtbar wirkte dieser Gedanke nur bei den weltlichen Fürsten, die sich im Februar 1553 in Wimpfen verbanden, woraus einen Monat später der berühmte Heidelberger Fürstenverein entstand!

dieser Einigungsgedanke in der That gefallen war, zeigt uns die Instruction des Herzogs Christoph für seine vier Räte zum Tage von Passau²¹⁰⁾, denen er den Befehl gab, in der Religions- und deutschen Libertätsfrage mit den Gesandten von Pfalz, Bayern, Markgraf Hans von Brandenburg, Jülich und Pommern sich zu verständigen und nebst den kurfürstlichen Deputirten sich anzumelden.

Diese scheinbar so geringfügige Errungenschaft, dass innerhalb der beiden Gruppen der vermittelnden, weltlichen wie geistlichen, Reichsstände eine Einigung, ein Zusammenschluss erzielt wurde, war, man kann sagen, die erste und letzte gesunde Frucht, welche die Bestrebungen der Neutralen beider Richtungen von dem Augenblick ihrer Entstehung bis zum Beginn der berühmten Verhandlungen zu Passau gezeitigt hatten. Denn was hatte man mit den schwachen Versuchen, diesen Zustand herbeizuführen, in Tübingen auf der einen, in Heidelberg, Bingen, Oberwesel und schliesslich in Worms auf der anderen Seite erreicht? Nichts als die beschämende Erkenntnis, dass es nicht möglich gewesen war. Wenn dieser Gedanke nun, also erst nach dem Wormser Abschied bis zum Anfang der neuen Verhandlungen verwirklicht wurde, so ist das der Erfolg der politischen Correspondenzen, die in jenen Tagen vom 15—26 Mai innerhalb der beiden Gruppen geführt wurden, und zwar geführt unter dem Eindruck des Abzugs Heinrichs II. vom Rhein einerseits und des denkwürdigen Sieges Moritzens an der Ehrenberger Klause andererseits. —

Mit dieser einzigen wahren Errungenschaft geht die Politik der Vermittlungspartei vor dem Tage zu Passau zu Ende; aber mit dieser wichtigen Instruction, sich mit den gleich beteiligten Ständen zu vereinigen, brechen auch die Gesandten der vermittelnden neutralen Fürsten zu der neuen Tagfahrt auf. Eine neue Aera, die grundweg verschieden ist von der Zeit, die hinter ihnen liegt, beginnt damit für die „vermittelnden Stände“, bezeichnet durch die feste geschlossene

²¹⁰⁾ ibidem No. 1436.

Koalition der beiden bisher — ausgenommen den schwachen Einigungsversuch, in Worms — neben einander hergegangenen Richtungen, eine Koalition, für welche die soeben hervorgehobene innere Einigung die *conditio sine qua non* ist.

An diese in sich gefestigte und geschlossene Partei schliessen sich dann beim Beginn der Verhandlungen die anderen neutralen Reichsstände an: Kurfürst Joachim von Brandenburg, Markgraf Johann von Küstrin, die Herzöge von Braunschweig und Pommern, der Erzbischof von Salzburg und der Bischof von Eichstätt, alle zusammen bilden sie jene berühmten „Stände“, die, aus protestantischen wie katholischen Mitgliedern bestehend, für die Herstellung von Ruhe und Frieden im deutschen Reich eintraten.

Nicht aus jener Epoche der Energielosigkeit und Unentschlossenheit hat sich die Erinnerung an die Vermittlungspartei in den Annalen der deutschen Geschichte erhalten, sondern aus der, mit dem 26. Mai anhebenden neuen Aera, der Zeit der eifrigsten nationalen Thätigkeit, deren schönstes Denkmal der Passauer Vertrag (1552) und der Augsburger Religionsfriede (1555) ist.



V i t a.

Natus sum, Reinholdus Neumann, Idibus Sept. anni h. s. LXXIII Colbergae, in urbe Pomeraniae, patre Wilhelmo, matre Carolina, e gente Getzin. Fidei addictus sum evangelicae. Primis litterarum elementis in Gymnasio Colbergiensi perceptis, paschali tempore anni LXXXIII, cum testimonium maturitatis adeptus essem, universitati litterarum Berol. civis academicus adscriptus studiis cum theologicis tum historicis et philosophicis per biennium me dedi. Tum mense Aprili anni LXXXV aliam matrem Gryphisvaldensensem per unum annum petivi.

Lectiones virorum clarissimorum audiebam

Berolini:

Proff. Deutsch, Dillmann, Dilthey, Harnack, Kleinert, Lasson, Lommatzsch, Lic. Plath, Scheffer-Boichhorst, Schlatter, Schmoller, Strack, Lic. Titius, v. Treitschke, Weiss, Winckler.

Gryphisvaldiae:

Proff. Bernheim, Bierling, Cremer, Fuchs, Lütgert, v. Nathusius, Rehmke, Schmitt, Seeck, Ulmann, Zöckler.

Seminariis historicis auspiciis vv. dd. Bernheim et Ulmann, seminario ecclesio-historico auspiciis v. d. Zöckler, exercitationibus philosophicis a viro clarissimo Rehmke institutis interfui.

Quibus omnibus optime de me meritis viris, praecipue vero Ulmann, qui in hac dissertatione conscribenda me adjuvit, gratiam quam maximam habeo semperque habebo.



T h e s e n.

I.

Gegen Brandt ist mit Hieronymus „de viris illustribus“ cap. 80. für die Schrift „de mortibus persecutorum“ an der Autorschaft des Lactantius festzuhalten.

II.

Der Kurfürst Moritz von Sachsen würde, selbst wenn er im Besitze von Frankfurt gewesen waere, den Passauer Vertrag angenommen haben.

III.

Der Minister Graf von der Goltz hat im Sinne der franzosenfreundlichen Partei für die Entlassung Steins gewirkt.



Thee

Thee, O Lord, my God, my King,
 Thee, O Lord, my God, my King,
 Thee, O Lord, my God, my King.

II.

Thee, O Lord, my God, my King,
 Thee, O Lord, my God, my King,
 Thee, O Lord, my God, my King.

III.

Thee, O Lord, my God, my King,
 Thee, O Lord, my God, my King,
 Thee, O Lord, my God, my King.

Neumann, Reinhold

Die Politik der Vermittlungspartei im Jahre 1552 bis zum Beginn der
Verhandlungen zu Passau

1896

J.publ.g. 556 p

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11813010-7